



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Städtetag in Bayreuth:

Ohne Städte ist kein Staat zu machen

Wichtige Forderungen zu zentralen Politikfeldern bayerischer Kommunalpolitik enthält ein Positionspapier, das der Bayerische Städtetag im Rahmen seiner Jahrestagung in Bayreuth verabschiedete. Dabei handelt es sich „für uns für die kommenden Jahre um ein kommunalpolitisches Kompendium“, das wertvolle Orientierung geben soll, erläuterte Städtetags-Geschäftsführer Bernd Buckenhofer im Vorfeld der Verbandsversammlung, an der ca. 330 Delegierte sowie Gäste aus der Europapolitik, Bundes- und Landespolitik teilnahmen.

„Ohne Städte ist kein Staat zu machen“: Der Bayerische Städtetag 2013 hatte sich ein Zitat des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss als Motto gewählt, der im Jahre 1953 das Fazit zog: „Gemeinden sind wichtiger als der Staat.“ Denn in den Gemeinden begegneten die Bürger ihrem Staat zuallererst, hier erleben sie Demokratie und könnten mitgestalten. Wie Städtetagsvorsitzender Dr. Ulrich Maly hervorhob, „wirken die Städte wie ein Laboratorium der Demokratie: Hier zeigen sich gesellschaftliche Strömungen zuerst, hier wirken sich die Folgen von wirtschaftlichen Entwicklungen am sichtbarsten aus, hier bündeln sich wie unter einem Brennglas soziale Probleme.“

„Da sein für alle“

„Da sein für alle“ sei das Leitmotiv für die Verbandsversammlung, fuhr Maly fort. Daseinsvorsorge durchziehe als Leitmotiv die Erfolgsgeschichte der Städte und Gemeinden. „Auch wenn uns andere Länder um die hohe Qualität beneiden, ist die kommunale Daseinsvorsorge immer wieder Angriffen ausgesetzt: Private Konzerne würden sich gerne einzelne lukrative Geschäftsfelder der Daseinsvorsorge sichern.“

Ein zusätzliches Problem ergebe sich mit der Europäischen Union: Das deutsche Verständnis von Daseinsvorsorge lasse sich nicht mit den Rechtsauffassungen in allen Mitgliedstaaten in Einklang bringen. In der EU-Sprache

seien dies „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“. Maly: „Die Städte erwarten von Bund und Freistaat Unterstützung, damit die kommunale Daseinsvorsorge weiter besteht und nicht durch europäisches Vergaberecht und Beihilferecht ausgehöhlt wird.“

Protest bei Trinkwasser

Der lange Kampf um die EU-Konzessionsrichtlinie sei ein Lehrstück gewesen. Im letzten Moment habe EU-Kommissar Barnier eingelenkt und nach heftigen kommunalen Protesten den



Dr. Ulrich Maly.

Bereich Trinkwasser wieder aus der Richtlinie herausgenommen. Maly: „Nun muss genau beobachtet werden, wie sich die EU weiter positioniert. Es ist den Kommunen darum gegangen, den Konzernen keine Hintertür zu öffnen. Die EU-Kommission wollte die Türe einen Spalt öffnen, um mit der Wasserversorgung der Privatisierung eines elementaren Teils der kommunalen Daseinsvorsorge den Weg zu ebnen. Wer die Tür auch nur einen Spalt offen lässt, riskiert, dass sie in der Zukunft weit aufgestoßen wird. Die starke Allianz für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge muss wachsam bleiben. Wir kämpfen gemeinsam mit Bund und Land weiter. Wir passen gemeinsam auf, damit die kommunale Daseinsvorsorge in bewährten Händen der Kommunen bleibt und die Wettbewerbsideologie nicht die Oberhand bekommt. Das Profitstreben von Konzernen darf nicht über den Interessen der Menschen in Europa stehen. Die kommunale Daseinsvorsorge ist dem Gemeinwohl verpflichtet und ist demokratisch legitimiert.“

„Bayern braucht Regeln, damit wir wissen, wie sich dieses über Jahrhunderte gewachsene Land weiter entwickelt. Ganz ohne



Innenminister Joachim Herrmann (r.) hat Bezirksstagspräsident Manfred Hölzlein in München die Kommunale Verdienstmedaille in Gold für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung verliehen. 23 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurden mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber geehrt.

Steuerung geht es nicht“, formulierte der stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, seine Erwartungen. Bayern stehe heute so gut da, weil sich die Landespolitik in den 1970er Jahren gründliche Gedanken um die Entwicklung Bayerns gemacht hat. Damals seien Rahmenbedingungen zur Landesentwicklung abgesteckt worden.

„Die damaligen Prinzipien von Landesentwicklung und Landesentwicklungsprogramm hatten Steuerungswirkung“, so Schaidinger. Gute Strukturen dürften nicht zerstört, sondern müssten weiter ausgebaut werden. Landesentwicklung lasse sich nicht mit dem Spiel der Märkte regeln. Heute entwickle sich Bayern unter den Vorzeichen der Globalisierung. Die Energiewende stelle neue

(Fortsetzung auf Seite 4)

Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune Bayern:

Für lebendige Kommunen

Jahrestreffen in Nürnberg mit Umweltminister Dr. Marcel Huber

Vertreter aus Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung sowie engagierte Bürger versammelten sich in Nürnberg zum Jahrestreffen des Netzwerks Nachhaltige Bürgerkommune Bayern. Umweltminister Dr. Marcel Huber wies darauf hin, dass die Nachhaltigkeit das Leitbild und der Orientierungsrahmen für die Bayerische Staatsregierung ist und künftig noch stärker auf kommunaler Ebene verankert werden soll.

„Wir wollen auch in Zukunft attraktive und lebendige Kommunen. Mit starken Netzwerken und klugen Projekten können die Kommunen den Gedanken der Nachhaltigkeit mit Leben erfüllen und so die Lebensqualität auch für die nachfolgenden Generationen sichern, gerade im ländlichen Raum“, erklärte Huber.

Rund 50 Kommunen

Das Netzwerk wurde im Jahr 2007 vom Bayerischen Umweltministerium zusammen mit der Schule für Dorf- und Landentwicklung in Plankstetten initiiert, um kommunale Nachhaltigkeitsstrategien zu stärken und weiterzuentwickeln. Mittlerweile haben sich rund 50 Kommunen zusammengeschlossen, um gemeinsam den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen.

„Durch vernetztes Handeln können die Kommunen den abstrakten Gedanken der Nachhaltigkeit konkret umsetzen und gemeinsam Gestaltungsspielräume nutzen. Gerade durch den Austausch von Erfahrungen und Wissen bei Modellprojekten wie Konzepten gegen Flächenverbrauch, Bürgersolaranlagen und energiesparende Straßenbeleuch-

tung können die Partner voneinander profitieren“, machte der Minister deutlich. Über Workshops, Seminare und Exkursionen vermittelt das Projekt Fachinformationen, die für die nachhaltige Entwicklung in den Kommunen entscheidend sind, zum Beispiel über demografische Entwicklung, erneuerbare Energien und bürgerschaftliches Engagement.

Auch für die Entwicklung im ländlichen Raum können wegweisende Projekte in den Bereichen ehrenamtliches Engagement, Nachbarschaftshilfe, Mehrgenerationenhäuser oder seniorenpolitische Konzepte anderen Kommunen als Vorbild dienen. Die Koordination des Netzwerks wird vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern durchgeführt. Das Bayerische Umweltministerium fördert das „Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune“ mit rund 200.000 Euro für die Jahre 2012 bis 2014 aus Mitteln des Bayerischen Umweltfonds.

Um die hohe Lebensqualität in Bayern auf Dauer zu sichern, hat die Bayerische Staatsregierung in ihrer jüngsten Kabinettsitzung die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. In dieser werden ressortübergreifend Ziele, Maßnahmen und Lösungsansätze für

Seehofer bei Bayerns Bezirken in Gunzenhausen:

Kommunal vor zentral

Gunzenhausen (wefa) – Sieben bayerische Bezirke gibt es. Sie sind in einem Verband zusammengeschlossen, der gleichsam ihr Sprachrohr ist. Rund 150 Vertreter aus den bayerischen Bezirkstagen kamen zur Verbandsversammlung in Gunzenhausen. Es war zugleich die letzte für Verbandschef Manfred Hölzlein, der zugleich auch Präsident des niederbayerischer Bezirkstags ist. Entsprechend einer Umorganisation wird die Tagung künftig „Bayerischer Bezirkstag“ heißen.

„Was ist noch nicht gesetzlich geregelt?“ Dieses Geschäftsmodell, das sich in europäischen Gremien breit gemacht hat, soll für Bayern nicht gelten. Wie Ministerpräsident Horst Seehofer auf der Jahrestagung des Verbands der bayerischen Bezirke in Gunzenhausen einräumte, kann Bayern noch mehr Dezentralität vertragen. Deshalb ist seine Parole: „Kommunal vor zentral.“

Keine neuen Vorschriften

Vor 150 Gästen aus der Kommunalpolitik im Freistaat und Repräsentanten des öffentlichen Lebens sicherte der Ministerpräsi-

dent zu, in den nächsten fünf Jahren werde es unter seiner Amtsführung keine neuen Verwaltungsvorschriften geben. Wörtlich sagte er: „Wenn ein Minister meint, es müsse trotzdem sein, dann muss er an anderer Stelle streichen.“ Er jedenfalls sei dagegen, immer mehr Reglementierungen zu schaffen ohne alte abzuschaffen. „Entbürokratisierung beginnt“, so Seehofer, „indem man nicht neue Paragraphen schafft“. Er kündigte an, steigende Personalausgaben dürften nicht zum Ende der Handlungsfähigkeit des Staats führen. Der Personalstand solle nicht weiter steigen, es müssten Umgruppierungen erfolgen. Grundsätzlich gehe es um die Neuverteilung von Zuständigkeiten zwischen dem Staat und den Kommunen. „Wir müssen“, so meinte der Politiker, „auch das Geld und nicht nur die Aufgaben verlagern“.

Der Redner erläuterte die Position (Fortsetzung auf Seite 4)



War früher der Casual Friday eher ein sanftes Herantasten, so geht es heutzutage mitunter deutlich bunter und mutiger zu: Die Herren im Büro entdecken die Farben für sich. Hosen und Jackets werden nicht mehr nur in grau oder schwarz getragen. Das kann richtig gemacht sogar sehr gut aussehen, meint die Vorzimmerperle. S. 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bürgernahe Sicherheitskommunikation	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Wahlkampf in der Kommune	3
Bayerischer Verdienstorden: Stolz Kommunalvertreter	3
GZ-Fachthemen: Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	5-6
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	7
Kommunale Energiethemen	8
Aus den bayerischen Kommunen	9-12
GZ-Dokumentation: 6. Energiefachforum Garching 2013	II/1-II/12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

DStGB-Konferenz in Berlin:

Bürgernahe Sicherheitskommunikation

Unter dem Motto „Bürgernahe Sicherheitskommunikation für Städte und Gemeinden“ luden der Deutsche Städte- und Gemeindebund und die Alcatel-Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung in Berlin zu einer Fachkonferenz ein, in deren Mittelpunkt Vorträge zu Themen wie Cybersicherheit, Energiesicherheit und Schutz kritischer Infrastrukturen standen. Das Hauptthema in diesem Jahr: „Neue Krisen: Ein Blick in die Zukunft“.

Nach Einführungen in das Konferenzthema durch DStGB-Sprecher Franz-Reinhard Habel und Dr. Erich Zielinsky (Alcatel-Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung) stellte Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und Vorsitzende des Cyber-Sicherheitsrates, die vom Bund vorangetriebenen Schritte und Strategien im Interesse der Cybersicherheit vor. Als Plattform für einen Informationsaustausch wurden 2011 ein Cyberabwehrzentrum sowie ein Cybersicherheitsrat als politisches Gremium zur Festlegung der strategischen Ausrichtung gegründet. Rogall-Grothe rief dazu auf, eine im März 2013 vom Kabinett verabschiedete und für Kommunen offiziell nicht rechtlich verbindliche IT-Sicherheitsrichtlinie des IT-Planungsrates auf allen Ebenen umzusetzen. Zur Unterstützung der Umsetzung sei bereits eine aus über 290 Verbänden bestehende „Nationale Allianz für Cybersicherheit“ entstanden. Der DStGB zähle dazu.

Informationsmanagement

Christoph Unger, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), informierte über den Stand der Krisenbewältigung bei der Flutkatastrophe. Dass diese deutlich besser als 2002 funktioniert habe, führte er unter anderem auf Aktivitäten des Bundes zurück, der durch Ausbildung der Krisenstabsmitglieder sowie durch sein Informations- und Ressourcenmanagement Ländern und Kommunen zur Seite gestanden habe. Zudem verwies Unger auf die fatalen Folgen, die Extremwetterereignisse für die Sicherheit haben könnten, und stellte den Handlungsbedarf dar.

Von Projekten zur bürgernahen Sicherheitskommunikation im Rahmen des zivilen Sicherheitsforschungsprogramms der Bundesregierung berichtete Prof. Dr.

Wolf-Dieter Lukas vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Seinen Ausführungen zufolge geht es dabei um bessere technische Hilfsmittel bei der Krisenkommunikation (Projekt SPIDER), um intelligenten Schutz vor bzw. Umgang mit Stromausfällen (Projekt INFOSTROM) und um die Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls in den Städten (Projekt DynASS). Das Bundesministerium fördere derartige Projekte mit insgesamt 55 Mio. Euro im Jahr.

Die enormen Folgen des Ausfalls von Internet- und Mobilfunknetzen thematisierte Prof. Dr. Max Mühlhäuser, TU Darmstadt. Dabei wies er auf die zwei Seiten des Internets hin, das einerseits die Effizi-

enz vieler Prozesse – auch mit Nutzen für den Sicherheitsbereich – steigere und deshalb nicht mehr hinwegzudenken sei, andererseits die Abhängigkeit der Gesellschaft von der dauernden Funktionsfähigkeit dieses Systems zunehmend verstärkte. Aufgrund der zunehmenden Vernetzung über die IKT-Anwendungen würde der Eintritt eines „blackouts“ zunehmend größere Schäden verursachen. Neben der Virenabwehr brauche man eine „zweite Verteidigungslinie“, d. h., es müssten von zentralen Internet Providern unabhängige Strukturen in der Kommunikation ergänzend bereitgestellt werden.

Energiesicherheit

Andreas Memmert, Bürgermeister der Samtgemeinde Schladen, setzte sich mit unterschiedlichen Aspekten der Energiesicherheit mit Blick auf die kommunalen Bedürfnisse auseinander. Angesichts

der erlebten und noch zu erwartenden Stromausfälle müssten Energiewirtschaft und Staat mehr tun, um black-outs zu vermeiden sowie um das Krisenmanagement so gut wie möglich vorzubereiten. Der Staat mache es sich zu einfach, wenn er die Erfüllung der Schutzpflicht gegenüber den Bürgern auf die Städte und Gemeinden übertrage, sonst jedoch kaum Hilfe hierzu anbiete, betonte Memmert. Sowohl mit Blick auf Prävention als auch mit Blick auf das Krisenmanagement würden die Kräfte vor Ort in der Regel überfordert.

Rolf Krost, Präsident der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, stellte seinerseits den Sachstand beim Aufbau des BOS-Digitalfunks dar. Die aktuelle Funkversorgung sei jetzt zu 80 % erreicht und werde Ende 2014 bundesweit flächendeckend erfolgen können. Die registrierten Funkteilnehmer bezifferte Krost mit ca. 330.000, wobei letztlich mit ca. 500.000 Teilnehmern gerechnet werde. Es gebe bereits 40 zertifizierte Endgeräte. Im Einsatz bei der Flutkatastrophe habe es keine Ausfälle gegeben. Krost gab seinem Wunsch Ausdruck, dass die digitale Funktechnik zunehmend von Kommunen eingesetzt werde. **DK**

Feiertagsgesetz:

Um zwei Uhr endet der Tanz

Mehr Schutz für stille Tage
Kommunen können Alkoholexzesse verbieten

Nach jahrelangem, internem Streit hat die CSU/FDP-Koalition im Landtag das Feiertagsgesetz geändert. Künftig darf an den Abenden vor drei stillen Feiertagen statt bis Mitternacht bis zwei Uhr morgens getanzt werden. Ausgenommen sind Karfreitag, Karsamstag und der Heilige Abend, der schon bisher die Ausnahmeregelung 14 Uhr am Tag zuvor hatte. Vor allem die FDP, aber auch eine Reihe von CSU-Politikern waren mit den Kirchen gegen diese Neuregelung. Die Liberalen hatten bis drei Uhr gefordert, stimmten letztlich aber zu. Gleichzeitig erhalten die Kommunen die Möglichkeit, Alkoholexzesse auf öffentlichen Plätzen zu verbieten.

FDP-Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker sprach für die Neuregelungen. Es werde im Erleben der Menschen keine Änderung eintreten und niemand grenzenlos feiern. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) versicherte, der ernste Charakter der stillen Tage bleibe voll gewahrt. Auch mit dem Verbot schütze Bayern mehr als alle anderen Länder neun Feiertage: Aschermittwoch, Gründonnerstag, Karfreitag, Karsamstag, Allerheiligen, den Volkstrauertag, Buß- und Bettag, Totensonntag und Heiligen Abend. Die Kommunen bekämen außerdem flexible Handlungsmöglichkeiten, Alkoholexzesse an bestimmten Orten zu unterbinden.

Zu den Gegnern in der CSU gehörten Landtagspräsidentin Barbara Stamm und die Fraktionsvorsitzende Christa Stewens, **rm**

die frühere Sozialministerin. Anders als in den internen Diskussionen meldeten sie sich im Plenum nicht zu Wort.

„Einstieg in den Ausstieg“

Die Opposition war gegen die ausgehandelte Regierungsvorlage. Landtagsvizepräsident Franz Maget (SPD) schüttelte den Kopf. Diese Gesetzesänderung sei Nonsens. Florian Streibl, Fraktionsgeschäftsführer der Freien Wähler, warf der Koalition vor, sie sei der Totengräber der stillen Tage. Die Gesetzesänderung um jeweils zwei Stunden sei der Einstieg in den Ausstieg. Das Plenum verzichtete allseits auf eine Neuauflage der 2011 wieder begonnenen Diskussion und stimmte mit Koalitionsmehrheit der Gesetzesänderung zu. **rm**

Letzte Gefechte im Landtag

Opposition geht massiv gegen die Koalition vor - SPD erhebt Verfassungsklage

In den letzten Vollsitzungen des Landtags vor der Wahl ist die Opposition rhetorisch und juristisch gegen die Regierung Seehofer ins Feld gezogen. Als Wortführer hat SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher dem Ministerpräsidenten nebst allen Kabinettsmitgliedern der CSU und FDP Versagen vorgeworfen und Verfassungsklage wegen versäumter Auskunftspflicht erhoben. Die Fraktionsvorsitzenden Christa Stewens (CSU) und Thomas Hacker (FDP) wiesen alle Vorwürfe als halt- und hilflose Versuche zurück, der SPD bei der Wahl über die 20-Prozent-Grenze zu helfen. Horst Seehofer sprach kein Wort, ließ aber durch Gesten und Mienenspiel erkennen, was er danach vor der Presse in dem Wort erbärmlich zusammenfasste.

Rinderspacher las in seiner Philippika jedem Kabinettsmitglied einzeln und namentlich vor, was es politisch versäumt, verfehlt und persönlich bei der Beschäftigungssaffäre zum Schaden des Freistaats getan hätte. Er kam zu dem Schluss, diese Regierungsbank sei nichts anderes als eine restaurierte Resterampe. Starker Beifall von den Oppositionsabgeordneten und andererseits Zwischenschreie nebst Hohnlachen von der Koalition zwangen den amtierenden Landtagspräsidenten Reinhold Bocklet, zu geordneter Auseinandersetzung zu mahnen.

Margarete Bause (Grüne) be-

stätigte, diese Bank habe abgewirtschaftet und Bayern in der ganzen Bundesrepublik in Verruf gebracht. Nun sei es Zeit für eine verlässliche, vorausschauende und berechenbare Politik ohne CSU. Hubert Aiwanger (FW) warf der Koalition vor, zu viele der Oppositionsvorschläge und begründeten Anträge seien an der parteipolitischen Barriere abgeprallt. Die Abschaffung der Studiengebühren sei erst durch das von den Freien Wählern initiierte Volksbegehren in 14-prozentigem Volksentscheid erreicht worden. An die Adresse der CSU richtete er die Aufforderung, wir müssen über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten. Besonders der Ministerpräsident müsste sich, so wie in den Kommunen die Amtsträger, öfter mit den Bürgern zusammensetzen.

Thomas Hacker (FDP) verwies bei aller Zurückweisung der scharfen Attacken von SPD und Grünen, auf die erfolgreichen Aktivitäten seiner Fraktion, die Landesentwicklung voran zu bringen. Bei allem Ja zur Koalition seien die Liberalen nicht mit der Koalition verschmolzen. Auf die SPD-Verfassungsklage ging Hacker indirekt ein, als er anmerkte, wenn man Transparenz verspricht, dann muss man das auch machen.

Die Klage bezieht sich auf fünf schriftliche Anfragen von SPD-Abgeordneten. Die Staatsregierung solle mitteilen, wie viel die einzelnen von der Beschäftigungssaffäre mit rechtswidriger Beschäftigung und Entlohnung betroffenen Minister und Staatssekretäre zurückgezahlt hätten. Das Verweigern der Auskunft sei verfassungswidrig. In der Klagebegründung steht, die Nichtbeantwortung sei ein Verstoß gegen die ihr aus Artikel 13 der Bayerischen Verfassung erwachsende Pflicht, Fragen von Mitgliedern des Landtags inhaltlich zu beantworten. Zu Stewens Spott wegen der 20-Prozent-Grenze in der Landtagswahl meinte Rinderspacher, 35 Prozent der Wähler seien von der Haltung der CSU in dem Beschäftigungs-

skandal und anderen Selbstherrlichkeiten des Ministerpräsidenten laut Umfragen in ihrer Wahlentscheidung beeinflusst. **rm**

Bayerische Bauindustrie:

Mehr Verlässlichkeit in bayerischer Energiepolitik

„Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich die bayerische Bauindustrie aktiv verbunden und verpflichtet fühlt. Unsere Ingenieurkompetenz wird dazu beitragen, dass integrierte Systemlösungen zur Geltung kommen, weil nur so die gesetzten Ziele erreicht werden können“, sagte Dipl.-Ing. Josef Geiger, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, als Begründung dafür, dass die Bayerische Bauindustrie den von der Staatsregierung initiierten Energieeffizienzpakt nicht unterzeichnen wird.

„Uns fehlt im bayerischen Energieeffizienzpakt der Gedanke gegenseitiger Verpflichtungen nach dem Vorbild des Bayerischen Umweltpaktes“, so Geiger weiter. Zwar würden einige Staatsministerien die Umsetzung diverser Projekte zusagen. Das seien aber keine Zusagen verlässlicher Rahmenbedingungen, an denen sich die Wirtschaft ausrichten könnte. „Insbesondere stört mich, dass Bayern die Mindestabstandsflächen zu Windkraftanlagen deutlich vergrößern will.“ Auf keinen Fall dürfe diese auf das Zehnfache der Turmhöhe, bei großen Anlagen wären das 2 km, ausgeweitet werden: „Da muss ein vernünftiger Kompromiss gefunden werden. Sonst wäre Windkraft nur noch auf 0,05 % der bayerischen Staatsfläche

möglich. Ihr Ausbau in Bayern wäre damit ernsthaft gefährdet.“

Klare Verpflichtungen

„Wir regen an, in Bayern einen umfassenden Energiewendepakt mit klaren Verpflichtungen abzuschließen, um die Energiewende mit integrierten Systemlösungen zu meistern.“ so Geiger weiter. „Mit der Einengung auf Energieeffizienz gerät der Pakt in Gefahr, nur punktuelle Maßnahmen zu fördern.“ Es fehle ein Bekenntnis zur forcierten Schaffung dezentraler Energieversorgungsstrukturen in Bayern. Zudem rege die Bayerische Bauindustrie an, bestehende Förderprogramme wie das bayerische Jahreskrankenhausbauprogramm stärker auf die Einsparung von Energiekosten

auszurichten. Die Höhe der Förderung gegenüber den kommunalen Krankenhausträgern sollte von anspruchsvollen Energieeinsparzielen abhängig gemacht werden. Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sollte gekoppelt werden mit dem Bau von Kleinwasserkraftwerken oder den an der TU München entwickelten Schachtkraftwerken mit Fischklappen und einem zusätzlichen Fischeaufstieg. Statt punktuell einzelne Gebäude energetisch zu sanieren, sollte das Prinzip die Quartierssanierung sein: ein systemischer Ansatz mit regionalen Wertschöpfungsinitiativen, abgestimmter zentralisierter Wärmeversorgung und innovativen Versorgungskonzepten.

„Bau-Knowhow“

Geiger abschließend: „Die bayerische Bauindustrie kann mit ihrer Ingenieurkompetenz und ihrem Bau-Knowhow entscheidend zum Gelingen der Energiewende beitragen. Der Staat muss dafür aber die Rahmenbedingungen richtig setzen.“ □

Bund der Steuerzahler startet Unterschriftenaktion:

„Kinder haften für ihre Eltern“

Schuldenmobil in ganz Bayern auf Tour

Die deutschen Staatsschulden wachsen im Jahr 2013 um 870 Euro pro Sekunde weiter an. Ende des Jahres werden wir rund 2,1 Billionen Euro an öffentlichen Schulden in Deutschland angehäuft haben. Nicht darin berücksichtigt sind deutsche Haftungen durch die Euro-Rettungsschirme. Hier drohen Zahlungen von mehr als einer Billion Euro. Die Verschuldung Deutschlands steigt und steigt und steigt. Und dies trotz Rekordsteuereinnahmen am laufenden Band und historisch niedriger Zinsen. Alleine von 2012 bis zum Jahr 2017 ist mit 100 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen auf dann 700 Milliarden Euro zu rechnen. Der Bund der Steuerzahler hat deswegen eine Unterschriftenaktion gestartet.

Deutschland hat demnach kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Der Steuerzahlerbund will mit der Aktion „Kinder haften für ihre Eltern“ wachütteln und die Politik zum Umdenken bringen. „Denn die Schulden und Haftun-

gen von heute sind die Steuern von morgen“, so der Präsident des bayerischen Steuerzahlerbundes Rolf von Hohenhau. „Für Bayern ist unser Ziel klar formuliert! Wir wollen den Schuldenstopp verfassungsrechtlich veran-

kern. Das ist das Ziel unserer Unterschriftenaktion. Nur mit einem in der Bayerischen Verfassung festgeschriebenen Schuldenstopp kann in künftigen Legislaturperioden verhindert werden, dass sich die Politik zu Lasten nachfolgender Generationen weiter verschuldet.“

Tour durch Bayern

Der Verband wird mit einem Schuldenmobil in ganz Bayern auf Tour sein und vor Ort den Bürgern Rede und Antwort stehen und Unterschriften sammeln. Weitere Informationen unter: www.unsere-kinder-haften.de □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Birner
92546 Schmidgaden
am 28.7.

Bürgermeister Helmut Roch
91456 Diespeck
am 30.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Balk
92718 Schirmitz
am 21.7.

Bürgermeister Dieter Frank
95131 Schwarzenbach a. Wald
am 23.7.

Bürgermeister Frederik Röder
82239 Alling
am 25.7.

Bürgermeister Willi Renner
91738 Pfofeld
am 29.7.

Bürgermeister Georg Silbereisen
94113 Tiefenbach
am 29.7.

Bürgermeister Michael Geck
97529 Sulzheim
am 30.7.

Bürgermeister Bernd Steiner
89428 Syrgenstein
am 31.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johann Wenninger
94374 Schwarzach
am 19.7.

Bürgermeister
Josef Böck
86863 Langenneufnach
am 21.7.

Bürgermeister
Wolfgang Schenk
89415 Lauingen
am 21.7.

Bürgermeister Jürgen Seitz
63796 Kahl am Main
am 29.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Sybille Pichl
95488 Eckersdorf
am 26.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fridolin Göbl
86697 Oberhausen
am 19.7.

Bürgermeister
Bernd Sommer
95652 Waldsassen
am 25.7.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

DSGV-Tagung:

Kommunales Finanzmanagement und Kommunalfinanzierung – quo vadis?

Sparkassen stehen zu den Kommunen

Von Sebastian Bergmann, Abteilungsdirektor Öffentliche Hand, DSGV

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) konnte auf der Tagung „Kommunales Finanzmanagement und Kommunalfinanzierung“ in Würzburg eine positive Bilanz zum Instrument der kommunalen Verschuldungsdiagnose (KVD) ziehen. Der DSGV sieht einen ganz zentralen Ansatzpunkt darin, dass Kommunen ein professionelles Schuldenmanagement etablieren und möchte dabei unterstützen.

„Wir wissen gerade von den kleineren und mittleren Kommunen, dass dort ein hoher Bedarf nach einer detaillierten Liquiditäts- und Risikosteuerung in Bezug auf die künftigen Zins- und Prolongationsrisiken besteht. Das und noch einiges mehr leistet die Kommunale Verschuldungsdiagnose des DSGV“, sagte Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DSGV vor rund 200 Entscheidern aus Kommunen, der Politik und den Sparkassen in Würzburg.

Dass eine systematische Herangehensweise wichtig ist, machte Würzburgs Kämmerer Christian Schuchardt deutlich: „Auch als Kämmerer ist ärgerlicher Weise die Beschäftigung mit Zinsen, Tilgung oder Schulden eigentlich eine Nebenaufgabe. Wesentlich mehr Zeit bindet es, ob man einem Verein einen Zuschuss von 1.000 Euro gibt oder nicht. Das ist nicht verhältnismäßig.“ Aufbereitete Managementinformationen wie sie die KVD der Sparkassen-Finanzgruppe anbieten würden dabei helfen, die Realität in den Kommunen vor Ort auf diese wichtige Aufgabe zu konzentrieren. Auch durch den regelmäßigen Austausch zwischen Sparkasse und Kommune. Ein wichtiger Aspekt sei auch die Vergleichsanalyse mit ähnlich strukturierten Kommunen.

Landkreistag unterstützt

Die Kommunalfinanzen machen in Deutschland trotz gestiegener Einnahmen nach wie vor Probleme. Die Hälfte der Landkreise weisen einen defizitären Haushalt aus. Das Gesamtvolumen der Kassen- und Investitionskredite bezogen nur auf die Gemeinden inklusive Zweckverbände beträgt 174 Milliarden Euro. Mit einem Anteil von fast 50 Prozent sind die Sparkassen der größte Kreditgeber vor den Förderbanken mit etwas mehr als 20 Prozent. „Unsere Aufgabe wird von kommunaler Seite sein, darauf verlässlich hinzuwirken, dass Kommunen rückzahlungsfähig sind, damit diese enge Zusammenarbeit zwischen Sparkassen und Kommunen gerade bei der Finanzierung kommunaler Investitionen auch aufrecht erhalten, und ggf. noch ausgebaut werden kann“, betonte Prof. Dr. Hanns-Günther Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages.

Der kommunale Finanzierungssaldo war zwar 2012 positiv, die Kassenkredite sind allerdings nochmals angewachsen. Kassenkredite belasten gerade strukturschwache Kommunen. „Das ist insofern besorgniserregend, da mittels der Kassenkredite hauptsächlich laufende Ausgaben beglichen werden“, unterstrich Schackmann-Fallis. Liquiditätskredite bergen außerdem hohe Zinsänderungs- und Mehrbelastungsrisiken. Ein Problem sei aber auch, dass dennoch ein Investitionsstau entstanden sei und darüber hinaus die vorgenommenen Investitionen häufig auch falsch finanziert werden. „Im Rahmen unserer „Kommunalen Verschuldungsdiagnose“ haben wir zutage gefördert, dass gerade in den westdeutschen Bundesländern die Investitionen nicht immer „fristenkongruent“ finanziert werden“, so das DSGV-Vorstandsmitglied. Gerade wenn stei-

gende Zinsen vor der Tür stehen, ist ein systematisches Schuldenmanagement unabdingbar, ist es besonders wichtig, den Überblick zu behalten. Das war eines der Diskussionsergebnisse der DSGV-Tagung.

S-Kompass freigeschaltet

Ein Highlight der Veranstaltung war der offizielle bundesweite Startschuss für S-Kompass, eine auf der KVD aufbauende, neue webbasierte Software, die für die Kommunen die Zins- und Kreditportfoliosteuerung ermöglicht. „Wir haben damit eine speziell auf die Bedürfnisse des „Konzerns Kommune“ ausgelegte Software konzipiert“, erklärte Thomas Krebs, Geschäfts-

führer der SIZ Service GmbH, die die Software gemeinsam mit der Firma Lucht Probst Associates aus Frankfurt entwickelt hat. Mit dem Kompass als Vorbild ist ein handliches und innovatives Navigationsinstrument zur Steuerung und Planung kommunaler Schuldenportfolios entstanden. Die über 1.000 kommunalen Teilnehmer der KVD haben jetzt die Möglichkeit, die Software kostenlos zu testen.

Fazit war, dass eine sichere, zuverlässige und ausreichende Finanzierung von herausragender Bedeutung für die Kommunen ist. Viele Banken sind als Finanzier ausgetreten. Eine Gruppe steht aber nach wie vor zu den Kommunen: Die Sparkassen. Der Anteil steigt sogar, wohingegen der Privatbankensektor sein Engagement reduziert hat. „Die Kommunalfinanzierung wird nicht einfacher, aber wir unterstützen und sind uns unserer Verantwortung bewusst“, schloss Schackmann-Fallis. □

Bayerischer Verdienstorden:

Stolze Kommunalvertreter

30 Männer und 20 Frauen, darunter diverse Vertreter der kommunalen Familie, wurden von Ministerpräsident Horst Seehofer im Antiquarium der Münchner Residenz mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Mit dieser höchsten Auszeichnung ehrt Bayern Persönlichkeiten, die für den Freistaat und für das bayerische Volk Herausragendes geleistet haben.

Seehofer bezeichnete den Orden in seiner Festrede als „ein Zeichen des Dankes und der Anerkennung für ihren unbezahlbaren Dienst an der Gemeinschaft“. „Menschen, die freiwillig, verantwortungsfreudig und solidarisch

handeln, sind für unser Miteinander wichtiger als jede Verordnung von oben und jede staatliche Maßnahme“, hob der Ministerpräsident hervor. Mehrere Landräte, ein Oberbürgermeister sowie das Ge-

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn andere in den Urlaub fahren, an die Badeseen zum Schwimmen gehen, in den Bergen wandern oder im eigenen Garten die Sonne genießen, beginnt bei uns die heiße Phase des Wahlkampfs für die Bezirkstags-, Landtags- und Bundestagswahlen.

Wir Kommunalpolitiker haben unsere Weichen in den vergangenen Jahren richtig gestellt und unsere Themen fleißig abgearbeitet, so dass wir gut auf die anstehenden Wahlkämpfe vorbereitet sind und un-

Wahlkampf in der Kommune

sere Landtags- und Bezirkstagskollegen sowie die Kandidaten für den Deutschen Bundestag ordentlich unterstützen können. Gibt es doch kaum ein Thema, das nicht von der Bundes- über die Landespolitik bis zu den Kommunen durchschlägt: Schule und Bildung, Wohnungsbau, Infrastruktur und Finanzen, bis hin zu den Herausforderungen des demographischen Wandels, um nur einige Bereiche zu nennen.



All diese Themen sind auch für uns Kommunalpolitiker relevant und deshalb ist uns eine gute Zusammenarbeit und enge Vernetzung mit den Kollegen der anderen Ebenen so wichtig. Für dieses Miteinander setzen wir uns tagtäglich ein, und genau diese enge Kooperation hat bewirkt, dass die kommunale Selbstverwaltung in den letzten Jahren enorm gestärkt und Milliarden-Entlastungen für die Kommunen erreicht wurden.

Eine durchgängige Politikgestaltung auf allen Ebenen ist auch unsere Motivation, weshalb wir in den nächsten Wochen gemeinsam mit den Kollegen um jede einzelne Wählerstimme kämpfen werden.

Wir Kommunalpolitiker sind „näher am Menschen“ vor Ort; wir wissen, wo der Schuh drückt - und wir können Abhilfe schaffen. Für uns sind die Landtags-, Bezirkstags- und Bundestagswahlen bereits ein Stimmungsbarometer für die Kommunalwahlen 2014. Sie geben den Trend vor; auf dem wir aufbauen und mit unserem eigenen Wahlkampf richtig durchstarten können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen erfolgreichen Sommer!

Ihr Landrat Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV

Belange der kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden. Er hat den Bayerischen Gemeindetag während seiner Zeit als Geschäftsführer zum mitgliederstärksten kommunalen Spitzenverband Deutschlands geformt und die Geschäftsstelle zu einer effektiven, bayernweit vernetzten Institution ausgebaut.“

Hoher Einsatz

Der Gemeindetag hat laut Brandl heute 2.026 Gemeinden und Städte als Mitglieder. „Dr. Busse hat es durch hohen persönlichen Einsatz geschafft, auch zahlreiche größere Städte für den Verband zu gewinnen. Der Verband ist bei der Bayerischen Staatsregierung und vielen anderen Institutionen als kompetenter und verlässlicher Partner hoch angesehen und genießt einen hervorragenden Ruf. Bayerns Gemeinden und Städte wissen, dass sie in Dr. Busse einen starken Kämpfer für die kommunale Sache haben.“

Ehrung

Dr. Günther Denzler, Bezirkstagspräsident von Oberfranken und Landrat des Landkreises Bamberg, wurde für sein jahrelanges politisches und ehrenamtliches Wirken geehrt. Denzler ist seit 1996 Landrat des Landkreises Bamberg, seit 2003 Bezirkstagspräsident von Oberfranken. Er ist seit 2005 stellvertretender Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und seit 2008 Vizepräsident des Verbandes der bayerischen Bezirke.

Vielfältiges Wirken

Kelheims Landrat Hubert Faltermeier, Dritter Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, hat sich laut Ministerpräsident Seehofer durch sein vielfältiges und lang anhaltendes Wirken seit über zwei Jahrzehnten äußerst erfolgreich für die Bürger des Landkreises engagiert. Unter seiner Führung habe sich dieser zu einer der Zukunftsregionen Bayerns entwickelt. Als die Leitgedanken Faltermeiers nannte Seehofer „Konsens - Kontinuität - Kreativität“. Er habe „wichtige Akzente für die Fortentwicklung des Landkreises, insbesondere für den Erhalt von bestehenden Betrieben und Arbeitsplätzen und die Existenzgründung“ gesetzt. Auch wurde der Einsatz des Landrats für die Chancengleichheit bei der Bildung von

Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum gewürdigt.

Albert Löhner, Landrat des Landkreises Neumarkt i.d.OPf., hat Seehofer zufolge jahrelang in den verschiedensten Ehrenämtern gewirkt; dadurch habe er sich große Verdienste um den Freistaat Bayern erworben. Als Landrat setze er sich seit mehr als zwei Jahrzehnten für die Belange des Landkreises ein - ebenso wie zuvor als Bürgermeister der Stadt Berching.

Denkmalschutz

Der Denkmalschutz, die Unterstützung und Förderung des ländlichen Raumes und die Schaffung neuer Arbeitsplätze hätten ihm immer besonders am Herzen gelegen. „Wichtig sind ihm auch optimale Bedingungen für die Ausbildung der Jugend und die Erwachsenenbildung.“

Effektive Verwaltung

Durch die Umwandlung der Kliniken des Landkreises in ein selbstständiges Kommunalunternehmen habe er die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und effektive Verwaltung der Krankenhäuser des Landkreises geschaffen. „Die hervorragend geführten Kliniken ohne Fehlbeträge, niedrige Personalkosten bei der Kreisverwaltung und Sparsamkeit mit Augenmaß haben mit dazu geführt, dass der Landkreis Neumarkt schuldenfrei ist.“

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Jakob Kreidl, freute sich über die Ehrung aller Landräte. „Ich sehe das als Anerkennung des außergewöhnlichen Einsatzes für die Belange der Bürgerinnen und Bürger in der zeitaufwendenden Arbeit der Landrätinnen und Landräte in Bayern.“

Engagement

Auch Hans Schaidinger, Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, zählt nunmehr zu den Ordenträgern. In einer ersten Reaktion auf die Auszeichnung zeigte er sich hochofiziert: „Ich freue mich sehr über die Verleihung. In allen meinen Ämtern und Funktionen habe ich mich immer engagiert für meine Stadt und für die Interessen aller Kommunen eingesetzt.“ Schaidinger konnte an der Ordensverleihung nicht persönlich teilnehmen. Die Auszeichnung wird ihm zu einem späteren Zeitpunkt überreicht. **DK**

114. Verbandstag der bayerischen Genossenschaften:

Götzl mahnt Politik und warnt vor Steuererhöhungen

Augenmerk auf langfristige Sicherung des Wohlstandes

Der Verbandstag der bayerischen Genossenschaften stand ganz im Zeichen des Bundestagswahlkampfs und der europäischen Beschlüsse zu einer Bankenunion. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), richtete mahnende Worte an die politischen Entscheidungsträger in Deutschland. Er forderte, die langfristige Sicherung des Wohlstands als übergeordnetes politisches Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. „Die öffentliche Diskussion um Steuererhöhungen, egal in welcher Form, halte ich derzeit für völlig kontraproduktiv“, so der bayerische Genossenschaftspräsident. Denn diese belasteten in erster Linie den Mittelstand und seien eine Wachstumsbremse.

Entsprechend fasste er seine Forderungen zusammen: „Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen kann das Gebot der Stunde nur heißen: Konsolidierung der Staatsfinanzen.“

Schutz der Institutssicherung

Deutliche Worte fand Götzl auch zu den jüngsten europäischen Beschlüssen zur Bankenabwicklung: „Finger weg von der Institutssicherung der Sparkassen und Kreditgenossenschaften! Wir lehnen jegliche Haftung der deutschen Sparer und Kreditinstitute für die Sanierung von maroden Geldhäusern in den europäischen Krisenländern ab.“

Details ausgestalten

Zwar begrüßte der GVB-Präsident ausdrücklich, dass sich die europäischen Finanzminister auf ein Bankenrettungssystem verständigt haben, das künftig den Steuerzahler von Belastungen freistellen soll. Allerdings forderte er, die notwendigen Details

nun sorgsam auszugestalten. Dazu zähle, dass Volksbanken und Raiffeisenbanken am Ende nicht zusätzlich belastet werden. Denn sie unterhalten seit vielen Jahren ein Präventions- und Sicherungssystem, das darauf angelegt ist, Bankenpleiten zu vermeiden. „Dafür leisten die Genossenschaftsbanken Jahr für Jahr ansehnliche Beiträge. Deshalb fordere ich die volle Anerkennung unseres Sicherungssystems im Rahmen des europäischen Bankenrettungssystems“, stellte Götzl klar.

Trend zur Genossenschaft in Bayern hält an

36 neue Genossenschaften nahmen im ersten Halbjahr im Freistaat ihre Arbeit auf. Mit 27 Genossenschaften liegt der Schwerpunkt dabei wie in den Vorjahren auf dem Bereich Energie. Damit setzt sich die dynamische genossenschaftliche Gründungsentwicklung auch 2013 fort: Nach 66 neuen Genossenschaften in 2012 und 51 Kooperationen, die 2011 gestartet sind, erwartet der Genossenschafts-

verband Bayern (GVB) für das laufende Jahr ein ähnlich hohes Niveau.

Selbstverantwortung

Stephan Götzl hält dazu in seiner Analyse fest: „Bayern ist ein Land von Genossenschaftsgründern.“ Die Idee, Herausforderungen gemeinsam und selbstverantwortlich zu meistern, überzeuge immer mehr Menschen. Allein in Bayern sind rund 2,8 Millionen Einwohner, also fast jeder vierte Bürger, Mitglied in einem der 1.271 genossenschaftlichen Unternehmen. Gegenüber 2012 bedeutet das ein Plus von rund 63.000 Mitgliedern.

Erfolgsgeschichte der Organisationsform

Der Internationale Tag der Genossenschaften wird jährlich am ersten Samstag im Juli begangen. Damit würdigen die Vereinten Nationen gemeinsam mit dem Internationalen Genossenschaftsbund (IGB) die Erfolgsgeschichte der Unternehmensform. Zu Recht, wie Götzl betont: „Das vor 160 Jahren von Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch in Deutschland begründete Genossenschaftsprinzip ist inzwischen auf der ganzen Welt ein unverzichtbarer Bestandteil von Wirtschaft und Gesellschaft.“ Rund 800 Millionen Menschen in mehr als 100 Ländern sind in einer Kooperative organisiert. □

Von Babyboomern zu Pflegeboomern

1. Pflegesymposium der Versicherungskammer Bayern

Die Ausgestaltung der Pflegebetreuung und deren Finanzierung ist ein viel diskutiertes Thema. Auf dem ersten Pflege-Symposium der Versicherungskammer Bayern tauschten sich Experten unter dem Motto „Die Zeiten ändern mich“ über die Zukunft der Pflege aus.

Die Pflege steht vor vielfältigen Herausforderungen, die man entschlossen angehen muss, um sie für die Zukunft tragfähig zu gestalten. Durch die wachsende Nachfrage nach professioneller Hilfe erhöht sich auch der Bedarf an Fachkräften. Die Pflegekosten steigen aufgrund der demografischen Entwicklung. „Um diesen vielfältigen Herausforderungen in der Zukunft zu begegnen, müssen wir bereits jetzt entschlossen handeln“, erklärte Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer, Schirmherrin des Pflege-Symposiums. „Alle Akteure der Pflegepolitik müssen an einem Strang ziehen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger müssen sich ihrer Eigenverantwortung bewusst werden.“ Haderthauer appellierte, dass sich die Einstellung zum Alter insgesamt ändern müs-

se. „Nicht Defizite, sondern die Kompetenzen der älteren Menschen müssen im Mittelpunkt stehen, ohne dabei diejenigen zu vergessen, die Betreuung und Unterstützung benötigen. Der Freistaat trägt diesem Paradigmenwechsel Rechnung und hat die Erstellung von regionalen seniorenpolitischen Gesamtkonzepten für die Kommunen gesetzlich festgeschrieben.“

„2060 wird jeder 14. Einwohner in Deutschland pflegebedürftig sein. Die Generation Babyboomer hat sich dann zu den Pflegeboomern entwickelt“, betonte Dr. Harald Benzing, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern auf dem Pflege-Symposium. Schon heute sind 2,5 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. In 40 Jahren wird sich ihre

Zahl nahezu verdoppeln. „Um sicher zu stellen, dass wir in Würde altern können, müssen wir jetzt handeln.“ so Dr. Benzing. „Die Versicherungskammer Bayern sieht sich deshalb in der gesellschaftlichen Verantwortung: als Versicherer, als Kompetenzträger und als Arbeitgeber.“

„Die demografischen Entwicklungen verursachen diverse Symptome in den kommunalen Infrastrukturen, so auch in der Pflege“, erklärte Prof. Dr.-Ing. Lothar Koppers, Direktor des Instituts für angewandte Geoinformatik und Raumanalysen e.V. (AGIRA e.V.). „Landflucht und immer weniger werdende Landärzte sind eine Auswirkung. Aber auch Boomregionen wie der Großraum München bekommen die Folgen zu spüren.“ Die Prognosen zeigten, dass sich die Kommunen und ihre Verwaltung der Pflege auf die sich verändernden Bedingungen einstellen müssen. „Dazu gehören neben einer verstärkten sektorenübergreifenden Zusammenarbeit, die Erprobung innovativer Betreuung- und Unterstützungsmodelle wie auch die Einführung eines Pflegemonitorings“, so Prof. Dr. Koppers. □

Ohne Städte ist kein...

(Fortsetzung von Seite 1) Herausforderungen. Bayern stehe unter der Vorgabe, die demografische Entwicklung zu steuern, um einen Ausgleich zwischen schrumpfenden und wachsenden Regionen zu schaffen.

Schaidinger zufolge „lassen sich mit der Förderung aus der Gießkanne die Herausforderungen im Kampf gegen demografischen Wandel nicht lösen“ - unüberlegt eingesetzte Mittel linderten nicht die Ursachen des demografischen Schrumpfens. Bayern brauche in der Landesentwicklung die ordnende Hand des Staates. Städte und Gemeinden benötigten eine überfachliche und überörtliche Planung.

Schaidinger wies darauf hin, dass der Städtetag nicht unter die Planungsfetischisten gegangen sei, wenn er unter bestimmten Voraussetzungen Planung und Regelungen fordert. „Aber gerade die Hochwasserkatastrophe hat gezeigt, dass es ohne übergreifende Koordination nicht geht.“ Benötigt würden praktikable Regelwerke und staatliche Institutionen, die sich um einen wichtigen Bereich wie den Hochwasserschutz kümmern. Denn Nachhaltigkeit und auf Dauer angelegte Projekte seien in einer kurzfristig denkenden Politikkultur schwer umzusetzen.

Schaidinger zufolge „muss nicht jede Festlegung im Landesentwicklungsprogramm oder jede Maßnahme zum landesweiten Hochwasserschutz gleich kommunale Selbstverwaltungsrechte verletzen. Der Freistaat muss eine Marschrichtung vorgeben, er muss einen gewissen Rahmen setzen, damit sich unser Land gut entwickeln kann. Wir brauchen konsequente Zielvorgaben - etwa für das Steuerungsinstrument der zentralen Orte, für das Einzelhandelsziel oder für das Anbindegebot. Das Landesentwicklungsprogramm ist kurz vor Ende der Legislaturperiode im parlamentarischen Galopp um die Ecke getrieben worden. Mit diesem Stückwerk wird niemand glücklich. Wenn einmal planerische Fehler in Beton und Asphalt gegossen werden, lassen die sich nicht mit dem Federstrich einer LEP-Teilfortschreibung rückgängig machen.“

„Wahlkämpfer schlüpfen gerne in Spenderhosen und erklären bei der Modenschau, dass die Spenderhosen nur ein Vorführmodell sind. Für die Zeit nach dem Wahltag liegen schon die engeren Sparhosen bereit“, meinte der zweite stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Ismanings Bürgermeister Michael Sedlmair: Zu Recht stünden die Verspre-

chungen von hohen Summen unter Finanzierungsvorbehalt – „zumal wenn wir die globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehen, die schnell auf die kommunalen Steuereinnahmen durchschlagen können“. Auch die Schuldenbremse und der Fiskalpakt könnten sich auf die kommunalen Finanzen auswirken.

Die Länder dürften Schuldenbremse, Entschuldungspläne und Fiskalpakt nicht als Anlässe nehmen, um Zuweisungen an die Kommunen abzusenken. Damit der Fiskalpakt eingehalten werden kann, müssten die Kommunen dauerhaft zu einer schwarzen Null kommen können. Bund und Länder hätten den Verabredungen zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts gerecht zu werden. Besonders wichtig sei der Einstieg des Bundes zur Kostenübernahme bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

Bedenkliche Entwicklungen

Derzeit erscheine die kommunale Finanzlage in Bayern (mit einem positiven Finanzierungssaldo von 1.26 Milliarden Euro im Jahr 2012) rosig - allerdings nur auf den ersten Blick, wie Sedlmair erläuterte: „Was auf den ersten Blick optimistisch stimmt, lässt einen auf den zweiten genaueren Blick schon nicht mehr so munter sein. In vielen Kommunen schlagen sich Probleme durch und zeigen sich bedenkliche Entwicklungen ab. Nach wie vor steigen die Soziallasten, daher fordert der Bayerische Städtetag ein Bundesleistungsgesetz.“

Innerhalb des abgelaufenen Jahrzehnts sind in Bayern die Sozialausgaben um gut ein Drittel auf knapp 5 Milliarden Euro gestiegen, darunter für Hilfen zur Erziehung, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, Hilfe zur Pflege und die Grundsicherung im Alter (die inzwischen schrittweise vom Bund übernommen wird). Die Investitionsschwäche der Kommunen hält an und verschärft die Probleme. Viele Kommunen müssen unverändert einen rigorosen Kurs der Haushaltskonsolidierung fahren. Damit vollzieht sich ein schleichender Substanzverlust in der kommunalen Infrastruktur, etwa in Schulen, Straßen, öffentlichem Nahverkehr und Krankenhäusern.

Der Bayerische Städtetag fordert eine bessere Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs, damit Kommunen ihre Aufgaben besser erfüllen können. Die Probleme von strukturschwachen Regionen in Bayern lösen könne der FAG freilich nicht, betonte Sedl-

mair: „Wir dürfen die Erwartungen an den kommunalen Finanzausgleich nicht überfrachten.“ Vor allem die Schlüsselzuweisungen sollten den Kommunen bedarfsgerecht zugewiesen werden. Dies müsse allerdings nach differenzierten Kriterien geschehen, die sich am jeweiligen Bedarf von Kommunen und ihren unterschiedlichen Aufgaben orientieren. Nötig seien eine Regional- und Strukturpolitik, die den Ausbau der Infrastruktur bei Straße, Schiene und Breitband vorantreibt sowie eine weitere Dezentralisierung von Behörden und Ausgliederungen von Hochschuleinrichtungen in kleinere Städte.

Bei einer Podiumsdiskussion mit den Fraktionsvorsitzenden Hubert Aiwanger (Freie Wähler), Margarethe Bause (Grüne) und Thomas Hacker (FDP) sowie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und dem SPD-Bewerber für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, brachte Innenminister Joachim Herrmann zum Ausdruck, Kommunen in strukturschwachen Gebieten stärker unter die Arme greifen zu wollen. Dort müssten zusätzliche Akzente gesetzt werden. Das könne die Verlagerung einer Behörde sein oder die Sicherung von Arbeitsplätzen vor Ort.

Christian Ude forderte „eine Entschuldungshilfe, die nicht zulasten des kommunalen Finanzausgleichs gehen darf.“ Klammere Kommunen in Nordostbayern könnten ihre Finanzen selbst dann nicht in den Griff bekommen, wenn sie alle freiwilligen Leistungen strichen. Für den Fall eines Wahlsiegs kündigte Ude ab Herbst ein komplett überarbeitetes neue Landesentwicklungsprogramm an.

Während Margarethe Bause vor einer „Förderung mit der Gießkanne“ warnte und ihre Partei als „Trendsetter auf der kommunalen Ebene“ bezeichnete, legte Hubert Aiwanger Wert auf die Feststellung, dass „jeder dritte Bürgermeister den Freien Wählern angehört“. Seine Partei brauche sich deshalb „längst nicht mehr rechtfertigen, wenn sie auch auf Landes- und Bundesebene mitregieren will, wo doch da andere das große Rad drehen, die keinen einzigen Bürgermeister stellen“.

Thomas Hacker, selbst Bayerreuther, griff schließlich den Vorschlag seiner gastgebenden Oberbürgermeisterin Brigitte Merke Erbe (parteilos) auf, das von Ministerpräsident Horst Seehofer geplante Heimatministerium in Bayerreuth anzusiedeln. Als erster FDP-Politiker brachte er sich dafür gleich selbst ins Gespräch. **DK**

Kommunal vor...

(Fortsetzung von Seite 1)

nationen seiner Regierung: „Jeder dritte Euro geht in die Bildung und jeder vierte in die kommunalen Haushalte.“ Den Vertretern der Gemeinden versprach Seehofer, dass es keine neue Gebietsreform geben werde, wohl aber müsse mehr kommunale Zusammenarbeit sein, er wolle mehr finanzielle Anreize dafür schaffen. „Da bin ich unzufrieden, ich könnte mir mehr Tempo vorstellen“, äußerte er zur Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Ebenen. Konkret verlangte Seehofer die Eingliederungshilfe für Behinderte dem Bund zu übertragen.

Unterfinanzierung

Wie der Ministerpräsident bemerkte, ist die Hälfte der kommunalen Krankenhäuser unterfinanziert. Er sieht deshalb Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Wenn es nach ihm ginge, dann solle der Staat die Investitionen tragen, die Kommunen müssten dagegen den Betrieb finanzieren.

Seehofer bekannte sich zur Solidarität der Bundesländer untereinander, kritisierte aber die derzeitige Praxis: „Ich stimme dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zu, der gesagt hat, dieses System sei bescheuert.“ Der Finanzausgleich könne nicht funktionieren, wenn drei für 13 andere zahlen müssten. Bayern jedenfalls wolle mit dem Geld Sinnhaftes bewirken und nicht den Verwaltungsschapparat auflösen.

Der Chef der Staatsregierung äußerte Gefallen an einer Umfrage, wonach unter den jungen Menschen die Heimatliebe stärker sei als bei den älteren Jahrgängen. „Unsere Jugend“, so der 64-Jährige „ist auf Facebook mit der ganzen Welt verbunden und dennoch liebt sie Bayern“. Heimat sei nichts Rückwärtsgewandtes oder Statisches, sondern die Quelle von Kreativität: „Der Respekt vor anderen Kulturen beginnt mit dem Stolz auf die eigene Kultur.“ In Bayern werde Kultur täglich gelebt, sie stehe nicht nur in der Verfassung. Der Regierung jedenfalls sei Kultur nicht zu teuer. Jeder Bezirk solle über ein Landesmuseum verfügen. Sein Versprechen: „In den nächsten zwei Jahren werden wir 1,4 Milliarden Euro für den engeren Bereich der Kultur ausgegeben.“ In diesem Zusammenhang lobte Seehofer die Arbeit der sieben Bezirksheimatpfleger und nannte beispielhaft das „Jüdische Museum Franken“, das für ihn ein „Leuchtturmprojekt“ sei. Die Bezirke rühmte er als kulturelle Spitzenleistungen. Er erneuerte sein Versprechen, nach der Landtagswahl einen „Minister für Heimat“ ins Kabinett zu holen, der sich hauptsächlich um die Herausforderungen des ländlichen Raumes kümmern und Leistungen koordinieren soll. Im übrigen gelte sein Grundsatz: „Zutrauen statt Misstrauen.“

Seehofer ging auch auf die jüngste Hochwasserkatastrophe ein und riet allen, nicht in erster Linie auf Paragraphen zu setzen, sondern denen zu vertrauen, die Hilfe leisteten. Er setzte sich dafür ein, den Opfern zunächst ordentliche Abstände zu zahlen und erst später die Abrechnung zu machen, anstatt vor der finanziellen Hilfe ein lange dauerndes Zuwendungsverfahren aufzubauen. Nachdrücklich lobte er den Einsatz der vielen jungen Fluthelfer: „Wir sehen, unsere Jugendlichen sind keine Ansammlung von Ichlingen.“

Zum Programm der Gäste gehörte auch ein Besuch des Römerparks Limesum in Ruffenhofen. Am Abend waren die Tagungsteilnehmer zum Empfang des mittelfränkischen Bezirkspräsidenten Richard Bartsch in der Gunzenhausener Stadthalle vereint. Mit dabei war Kommunalminister Joachim Herrmann, der meinte: „Der Verband ist nicht im-

mer bequem, aber wir können vernünftig miteinander reden.“ Als ein „Urgestein, das die Bezirke maßgeblich geprägt hat“, rühmte er den Präsidenten Manfred Hölzlein und gratulierte ihm zur Verleihung der ganz seltenen Kommunalen Verdienstmedaille in Gold.

Herrmann äußerte sich anerkennend darüber, dass der Bezirk für das Unterhaltungsprogramm des Empfangs eine musikalische Inklusionsgruppe aus Fürth engagierte. Der Minister verteidigte die Barrierefreiheit auch dort, wo sie mit dem Denkmalschutz kollidiert und nannte das Beispiel des Zugangs zur Walhalla bei Kelheim. Herrmann betonte, die Menschen suchten heute wieder mehr nach Halt, Orientierung und heimatlichem Umfeld. Heimat werde emotional.

Weitblick und Kompetenz

Um das Thema „Heimat-Kultur-Bezirke“ ging es am zweiten Tag. Bürgermeister Joachim Federschmidt und Landrat Gerhard Wagemann hatten Gelegenheit, den Gästen Stadt und Kreis vorzustellen. Als einen „bayerischen Patrioten“ würdigte Seehofer den niederbayerischen Bezirkstagspräsidenten Manfred Hölzlein, der dem Verband der bayerischen Bezirke seit zehn Jahren vorsteht, seit 41 Jahren im Landshuter Stadtrat sitzt und 39 Jahre dem Bezirkstag angehört. Er sei ein Politiker mit Weitblick und Kompetenz. Im Herbst wird sich Hölzlein aus der Politik zurückziehen. Der Niederbayer, der selbst bei dem Historischen Spiel „Die Landshuter Hochzeit“ mitwirkt, bekannte sich erneut zur kulturellen Vielfalt in Bayern und zitierte eine BR-Studie, die mit dem Slogan „Soviel

Heimat war nie“ betitelt ist. Sogar der „Spiegel“ habe dem Heimatbegriff eine Titelseite gewidmet, Heimatfilme seien zu Kassenschlagern geworden.

Hölzlein sieht die Heimat gefährdet durch verschandelte Bauwerke und folkloristische Geschäftemachereien. „Heimat ist“, so der Politiker, „kein konfliktfreier Raum, denn um sie muss gekämpft werden.“ Der Begriff habe auch eine soziale Dimension, eine reale Vernetzung und nicht nur eine virtuelle.

„Sozialer Nahraum“

Hölzlein definierte Heimat als „sozialen Nahraum“. Es gehe nicht um Abgrenzung oder gar Separatismus, sondern um die Wertschätzung der kulturellen Vielfalt. „Die Volkskultur hat sich“, so der Redner, „stets verändert, und sie hat nie in sich geruht.“ Seine These untermauerte Hölzlein mit einem Zitat von Albert Scharf, dem früheren Intendanten des Bayerischen Rundfunks: „Nur Gartenzwerge können nicht über den Zaun blicken.“

Lobend äußerte sich der Präsident über die Arbeit der bayerischen Bezirksheimatpfleger: „Sie nehmen die Strömungen in der Gesellschaft auf, aber laufen nicht jedem Trend hinterher.“ Er verteidigte die Ausgaben der Bezirke für die Heimatpflege, die nur ein Prozent des Budgets ausmachten. „Würden wir die Mittel völlig streichen, dann wäre das überhaupt keine Entlastung der Etats, wohl aber ein kultureller Flächenbrand in Bayern.“ Mit dem vormaligen Bundespräsidenten Roman Herzog befand er: „Kultur rechnet sich nicht, sie zahlt sich aber aus.“ □

Für lebendige...

(Fortsetzung von Seite 1)

auch in einer Gesprächsrunde mit Michael Pelzer, dem Ersten Bürgermeister von Weyarn, Theresia Benda, die in der Gemeinde lange Zeit erste Ansprechpartnerin für die Arbeitskreise der Bürgerinnen und Bürger war, und Albert Loeffler, dem Vertreter eines Arbeitskreises, diskutiert.

Im Rahmen von „Gesprächsin-seln“ hatten die Teilnehmer im Anschluss die Möglichkeit, sich zu verschiedenen Themen zu informieren und auszutauschen. Neben den Themen „Öffentlichkeitsarbeit rund um die Energiewende: Materialien nicht neu erfinden, sondern vorhandene Informationsmöglichkeiten nutzen!“ (Pablo Schindelmann, LfU) und „Wahlen und kein Vorstand?! Ideen zur Gewinnung von Vereinsvorständen“ (Aline Liebenberg, LBE Bayern) wurde das Thema „Zeitbanken: Ein Modell für Nachbarschaftshilfen?“ erörtert.

Nachbarschaftshilfe

Laut Ingrid Engelhart, erste Vorsitzende und Geschäftsführerin SPES Zukunftsmodelle e.V., können sich Menschen in der sog. Zeitbank55 auf Basis einer geordneten Nachbarschaftshilfe und gelebten Nächstenliebe unterstützen und füreinander da sein. Die Zeitbankmitglieder leisteten sich gegenseitige Hilfestellung und Unterstützung zur besseren Bewältigung der Aufgaben im Alltag. Aber auch gemeinsame Unternehmungen und Freizeitaktivitäten seien wichtige Elemente einer „Zeitbank 55+“.

Für die Hilfen, die man gebe, bekomme man die Zeit auf einem Stundenkonto gutgeschrieben. Wenn man selbst Hilfe in Anspruch nehme, „bezahle“ man mit diesen angesparten Stunden. „Miteinander älter werden mit dem Gefühl, gebraucht zu werden“, nannte Engelhart als wesentliches Leitmotiv dieser Initiative. **DK**

Die Mitglieder der „Zeitbank 55+“ bieten einander kleine Dienstleistungen und Hilfen in allerlei Lebensbereichen an, wodurch sie ihre Fähigkeiten und Talente weiter ausüben, entfalten und zum Nutzen anderer Menschen einbringen können. Beispiele dafür sind unter anderem die Unterstützung im Haushalt oder bei Gartenarbeiten, Besuchsdienste, Gespräche, Spiele, Betreuung von Haustieren, Einkaufsfahrten, Hilfestellungen bei Behörden und Schriftverkehr oder etwa Hilfe beim Umgang mit dem Computer. Die geleisteten Stunden werden auf einem „Leistungsscheck“ eingetragen, anschließend auf Zeitkonten gebucht und mit Hilfe eines speziell entwickelten EDV-Programms korrekt verwaltet.

Auch wenn „Zeitguthaben“ wie etwa in der „Zeitbank 55+“ als eine Ergänzung der klassischen Formen der Altersvorsorge betrachtet werden könnten, sei es Ziel, die Stunden nicht auf später aufzusparen, sondern schon frühzeitig ein gegenseitiges Geben und Nehmen einzubüben, betonte die Referentin.

Regelmäßige, möglichst monatliche Stammtische sollten dazu beitragen, dass sich die Zeitbank-Mitglieder kennenlernen könnten, eine gegenseitige Vertrauensbasis geschaffen werde sowie die Möglichkeit zum Austausch von Angeboten und Bedarf gegeben sei.

Seit Start der Initiative vor rund drei Jahren hätten sich in Baden-Württemberg acht Zeitbankvereine gegründet, weitere seien in Vorbereitung. Zudem gebe es bereits längere Zeit in Österreich zahlreiche Praxisbeispiele für Zeitbankvereine. „Wir unterstützen Sie gerne bei der Gründung einer Zeitbank 55+ in Ihrer Ortschaft“, hob Engelhart hervor. Im Rahmen einer Zeitbankgründung stelle SPES sämtliche Unterlagen für den Stundentausch sowie den Zugang zum EDV-System zur Verwaltung und Verrechnung der Zeitstunden zur Verfügung. **DK**

Mercedes-Benz Unimog im Jahrhundert-Hochwasser 2013:

Zugeschnitten für den Katastropheneinsatz

Stuttgart/ Großraum Magdeburg - Das Jahrhundert-Hochwasser im Sommer 2013 hat im Bereich der bayerischen Donau und der ostdeutschen Elbe und großen Nebenflüssen, sowie den benachbarten Ländern Tschechien und Österreich mit noch nie gemessenen Pegelständen die Menschen und die Natur heimgesucht. Innerhalb von Stunden wurden Wohnhäuser, Schulen, Industriebetriebe und landwirtschaftliche Anwesen von der Hochwasserkatastrophe betroffen. Wohl wurden Deiche verbessert, dennoch gibt es bei der reißenden Urgewalt eines Hochwassers keinen hundertprozentigen Schutz. Die bis zu 40 Kilometer lange Scheitelwelle des Elbehochwassers hat einen noch nie gesehenen ungeheuren Druck auf die Deiche ausgeübt, der manche Deiche absacken oder brechen ließ

Die Stunde der professionellen und freiwilligen Helfer ist gekommen, wenn kurz vor Erreichen des Maximalpegels die Deiche noch mal mit einer Schicht Sandsäcke geschützt werden, während des Durchrauschens der Flutwelle gesichert werden, bei Durchbruch die verbliebenen Menschen und Tiere aus dem Notstandgebiet gerettet werden und schlussendlich nach Ende der Katastrophe die verschlammten Straßen und Wohnungen gereinigt und der Schutt entsorgt werden wird. Ähnliche Bilder kennt man auch vom Wiederaufbau von Infrastruktur bei extremem Schnebruch bis zu Einsätzen bei Erdbeben und Hochwasser in Japan oder New Orleans.

Bewährte Fahrzeuge im Katastrophenschutz

Und diese Katastrophenbewältigung geht in jeder beschriebenen Phase nicht ohne Nutzfahrzeug, das haben die abertausenden von betroffenen Menschen erlebt, die an den Brennpunkten geholfen haben, um die Folgen des Hochwassers zu mildern.

Unter allen Arten von Nutzfahrzeugen ist natürlich der Unimog, kraft seiner Konstruktion und Auslegung, das prädestinierte und bewährte Fahrzeug für alle Hilfeinsätze.

Gerade im Hochwassereinsatz zieht der Unimog seine Karten: Die Zufahrtswege zu den Deichen sind oftmals viel zu schmal für größere Lkw, besonders im Begegnungsverkehr bei überfluteten Feldwegen. Zudem verformen schwere Fahrzeuge die aufgeschwemmte Deichbasis und können diese zum Kollaps führen. Der Unimog hingegen kann mit seiner kompakten Ausführung vor den Deichen wenden und auf dem weichen Grund fahren, ohne den Bodendruck zu erhöhen.

Deswegen hat der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, erst im

September 2012 für das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz (abgekürzt LPBK) in Schwerin insgesamt sechs neue Unimog UHN 4000 in der Farbe des Bevölkerungsschutzes Elfenbein übernommen. Der Einsatzschwerpunkt der hochgeländegängigen Unimog U 4000 ist die Abwehr und die Bekämpfung der Auswirkungen von Sturmfluten/ Sturmhochwasser und Folgen von zunehmenden Extremwetterlagen und Orkanverwüstungen, wie im Sommer 2013.

Wo selbst Allrad-Lkw an ihre Grenzen stoßen, muss ein ganz anderer Typ von Arbeits- und Zugmaschine her, nämlich der Unimog. Der Mercedes-Benz Unimog ist eine Fahrzeuggattung für sich, er bietet Möglichkeiten, die weltweit kein anderes Fahrzeug bietet. Der Unimog ist flexibler als andere, mit An- und Aufbauarmen vorne, in der Mitte und hinten. Der Unimog ist geländegängiger als andere und gleichzeitig hat er Schnellaufhängungen, mit denen er auf der Straße höchstes Transporttempo vorlegt. Der Unimog ist der kompromisslose Profi, überlegen in jeder Situation und auf jedem Terrain – etwa im Waldbrand-, Katastrophen- und Hochwasser-Einsatz.

Der hochmobile Geräteträger Unimog UHN für den Katastrophenschutz in Mecklenburg-Vorpommern wurde auf der bewährten Basis des hochgeländegängigen Unimog mit 3-sitziger Kabine und Pritsche mit einem Radstand von 3250 mm mit Kombination verschiedenster Anbaugeräte gebaut. Der Geräteträger ist ausgestattet mit einem hydraulischen Ladekran, mit Kranseilwinde und Hubseilwinde, ausfahrbaren Stützen nach vorne und nach hinten zuzüglich einer Bergstütze. Der Frontlader kann auch mit einer Stapelgabel ausgestattet werden. Hilfsorganisationen entscheiden sich für den hoch-

geländegängigen Mercedes-Benz Unimog, da dieses Fahrzeug neben den aufgezählten Zusatz- und Arbeitsgeräten zudem als Zugmaschine für diverse Ausrüstungs- und Bootsanhänger eingesetzt werden kann und dabei drei Mannschaften mit ihrer persönlichen Ausrüstung Platz bietet.

Der ganz entscheidende Vorteil des Unimog UHN ist aber die altbewährte Unimog-Tugend, nämlich als schnelllaufende Zug- und Arbeitsmaschine über die Autobahn schnellstens den Einsatzraum zu erreichen, um dann im Einsatzgebiet in schwierigem Gelände und auf überfluteten Straßen hochgeländegängig seinen Auftrag zu erfüllen.

Viele Einsatzprofile

Mit der Arbeitsgeräteausstattung ist der Unimog UHN-Geräteträger in der Lage, folgendes Einsatzprofil für den Katastrophen- und Hochwasserschutz zu erbringen:

► Hochgeländegängiges Spezialfahrzeug, welches als Zug- und Arbeitsmaschine verwendet wird. Fahrfähigkeit abseits befestigter Wege.

► Das Träger-Kraftfahrzeug dient u.a. zum Materialtransport von technischen Einsatzmitteln, Stückgut (Sandsäcken) und Schüttgut.

► Der Unimog UHN-Geräteträger ist so ausgestaltet, dass er auch als Zugfahrzeug zum Transport von Einsatzmitteln (Tiefeladeanhänger, Brückenteile, Aggregatanhänger, mobile Lichtmastanlage usw.) dient.

► Bergen von Personen und Tieren in Not, Fahrzeugen und Gerätschaften von Bürgern, aber auch von eigenen Kräften und Fahrzeugen zur Eigenbergung.

► Wurfhöhe von 1200 mm Höhe, wie sie z. B. jetzt bei den Hochwasserereignissen an Donau und Elbe oder bei Sturmfluten an Nord- oder Ostsee erforderlich ist. Der Unimog ist wegen seines regulierbaren Reifendruckes in der Lage, auch einen nassen Strand zu befahren.

► Räumen bzw. Schieben von Hindernissen, Beseitigung von herabgestürzten Bäumen, Anlegen von Bedarfswegen, Abtragen, Bewegen und Ablagern von Schüttgut und gewachsenem Erdbereich.

► Bei möglichen Schneekatastrophen oder Erdrutschen lassen sich mit dem Frontlader die Verkehrswege wieder freiräumen, bzw. verschüttete Fahrzeuge mit



Ein Unimog im Hochwasser-Einsatz.

dem Kran bergen.

► Bei dem jetzt aktuellen Jahrhundert-Hochwasser lassen sich mit dem Frontlader Schutzdeiche anlegen, bzw. mit der Stapelgabel Sacksäcke verbringen.

► Bei Havarien von Fahrzeugen mit erdkontaminierenden Flüssigkeiten (Ölunfall) lässt sich mit diesem Gerät auch eine Erstmaßnahme zum Schutz des Grundwassers einleiten.

► Mit dem Kran Heben bzw. Senken der Mehrzweck- und Katastrophen-Schutzboote, auch in tieferliegende Hafenbecken.

► Be- und Entladen von Schienen und Schwellen bzw. Anhängern von Stammholz, Be- und Entladen von Einsatzmaterial - auch Schüttgut, Be- und Entladevorgänge von ausgefallenen Kraftfahrzeugen.

► Abfangen von Treibgut, welches durchweichte Deiche beschädigen könnte.

Umweltfreundlicher und effizienter, dabei genauso geländegängig wie die Vorgänger und noch robuster - also rundum verbessert - sind jetzt die hochgeländegängigen Unimog unterwegs, und zwar mit den neuen Bezeichnungen U 4023 und U 5023 als Nachfolger der U 4000 und U 5000. Zum Einsatz kommt der neue drehmomentstarke BlueEfficiency Power BlueTec 6-Motor, ein Vierzylinder mit jetzt 170 kW (230 PS) und einem Drehmoment von 900 Nm.

Das Unimog-Getriebe wurde optimiert und leistungsgesteigert, so dass die Schaltzeiten jetzt bei gleichzeitiger Erhöhung der Lebensdauer kürzer sind. Die Getriebebedienung erfolgt zukünftig über den Lenkstockhebel an der Lenksäule, welcher auch die Schnellreversierfunktion EQR (electronic quick reverse) beinhaltet. Wie bisher stehen acht Vorwärts- und sechs Rückwärtsgänge zur Verfügung, optional auch eine Geländegruppe für Offroadeinsätze im Geschwindigkeitsbereich von 2,5 bis 35 km/h.

Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Typen liegt in den Achsen und im Rahmen und damit den Achslasten

und dem Gesamtgewicht, beim U 4023 beträgt es maximal 10,3 Tonnen, beim U 5023 sind es maximal 14,5 Tonnen.

Dieses Fahrerhaus ist ein Klassiker – es prägt das Erscheinungsbild des Unimog, heute als Bauweise der hochgeländegängigen Unimog – seit dem Jahre 1974. Für die Entwicklungsingenieure hieß es, unter dieser Kabine die Euro-VI-Technik unterzubringen. Es gelang, indem der Motor um einen Meter nach hinten unter das Fahrerhaus versetzt wurde und nun das Herzstück des neuen Konzeptes bildet. Das neue Fahrerhaus wurde im Vergleich zum Vorgänger um 120 Millimeter verlängert und geringfügig erhöht.

Im Interieur profitiert der neue Unimog von der neuen Ausstattung: Multifunktionslenkrad, verstellbare Lenksäule, Multifunktionsasten, Kombiinstrument mit großem Display sowie neues verstärktes Heizungs- und Lüftungssystem sorgen für optimale Bedingungen für den Fahrer.

Reifendruckregelung

Die Reifendruckregelanlage „Tirecontrol Plus“ wurde neu konzipiert, damit kann nun der für den jeweiligen Einsatz passende vorkonfigurierte Reifendruck einfach und komfortabel im Display über die Auswahl der Programme eingestellt werden. Vorgegeben sind die Modi „Straße“, „Sand“ und „Schlechtweg“. Außen zeigen der dynamisch gestaltete Kühlergrill und die neuen Stoßfänger mit modernen Leuchten auf den ersten Blick, dass hier eine neue Unimog-Generation im Einsatz ist. Völlig neu gestaltet wurde auch der Aufstieg zum Fahrerhaus mit einem komfortablen und sicheren, je nach Kundenwunsch zwei- oder dreistufigen Aufstieg.

Die veränderte Lage des Motors ermöglicht jetzt auch den direkten Geräteantrieb vom Motor, somit ist der Antrieb von Geräten unabhängig von der Fahrt im Gegensatz zum – weiterhin vorgehaltenen – Abtrieb vom Getriebe möglich.

Ihre im Wettbewerbsvergleich konkurrenzlos hohe Geländetauglichkeit verdanken die Unimog der Reihe UHN unter anderem ihrem Rahmenkonzept. Eine extreme Verwindungsfähigkeit bildet eine der Voraussetzungen, dass sich ein Radfahrzeug überhaupt noch in einem Gelände fortbewegen kann, das bestenfalls von Kettenfahrzeugen zu bezwingen ist. Wesentliche Voraussetzung der Verwindungsfähigkeit ist die Dreipunktlagerung von Motor, Getriebe, Fahrerhaus und Aufbau. Sichtbar wird diese Spezialität im Gelände, wenn sich Aufbau oder Gerät deutlich gegenüber dem Fahrerhaus verschränken.

Das große Plus des hochgeländegängigen Unimog, seine optimalen Fahreigenschaften in schwerem Gelände, blieb unangestastet, in einzelnen Punkten wurden die Stärken weiter ausgebaut. Auf Grund der neuen Mittelmotorlage liegt die Rahmenkröpfung nun weiter hinten, insgesamt ist damit ein niedrigerer Fahrzeugschwerpunkt bei gleichzeitig hoher Bodenfreiheit erreicht, was unter anderem die Fahreigenschaften im Offroadeinsatz verbessert.

Dass der Rahmen dieser Unimog geschweißt ist, einschließlich der Rohrquerträger, garantiert die extrem gute Verwindung von bis zu 600 Millimetern bei der Fahrt im Gelände. Die Achsverschränkung von bis zu 30 Grad macht die Schubrohrtechnik in Verbindung mit den Schraubenfedern möglich, indem sie die Achsen über Schubrohr und Schubkugel am Getriebe anbindet. Portalachsen, der niedrige Fahrzeugschwerpunkt und extrem günstige Werte bei Böschungswinkel (vorn 44 Grad, hinten 51 Grad), Rampenwinkel (34 Grad) und der Steigfähigkeit (45 Grad) – das macht den hochgeländegängigen Unimog komplett, dazu kommt die Wadfähigkeit von maximal 1200 Millimetern und ein seitlicher Neigungswinkel von 38 Grad.

Die Fahrt in Extremsituationen mit zugeschaltetem Allradantrieb wird unterstützt von den zuschaltbaren Differenzialsperren und der Reifendruckregelanlage, die in Verbindung mit der Druckluftanlage des Fahrzeugs ganz nach Bedarf den Luftdruck der Reifen senkt oder erhöht.

Unimog-Fahrzeuge haben ein langes Leben, sie sind robust und zuverlässig. Der komplett geschweißte Rahmen oder die gekapselten Fahrwerksteile stehen für den Anspruch, höchste Belastungen aufzunehmen.

Die Achsen sind verstärkt, alle wichtigen Aggregate sind geschützt oder liegen im geschützten Bereich - das ist wichtig für Wasser- und Geröllfeld-Durchfahrten.



Zukunftsweisend.

Der neue Unimog mit BlueTEC-6-Technologie.

Überzeugt mit zahlreichen Innovationen und setzt Maßstäbe in Sachen Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienerfreundlichkeit. Mehr unter www.neuerunimog.com



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6 100, Fax: 089 12 06-6 127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Neuer Lindner Unitrac:

Effizienter und wirtschaftlicher

Unitrac 82ep und 92ep benötigen einen Liter Treibstoff pro Betriebsstunde weniger

Wieselburg – Bis 2015 stellt der Tiroler Landmaschinenpezialist Lindner alle seine Fahrzeuge auf den efficient-power-Standard (ep) um. „Wir machen unsere Geotrac- und Unitrac-Serie effizienter und wirtschaftlicher: vom Motor über das Getriebe bis zum Lichtkonzept“, sagt Geschäftsführer Hermann Lindner. „Nach der Geotrac-Serie 4ep legen wir den Fokus jetzt auf unsere Unitrac-Transporter.“

Auf der Wieselburger Messe präsentierte das Tiroler Familienunternehmen den neuen Unitrac 82ep und den Unitrac 92ep. „Mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 7,5 Tonnen zielt der Unitrac 82ep auf Einsätze in der Landwirtschaft ab“, erklärt Hermann Lindner. Der Unitrac 92ep punktet mit 8,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht und fünf Tonnen Nutzlast. „Damit ist der 92ep maßgeschneidert für Profi-Landwirte, überbetriebliche Einsätze und den Kommunalbereich, Stichwort Grünraumbewirtschaftung.“ Die Produktion startet im August 2013.

Die technischen Highlights

Beim Unitrac 82ep und beim 92ep hat Lindner ein umfassendes Effizienzpaket umgesetzt. Die neue Motorgeneration leistet 95 PS (70kW), das Drehmoment beträgt 395 Nm bei 1.400 U/min. „Die 4-Zylinder-Turbodieselmotoren mit Common-Rail-Einspritzung werden einen Liter Treibstoff weniger als die Vorgängermodelle benötigen“, sagt Technologie-Geschäftsführer Stefan Lindner. Dank des Russpartikelfilters erfüllen die neuen Unitracs die Abgasstufe 3B. Der Partikelfilter ist 3.000 Stunden wartungsfrei.

Außerdem verfügen die Unitrac-ep-Modelle über das Lindner-Hochleistungsfahrwerk mit Einzelradaufhängung und hydraulischer Federung mit Niveauregelung. Die 4-Rad-Lenkung steht für besondere Wendigkeit. Der neu entwickelte Komforteinstieg erleichtert das Schließen der großflächigen Unitrac-Türen – vor allem im steilen Gelände.

Beide Modelle sind in der 40 km/h-Ausführung erhältlich, der Unitrac 92ep optional in der 50 km/h-Ausführung. Der Unitrac 92ep ist darüber hinaus mit einer 2-Kreis-Hydraulik inklusive

Komfortbedienung ausgestattet.

Weitere Innovationen

Immer mehr Anwender setzen auf Profi-Leichtgeräte, die mit einem Lithium-Ionen Hochleistungsakku betrieben werden. Die Geräte sind deutlich leichter und leiser als Werkzeuge mit Verbrennungsmotor und verursachen keine Emissionen. Stefan Lindner: „Wir tragen diesem Trend Rechnung und haben die neuen Unitrac-ep-Modelle mit zusätzlichen Ladestationen für Hochleistungsakkus versehen.“

Optimale Übersicht gewährleistet der IBC-Innenspiegel. Der eingebaute Bildschirm überträgt entweder das Bild der Rückfahrkamera oder das Bild einer Kamera an der Stoßstange. „So wird der Fahrer beim Rückwärtsfahren unterstützt und hat bei allen Arbeiten den Überblick über die Ladefläche.“ Energie sparen lässt sich bei den ep-Unitracs mit dem LED-Tagfahrlicht.

Lindner erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2012/2013, das am 31. März endete, einen Umsatz von 76,5 Millionen Euro, nach 76 Millionen Euro im Jahr zuvor. Vor dem Hintergrund des österreichischen Traktorenmarktes, der in den ersten fünf Monaten 2013 um fast acht Prozent zurückging, erwartet Lindner für 2013/2014 ein leichtes Wachstum auf 78 Millionen Euro.

Dritte Baureihe

Hermann Lindner: „Erfreulich entwickelt sich das Auslandsgeschäft auf unseren wichtigen Märkten Deutschland, Schweiz und Frankreich. Die Exportquote liegt derzeit bei 49 Prozent.“ Lindner beschäftigt in Kundl 218 Mitarbeiter. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 1.400 Geotrac-Traktoren und rund 200 Unitrac-Transporter produziert.



Hermann (l.) und Stefan Lindner präsentieren den neuen Unitrac in Wieselburg.

Aktuell arbeitet Lindner intensiv an der dritten Baureihe. „Als Ergänzung zum Unitrac und zum Geotrac stellen wir im Herbst 2013 den Lintrac vor.“

Details zur neuen Reihe gibt es bei der offiziellen Präsentation Ende Oktober in Kundl.

Weitere Informationen unter: www.lindner-traktoren.at



Spatenstich für die Landmaschinenschule beim Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn

Bei strahlendem Sonnenschein fand der Spatenstich für den Neubau der Landmaschinenschule beim Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn statt. Ein „guter Tag für die niederbayerische Landwirtschaft“ – so Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in seiner Festrede. Die zukunftsweisende und mutige Entscheidung, rund 5 Mio. Euro in dieses Bauvorhaben zu investieren, werde sein Haus, das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, mit der Höchstsumme von 1 Mio. Euro unterstützen. Eine Zusage, die Bezirksstagspräsident Manfred Hölzlein, ebenso wie die Anwesenheit des Ministers, als unmissverständlich positives Zeichen im Hinblick auf die Zukunft der gesamten Bildungseinrichtung in Schönbrunn deutete.

Die Maßnahme wird sich auf zwei Neubauten verteilen: das Schulungs- und zugleich Hauptgebäude sowie das Werkstattgebäude mit drei Lehrwerkstätten. Im Erdgeschoss des Hauptgebäudes werden um einen zweigeschossigen Foyer- und Eingangsbereich drei Seminarräume, drei durch mobile Trennwände teilbare und damit multifunktionale Lehrsäle, Umkleidezonen und Nebenräume untergebracht. Alle Seminar- und Lehrsäle orientieren sich zum Innenhof und können von dort mit den landwirtschaftlichen Maschinen befahren werden. Auch die Fassadengestaltung wird das neue Schulungsgebäude als Hauptgebäude der Landmaschinenschule absetzen, erläuterte Diplom-Ingenieur Christoph Nagel-Hirschauer, Geschäftsführer des federführenden Architekturbüros Schmidt-Schickelanz & Partner in München. Im Frühjahr 2015 soll die Landmaschinenschule in den neuen Räumen ihren Schulbetrieb aufnehmen.

Im Bild (von links): Gertraud Goderbauer, MdL, Thomas Schneidawind, Leiter des Agrarbildungszentrums, Landwirtschaftsminister Helmut Brunner, MdL, Bezirksstagspräsident Manfred Hölzlein, Jutta Widmann, MdL, Bezirksrat Toni Deller, Architekt Christoph Nagel-Hirschauer, Bezirksstagsvizepräsident Franz Schedlbauer, Bezirksrat Markus Scheuermann, Oberbürgermeister Hans Rampf und Christian Beckmann, Leiter der Landmaschinenschule

Eine saubere Sache

Erster Citaro Euro VI für Neu-Ulm

Es ist nicht nur der erste Euro VI betriebene Linienbus der Marke Mercedes-Benz, der demnächst seinen Dienst im Neu-Ulmer und Ulmer Stadtverkehr verrichten wird, sondern gleichzeitig auch der erste Citaro-Linienbus, der mit einer serienmäßigen Euro VI-Motorisierung im Landkreis Neu-Ulm und darüber hinaus im DING-Gebiet (Donau-Iller-Nahverkehrsverbund) im täglichen Linienbetrieb unterwegs sein wird.

Jüngst hat Horst Hartmann, Leiter Vertrieb Mercedes-Benz Omnibusse Region Süd, den umweltfreundlichen Linienbus des Typs Citaro im Beisein von Gerold Noerenberg, Oberbürgermeister der Stadt Neu-Ulm, an Dr. Sandra Schnarrenberger, Geschäftsführerin der Gairing Omnibusverkehr GmbH & Co. KG übergeben. Oberbürgermeister Gerold Noerenberg betonte: „Mit dem Citaro Euro VI machen EvoBus, Gairing und die Stadt

Neu-Ulm einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Luftqualität in Neu-Ulm. Seit der Erarbeitung des Luftreinhalteplans im Jahr 2009 werden in Neu-Ulm zahlreiche Maßnahmen zur Schadstoffverringerung umgesetzt; die Einführung einer Umweltzone ist nur ein Beispiel hierfür. Das Leuchtturmprojekt Citaro Euro VI treibt diese Bestrebungen weiter voran. Ich freue mich über die enge Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Wirtschaft und hoffe auf eine Signalwirkung für kommende zukunftsweisende Projekte im Sinne eines nachhaltigen Klimaschutzes.“

Neu entwickelte Motoren

Dass in einem Mercedes-Dieselmotor noch so viel Potenzial stecken kann, daran haben die Entwickler vor 20 Jahren bei der Einführung der Abgasemissionsstufe Euro I sicherlich nicht gedacht. Heute, rund sechs Monate vor Einführung der strengsten Abgasnorm Euro VI, zeigen die komplett neu entwickelten Euro VI-Motoren was möglich ist. Im Vergleich zu Euro I vor 20 Jahren reduziert der OM 936 Euro VI des Übergabefahrzeugs dank innermotorischer Maßnahmen und komplexer Abgasnachbehandlung den Ausstoß an Rußpartikeln auf nur noch drei Prozent – das ist die Nachweisgrenze. Die Stickoxid-Emissionen kann der saubere Linienbus gar auf fünf Prozent senken. Auch ein Grund, weshalb der Citaro Euro VI „engeltauglich“ ist.

Umweltzeichen

Das seit 1978 vergebene Gütesiegel „Blauer Engel“ kennzeichnet nur besonders umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen. Eine wesentliche Voraussetzung für die Verleihung des Umweltzeichens durch den RAL e. V.: die Motorabgaswerte müssen mindestens Euro V und entsprechend niedrige Geräuschemissionen innen und außen erfüllen. Das schafft der Euro VI-Motor mit Dieselmotor BlueTec leicht.



V. l.: Horst Hartmann, Leiter Vertrieb Mercedes-Benz Omnibusse Region Süd und Dr. Sandra Schnarrenberger, Geschäftsführerin der Gairing Omnibusverkehr GmbH & Co. KG zusammen mit Gerold Noerenberg, Oberbürgermeister der Stadt Neu-Ulm.

Auch Jäger werden älter

Leiterunfälle sind ein Unfallschwerpunkt bei der Jagd. Egal ob es um Reparaturarbeiten an Hochsitzen oder das Besteigen des Hochsitzes selbst geht, immer wieder kommt es zu Absturzunfällen. Daher ist es sinnvoll, Hochsitze mit Treppen auszustatten.

Hochsitze mit Treppe erleichtern die Jagd auch für ältere Jäger und machen die Jagd sicherer. Jeder Jäger sollte sich vornehmen, einen Hochsitz im Jahr mit einer Treppe auszustatten. Somit sinkt die Unfallgefahr und die Jagd im höheren Alter wird trotzdem möglich bleiben. Am besten ist es, die Treppe am Hochsitz zu überdachen, dann erhöht sich die Standzeit.

Yankee stadion, New York?



Baseball-Arena, Regensburg!

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

TV BAYERN
LIVE

VDV-Jahrestagung in Mainz:

Erwartungen an die neue Bundesregierung

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat drei Monate vor der Bundestagswahl seine Erwartungen an die neue Bundesregierung formuliert. Wie Präsident Jürgen Fenske bei der Jahrestagung des Verbandes in Mainz deutlich machte, „kommen auf den ÖPNV und den Schienenverkehr in Deutschland in den nächsten Jahren, zum Teil durch politische Beschlüsse, milliarden schwere Vorhaben zu. Die neue Bundesregierung muss daher vor allem bei den offenen Finanzierungsfragen noch in diesem Jahr verlässliche Lösungen finden.“

Die Unternehmen, so Fenske, hätten in den vergangenen Jahren durch eine stetige Steigerung ihres Kostendeckungsgrades die öffentlichen Haushalte entlastet. Benötigt werde aber auch weiterhin eine auskömmliche Mitfinanzierung durch den Bund, vor allem bei der Sanierung und Instandsetzung der Infrastruktur.

Bis zum Jahr 2022 soll der ÖPNV laut Personenbeförderungsgesetz (PBefG) komplett barrierefrei ausgebaut werden, dazu fällt der Lärmbonus für den Schienenverkehr weg, und auch bei der Energiewende soll der Nahverkehr seinen Beitrag leisten. „Es gibt viel zu tun, sowohl für uns als Branche als auch für die neue Bundesregierung. Allein der barrierefreie Ausbau bis 2022 kostet mehrere Milliarden Euro. Das geht nicht ohne ausreichende und langfristig gesicherte Bundesmittel“, erklärte Fenske.

Akuter Handlungsbedarf

Akuten Handlungsbedarf noch in diesem Jahr sieht der VDV bei den 1,33 Milliarden Euro Entflechtungsmitteln, die der Bund jährlich an die Länder zahlt, um kommunale Verkehrsinfrastrukturprojekte zu fördern. „Das Entflechtungsgesetz läuft Ende dieses Jahres aus, die Bundesregierung plant bisher lediglich eine Verlängerung um ein Jahr, alles nach 2015 ist völlig unklar. Diese Situation hängt wie ein Damoklesschwert über unserer Branche, denn die Entflechtungsmittel sind ein seit Jahrzehnten bewährtes und etabliertes Finanzierungsinstrument des kommunalen Nahverkehrs“, stellte der VDV-Präsident fest.

Fast ebenso wichtig und auch noch unklar sei die Zukunft des Ende 2019 auslaufenden GVFG. Auch hier sei eine Anschlussregelung noch in diesem Jahr erforderlich und auch möglich, gebe es doch einen konkreten und einstimmigen Vorschlag des Bundesrates, das GVFG-Bundesprogramm mit jährlich 330 Millionen Euro bis 2025 zu verlängern. „Dem müssen Bundestag und Bundesregierung zeitnah zustimmen, dann haben wir zumindest beim diesem wichtigen Finanzierungsinstrument endlich Gewissheit“, sagte Fenske.

Den Plänen der aktuellen Bundesregierung, wonach die Schienenbahnen in Deutschland bei der EEG-Umlage um 230 Millionen Euro jährlich zusätzlich belastet werden sollen, erteilte der Präsident eine deutliche Absage: „Wir unterstützen die Energiewende und sind auch der Meinung, dass Strom in Deutschland bezahlbar bleiben muss. Aber nicht auf Kosten unserer Fahrgäste und Unternehmen. Wenn die Schienenbahnen jährlich 230 Millionen Euro zusätzlich zahlen sollen, dann steigen die Ticketpreise deutlich. Die ÖPNV-Kunden zahlen dann jährlich 30 bis 40 Euro mehr für ihr Ticket, während sie gleichzeitig beim Strompreis nur drei bis fünf Euro im Jahr sparen. Diese Rechnung geht nicht auf, das muss auch der neuen Bundesregierung klar sein. An dieser Stelle darf es keine politischen Alleingänge zugunsten oder ungunsten einzelner Branchen geben. Die Energiewende und deren Finanzierung ist eine

gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Auch bei der künftigen Infrastrukturfinanzierung sieht der Verband die Bundesregierung in der Verantwortung. Die heutigen Mittel reichten bei weitem nicht, um den angefallenen Sanierungsbedarf deutschlandweit zu decken. Die Daehre-Kommission hatte in ihrem Bericht zusätzliche Mittel von jährlich 7,2 Milliarden Euro über die nächsten 15 Jahre veranschlagt, nur für Instandsetzung und Sanierung der Verkehrswege. Zwei Milliarden davon benötigten das deutsche Schienennetz und der kommunale ÖPNV zusätzlich.

Höheres Beförderungsentgelt

Weitere Punkte, die die Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode angehen muss, sind Fenske zufolge unter ande-

rem die Revision der Regionalisierungsmittel im Jahr 2014, eine neue Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn, die Weiterführung der Finanzierung nicht bundeseigener Eisenbahninfrastruktur, die Anhebung des erhöhten Beförderungsentgeltes von 40 auf 60 Euro und das Eisenbahnregulierungsgesetz.

Rund 54 Millionen Deutsche leben außerhalb der Metropolen und Großstädte in ländlichen Räumen. In einem aktuellen Positionspapier hat sich der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) mit der Situation und den Rahmenbedingungen des Nahverkehrs in diesen Regionen befasst. Durch den demografischen Wandel und die rückläufigen Schülerzahlen steht der ÖPNV in der Fläche vor großen, teilweise existenziellen Herausforderungen. „ÖPNV ist Daseinsvorsorge und sichert die Mobilität der Menschen, auch in ländlichen Regionen. Unsere aktuellen Berechnungen haben ergeben, dass zur Aufrechterhaltung des heutigen Nahverkehrsangebots in der Fläche rund 1,3 Milliarden Euro pro Jahr aus öffentlichen Mitteln benötigt werden. Das liegt vor allem daran,

dass die Fahrgeldeinnahmen zurückgehen, die Fixkosten für Personal und Fahrzeuge aber bleiben bzw. steigen“, bemerkte VDV- Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff.

Auch für den Arbeitsmarkt in ländlichen Regionen sei der Erhalt des dortigen ÖPNV ein wesentlicher Faktor. Die Verkehrsunternehmen, die heute in Deutschland den ländlichen Raum bedienen, stellten rund 100.000 Arbeitsplätze. Dazu kämen erhebliche indirekte Beschäftigungseffekte. Wolff: „Wenn man gerade junge Menschen in diesen Regionen halten möchte, dann muss man ihnen eine berufliche Perspektive bieten. Die Jobs im ÖPNV sind regional gebunden und krisensicher, unsere Unternehmen sind oft bedeutende Arbeitgeber vor Ort. Das ist ein unschätzbare Standortfaktor, den man nicht aufs Spiel setzen darf.“

Zukunftsfähige Infrastruktur

Die Bedeutung einer leistungs- und zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur vor allem in Zeiten des demografischen Wandels hob Ministerpräsidentin Malu Dreyer hervor. Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und hier vor allem der Erhalt und die Erweiterung des Angebotes insbesondere im schienegebundenen Regionalverkehr durch den Rheinland-Pfalz-Takt bildeten einen Schwerpunkt für die Landesregierung. Deshalb habe sie das Planungsprojekt „ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Nord“ initiiert. Gemeinsam mit dem Schienenzweckverband, den Verkehrsverbünden und den lokalen ÖPNV-Aufgabenträgern werde das Busnetz im Norden des Landes neu konzipiert. Speziell in den ländlichen Gebieten solle der Rufbus dabei eine immer größere Bedeutung bekommen, erläuterte Dreyer abschließend. **DK**

VBEW-Mitgliederversammlung wählt neuen Vorsitzenden

Auf der Mitgliederversammlung des Verbands der Bayerischen Energie und Wasserversorgung e.V. – VBEW in Erlangen wurde Wolfgang Brandl zum neuen VBEW-Vorsitzenden gewählt.

Brandl, Geschäftsführer der Stadtwerke Eichstätt Versorgungs-GmbH war bisher Mitglied im VBEW-Vorstand. Er folgt auf Norbert Breidenbach, der als Vorstandsvorsitzender der Regensburger Energie- und Wasserversorgung AG & Co. KG – REWAG ausscheidet und als Vorstandsmitglied zur Mainova AG berufen wurde. „Ich freue mich auf diese neue Aufgabe. Der VBEW ist in Bayern die wichtigste Plattform, in der die leitungsgeliebene Energie- und Wasserversorgung ihre Kompetenzen bündelt. Wir setzen uns im Verband frei von Einzelinteressen für eine Energie- und Wasserversorgung ein, die dem Wohl unserer Kunden sowie unserer Gesellschaft förderlich ist“, sagte Wolfgang Brandl. Als weitere Mitglieder im VBEW-Vorstand wurden von der Mitgliederversammlung als stellvertretende VBEW-Vorsitzende gewählt: Thomas Barth, E.ON Energie AG, Klaus-Peter Dietmayer, erdgas schwaben gmbh, Markus Rauh, Fernwasserversorgung Oberfranken, Klaus Steiner, Stadtwerke Lindau (B) GmbH & Co. KG. □

Die Mitgliedsunternehmen des VBEW bündeln in Sachen Erdgasmobilität ihre Kompetenzen im Landesinitiativkreis erdgas mobil (www.tanke-erdgas.de). Dieser setzt sich für eine Förderung der regionalen Vermarktung von CNG ein, um die Bekanntheit dieses Kraftstoffes in der Bevölkerung zu steigern und dies als klimaschonende, wirtschaftliche und zukunftsweisende Mobilitätsalternative aktiv zu fördern.

Auf dem diesjährigen Genfer Autosalon haben einige Automobilhersteller neue attraktive Erdgas- und Elektrofahrzeuge bereits vorgestellt, die im Laufe dieses Jahres auf den deutschen Markt gebracht werden sollen. Für 2014 kann daher mit einem weiter zunehmenden Wachstum im Bereich der nachhaltigen Mobilität gerechnet werden.

„Für das Gelingen der Energiewende bedarf es einer ganzheitlichen Sichtweise, die Einspar- und Effizienzpotenziale bei Erzeugern und Verbrauchern in allen Energiebereichen berücksichtigt. Erdgas- und Elektromobilität sind hierbei gute Beispiele“, sagte

Einweihung Bahnhof Blindheim:

Attraktiver Umbau

Im Beisein von Verkehrsminister Martin Zeil, dem Ersten Bürgermeister der Gemeinde Blindheim, Wilhelm Gump, Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Bayern der Deutschen Bahn AG und zahlreichen weiteren Vertretern aus der Politik ist der umgebaute Bahnhof Blindheim, zwischen Ulm und Donauwörth gelegen, feierlich seiner Bestimmung übergeben worden.

Verkehrsminister Zeil bezeichnete den Bahnhofsumbau in Blindheim als „weiteren Baustein, um den Bahnverkehr im Freistaat noch attraktiver zu machen“. Die Gesamtkosten der Baumaßnahmen betrugen rund eine Million Euro, aus Pönalemitteln des Freistaats seien 850.000 Euro bereitgestellt worden. „Das ist gut angelegtes Geld, weil wir damit eine spürbare Qualitätsverbesserung erreichen. Jetzt sind durch zwei neue Bahnsteige gleichzeitige Zügeinfahrten möglich“, erläuterte Zeil.

Bessere Pünktlichkeit

Somit könnten nunmehr alle Züge in Blindheim halten. Die Betriebsabwicklung auf der ganzen Strecke der Donautal-

bahn gehe nun zügiger und reibungsloser voran. Das verbessere die Pünktlichkeit nachhaltig. Außerdem seien die neuen Bahnsteige nun barrierefrei. Das heißt, alle Fahrgäste können unkompliziert und bequem in den Zug einsteigen.

„Sowohl mobilitätseingeschränkte Reisende als auch Fahrgäste mit Kinderwagen oder Fahrrädern erreichen bequemer und schneller ihren Zug“, betonte DB AG-Bevollmächtigter Josel. Und Rathauschef Gump ergänzte: „Der Neubau der Außenbahnsteige ist für die Gemeinde Blindheim eine gewaltige Verbesserung der Verkehrsstruktur in funktionaler und optischer Hinsicht. Ich bedanke mich bei Allen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben.“ **DK**

Entwicklungskonzept für Flughafen Nürnberg:

Schlüssel zum Erfolg

Um das vorhandene Potenzial des Nürnberger Flughafens besser zu erschließen, haben der Freistaat Bayern, die Stadt Nürnberg, die Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern in der Metropolregion Nürnberg sowie die Flughafen Nürnberg GmbH ein Entwicklungskonzept in Auftrag gegeben. Das Ergebnis des 20 Einzelmaßnahmen umfassenden Gutachtens: Der defizitäre Airport hat langfristige Zukunftsperspektiven.

Die jetzt vor rund 120 Vertretern aus Politik und Wirtschaft vorgestellte Analyse bescheinigt dem Airport, der im vergangenen Jahr 2,5 Millionen Euro Verlust verbucht hat, einen attraktiven Standort und touristisches

Potenzial. Allerdings benötige der Flughafen Nürnberg mehr attraktive Ziele, ein breiteres Portfolio an Fluggesellschaften, einen Umbau des Terminalgebäudes und eine verbesserte Verkehrsanbindung.

31 neue Flugrouten

Konkret schlagen die Gutachter der Hamburger Unternehmensberatung Uniconsult zum Beispiel 32 neue wirtschaftlich erfolgversprechende Flugziele vor. Mit dieser Erweiterung könne die in den vergangenen Jahren stark rückläufige Zahl an Passagieren um über eine Million auf dann wieder rund vier Millionen Fluggäste gesteigert werden, glauben die Experten. Erste Erfolge gebe es trotz derzeit schwieriger Marktlage: Mit Barcelona, London City, London Stansted, Porto, Málaga und Malta seien sechs der 32 vorgeschlagenen Strecken bereits umgesetzt.

Namensänderung

Das Gutachten schlägt zudem eine Änderung des Namens in „Albrecht Dürer Airport Nürnberg“, ein neues Marketingkonzept oder eine Konzentration der Reisebüros auf einer Ebene im Terminalbereich vor. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly sieht freilich allein im Flugplan den Schlüssel zum Erfolg: „Unser vorrangiges Ziel ist es, auch mit Unterstützung des Gutachtens wieder mehr attraktive Direktverbindungen für den Wirtschafts- und Tourismusverkehr zu erreichen.“ Wenn der Flugplan attraktiv sei, gebe es mehr Passagiere. Mehr Passagiere bedeuteten mehr Kunden bei den Geschäften. Diese Kunden würden wiederum zu einer besseren Auslastung der Parkhäuser führen und so weiter.

Geht es nach den Vorstellungen von Bayerns Finanzminister und Aufsichtsrat Dr. Markus Söder, so sollen die Maßnahmen so schnell wie möglich in Angriff genommen werden. Er geht von einem mehrjährigen Prozess aus. „Ich glaube an die Zukunft der Airports und an eine schwarze Null.“ **DK**

„Energiewende mit flexibler Kraft-Wärme-Kopplung schaffen“

Impulse für Kommunen beim

2. Schwäbisch-Allgäuer Energietag von erdgas schwaben

Von Neu-Ulm und Nördlingen bis Buchloe, von Buttenwiesen und Aindling bis Betzigau: Rund 40 kommunale EntscheiderInnen aus ganz Bayerisch-Schwaben machten sich auf den Weg nach Illertissen ins Vöhlinschloss, um am 2. Schwäbisch-Allgäuer Energietag teilzunehmen. Herzlich begrüßt wurden sie von Hausherrin Marita Kaiser, 1. Bürgermeisterin von Illertissen. Eingeladen hatte der Energieversorger erdgas schwaben unter dem Stichwort Energiewende in Schwaben. Die BürgermeisterInnen wie Landräte und BauamtsmitarbeiterInnen nahmen neue Impulse insbesondere zum Schwerpunktthema Kraft-Wärme-Kopplung mit.

„Die Energiewende ist mit der flexiblen Kraft-Wärme-Kopplung zu schaffen, bei der wir Strom erzeugen und gleichzeitig die entstehende Wärme nutzen“, so die Überzeugung von Professor Wolfgang Mauch von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. „Flexibilität heißt: Wir müssen viele kleinere und größere dezentrale Blockheizkraftwerke (BHKWs) zu einem virtuellen Kraftwerk zusammenschließen, so dass wir sie je nach Bedarf zuschalten können, wenn die erneuerbaren Energien von Wind und Sonne nicht ausreichen.“ Mauch ist seit 2005 Honorarprofessor an der TU München.

Intelligente Energieversorgung braucht Blockheizkraftwerke

„Gefragt ist heute eine intelligente Energieversorgung, die den Strom aus regenerativen Quellen in Bio-Erdgas umwandelt, ihn damit speicherbar und transportierbar macht und ihn dann zur Verfügung stellt, wenn er gebraucht wird – zum Beispiel zum Betrieb von BHKWs. Wenn wir nichts tun und beispielsweise keine BHKWs bauen, wird die Energiewende sehr viel schwerer gelingen.“ Deshalb appellierte Dietmayer an die TeilnehmerInnen: „Sie wissen, wo in Ihrer Kommune die Hauptenergieabnehmer sitzen, wo ein Nahwärmenetz mit Kraft-Wärme-Kopplung aufgebaut werden kann. Sie können untersuchen, wo sich der Einstieg in ein Projekt bietet und dann in dessen Umsetzung gehen.“

Viele Dienstleistungen für Kommunen

Informationen erhielten die Gäste auch zu den vielfältigen Beratungsangeboten und Dienstleistungen von erdgas schwaben, die Kommunen in Anspruch nehmen können: von der Erstellung dezentraler Energiekonzepte übers Kommunale Energiedaten-Monitoring System (KEMS) bis zur Erschließung von Neubaugebieten für Erdgas, mit dem sich Energieeffizienzhäuser umweltfreundlich und sehr preiswert realisieren lassen.

Infrarot-Aufnahmen von Häusern

Kommunen profitieren auch von Dienstleistungen, die sie wiederum ihren Bürgern anbieten können. „Unsere Infrarot-Aufnahmen von Häusern sind sehr gefragt – seit Jahren ist erdgas schwaben hier bayernweit größter Anbieter. 2012 haben wir in Zusammenarbeit mit 15 Kommunen und einigen Kreissparkassen über 3.000 Häuser analysiert“, berichtete Helmut Kaumeier, Leiter der Kommunalkunden erdgas schwaben. Neu ist eine Fördermittelberatung, die über eine Software die besten Fördermöglichkeiten sondiert und auch gleich, wenn gewünscht Anträge ausfüllt – mit einigen Kommu-

nen laufen derzeit Pilotprojekte. „Die regionalen Energieberater können dann die Expertenarbeit machen“, so Helmut Kaumeier weiter. Ausgiebige und angeregte Gespräche mit den Referenten und den Experten von erdgas schwaben gab es im Anschluss an die Fachvorträge.

Theo Karmann / Kommunale Energieagentur Karmann:

Die ersten Schritte für eine nachhaltige Energiepolitik

„Der Umbau der Energieversorgung hin zu mehr Nachhaltigkeit ist aufgrund der begrenzten Ressourcen unumgänglich“, betonte der Geschäftsführer der im schwäbischen Wertingen ansässigen Kommunalen Energieagentur Karmann, Theo Karmann, bei seinem Vortrag auf dem Energiefachforum der Bayerischen Gemeindezeitung. Ein Einklang von Energieversorgung, wirtschaftlicher Entwicklung und Klimaschutz sei zu schaffen.

Karmann sprach von einem „unmanipulierbaren Marktgesetz“, dass Verfügbarkeit, Machtstellung und Nachfrage den Preis regeln. Nur das Land mit der effizientesten und saubersten Industrie werde in Zukunft Weltmarktführer sein, gab Karmann zu bedenken. Für China beispielsweise sei „grünes Wachstum“ das entscheidende Merkmal seiner künftigen Wirtschaft.

Herausforderung und Chance

Auch in Deutschland stelle die Energiewende derzeit die größte Herausforderung dar, aber auch eine große Chance. Für Gemeinden biete sich mittels Initialberatung die Möglichkeit, sich aktiv an der Umsetzung der Energiewende vor Ort zu beteiligen. Die Initialberatung weist den Weg zur Energieeffizienz in der Kommune und zeigt die ersten energiepolitischen Schritte in die richtige Richtung auf. Zertifizierte Berater stehen hierfür zur Verfügung. Die Energieagentur Karmann bietet das Coaching pauschal für 5000 Euro an.

Der komplette Prozess der Kommunalen Initialberatung ist in drei Phasen (Datenerfassung, Vor-Ort-Termin und Auswertung) gegliedert. Diese orientieren sich im Wesentlichen an den Projektmeilensteinen und der Beteiligung der einzelnen Projektpartner. Während jeder Projektphase stehen den Beteiligten erprobte und anwenderfreundliche Werkzeuge zur Verfügung (Checklisten, Musterverträge etc.). Diese Hilfsmittel ermöglichen einen standardisierten und effizienten Ablauf.

In der frühen Projektphase „Datenerfassung“ steht das Sammeln von verbrauchsrelevanten Daten im Vordergrund. Hier liegt es bei den Kommunen, mit Hilfe standardisierter Listen ein möglichst exaktes Abbild der kommunalen Energieverbräuche herzustellen. Die Datenerfassung ist Grundlage für eine Auswertung und für das Aufzeigen von Optimierung- und Einsparpotenzialen.

Im Rahmen des Vor-Ort Termins sammelt der Berater weitere relevante Informationen im Gespräch mit Bürgermeister,

Neue Ideen zur Energiezukunft

Mit neuen Ideen und einem Extra-Stück Bio-Energie in Form von feiner Illertisser Schokolade machten sich die TeilnehmerInnen auf den Weg in die Energiezukunft.

Aktuell sind 185 Städte und Gemeinden an gut 6.000 km Erdgasleitungen von erdgas schwaben angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen wie private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben. Erdgas ist heute Wunschenergie Nr. 1: Über 75 % aller Bauherren wünschen einen Erdgasanschluss.

Investition in erneuerbare Energien

erdgas schwaben investiert jährlich 10 Millionen Euro in erneuerbare Energien. Anfang Juli war Spatenstich für eine Power-to-Gas-Anlage, an der erdgas schwaben maßgeblich beteiligt ist. Mit ihr kann erdgas schwaben auch Wasserstoff produzieren. □

Dr. Thomas Banning / Naturstrom AG:

Zukunftsfähige Energieversorgung im ländlichen Raum

„Naturstrom“ ist einer der größten unabhängigen Anbieter von Strom und Gas aus Erneuerbaren Energien. Mehr als 230.000 Kunden vertrauen bereits bundesweit der Leistungsfähigkeit des Unternehmens und seinem Engagement für die Energiewende, stellte Vorstandsvorsitzender Dr. Thomas Banning im Rahmen des Energiefachforums der Gemeindezeitung in Garching fest.

Ökostrom erbege nur dann einen Sinn, wenn sich dadurch etwas an der Stromerzeugung in Deutschland verändert. Aus diesem Grund investiert die „Bürgerenergiegesellschaft in Form einer AG“, getragen von über 950 Kleinaktionären, seit ihrer Firmengründung im Jahr 1998 direkt in den Neubau von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien. Über 220 neue Erzeugungsanlagen für Strom aus Sonne, Biomasse, Wind- und Wasserkraft hat die Naturstrom-Gruppe zusammen mit ihren Kunden auf diese Weise bereits unterstützt und realisiert.

So wurden schon weit mehr als 1,3 Mrd. Kilowattstunden Atom- und Kohlestrom aus Deutschland verdrängt und der Umwelt über 650 Mio. Kilogramm CO2 erspart. Das Stromprodukt „naturstrom“ ist laut Banning „Ökostrom höchster Qualität“. Mehr als 50 % des Stroms stammen aus EEG-Anlagen in Deutschland. Der Bau von Neuanlagen werde mit mindestens 1 Cent/kWh (netto) gefördert. Dieser Beitrag sei Teil des derzeit gültigen Stromtarifs für Haushaltsneukunden, der sich auf 25,75 Cent/kWh Arbeitspreis und 7,95 Euro/Monat Grundpreis beläuft.

Energiewende vor Ort

„Bürger, Gemeinden, Unternehmen und Landwirte wollen die Energiewende vor Ort“, betonte Banning. „Naturstrom“ verfüge über eine langjährige Erfahrung, Bürger für die Energiewende zu begeistern und sie in Prozesse und Investitionen mit einzubinden. Als Möglichkeiten nannte der Vorstandsvorsitzende die Beteiligung an Betreibergesellschaften von EE-Anlagen oder an Bürgergenossenschaften, die Netze übernehmen.

Beispiele hierfür sind die von einer Bürgergesellschaft betriebene „Wasserkraftanlage Fuhlsbüttel“ mit einem Jahresertrag von 580.000 kWh, die „Bürgerwind Region Freudenberg“, ein Bürgerwindpark mit 60-prozentiger Beteiligung von Bürgern aus der Region sowie die „3Sonnenstrom Neckar-Fils-Fildern GmbH & Co KG“, vor Ort mit Bürgern realisiert.

Unabhängigkeit

Vielfältig sind also die Chancen für erneuerbare Energien im ländlichen Raum. Neben der Unabhängigkeit von Energieimporten und Preisanstiegen fossiler Ressourcen spielen die Faktoren (Mit-)Gestaltung der Energiewirtschaft, Kooperation in der

Region, Versorgungssicherheit, „Energiefachforum“ für Städte sowie Wertschöpfung vor Ort eine zentrale Rolle. An den Beispielen Windpark Neudorf (Bayern), dem ersten vollständig in Eigenregie projektierten Windpark mit 7,5 MW Leistung, und der Biogasanlage Hallerndorf, die Landwirten Arbeit für viele Jahre beschert, veranschaulichte Banning die Möglichkeiten, Wertschöpfung vor Ort zu generieren.

Die beiden großen Umweltverbände BUND und NABU empfehlen und nutzen „Naturstrom“. Als Kooperationspartner fungieren u. a. auch ökologisch orientierte kommunale Versorger.

Für ihre Pilotfunktion als erster unabhängiger Anbieter eines Komplettangebots von Strom aus Erneuerbaren Energien wurde die Naturstrom AG 1999 mit dem Deutschen Solarpreis der europäischen Sonnenenergievereinigung Eurosolar ausgezeichnet. Der Verein würdigt jedes Jahr Projekte, die sich um die Förderung der Erneuerbaren Energien besonders verdient gemacht haben. **DK**

sein, dass der Windnutzung in substanzialer Weise Raum gegeben wird.

Planungskonzept

In diesem Fall habe kein Mindestmaß eines schlüssigen gesamt-räumlichen Planungskonzepts, kein klarer Planinhalt, vorgelegen, so Toscano. Grundsätzlich sei zwar denkbar gewesen, dass durch andere Gemeinden für das Plangebiet insgesamt ausreichend große Flächen verfügbar sind (Kompensation); dafür sei aber eine zeitlich und inhaltlich parallele Aufstellung des Planaufstellungsverfahrens nötig.

Im maßgeblichen Zeitpunkt des Zurückstellungsbescheids sei nicht ausreichend sicher gewesen, dass das Fehlen von Flächen für die Windenergienutzung auf dem konkreten Stadtgebiet durch Ausweisung solcher Flächen in den anderen Gemeinden kompensiert werden würde. Hier habe nur der Plan bestanden, einen Teilflächennutzungsplan aufzustellen - ohne jegliche Kriterien über den Inhalt der künftigen Planung.

„Ausschlaggebend war hier, dass aufgrund der Geeignetheit nur eines geringen Anteils der Potenzialfläche Zweifel bestanden, ob der Windkraft im Planungsgebiet substanzialer Raum gegeben werden wird. Maßgeblich war nicht nur die Größe der potentiellen Fläche selbst, sondern auch die Faktoren: keine Berücksichtigung der Windhöflichkeit, absolute Abstandskriterien und keine Ermittlung der Bereitschaft der Grundstückseigentümer“, erläuterte Toscano.

Abwägungsgebot

Grundsätzlich, so die Anwältin, bestehe keine Pflicht zur Prüfung der Grundstücksverfügbarkeit. Diese sei bei städtebaulichen Planungen irrelevant. Maßgeblich seien allgemeine Vorgaben der Planerfordlichkeit und des Abwägungsgebots.

Anders verhalte es sich, wenn dies konkret erforderlich ist, um der Windkraft überhaupt substanzialer Raum zu geben, d. h. bei engem Plankonzept (wenig Potenzialfläche) oder bei offensichtlich fehlender Grundstücksverfügbarkeit (negative Eigentümererklärung). „Je weniger Potenzialflächen, desto stärker sind die Ausschlusskriterien zu prüfen.“ **DK**

Bauamt sowie weiteren Vertretern der Kommune. Daneben werden auf Grundlage der in Phase 1 gesammelten Daten bis zu zwei Objekte ausgewählt, die im Anschluss durch eine Ortsbegehung begutachtet werden.

Datenauswertung

Nach der Bestandsaufnahme und der Ortsbegehung wertet der Energieberater schließlich die ermittelten Daten aus. In einem abschließenden Bericht und einem ausführlichen Abschlussgespräch erhält die Kommune Hinweise über mögliche Ansatzpunkte zur Steigerung ihrer Energieeffizienz und zur Energieeinsparung.

„Nach der Kommunalen Initialberatung befindet man sich in einer idealen Ausgangssituation, um mit ersten konkreten Ener-

giesparmaßnahmen zu beginnen, aus denen ein langfristiger Nutzen entsteht“, erläuterte Karmann und führte folgende Handlungsmöglichkeiten an:

1. Kommunales Energiemanagement
 2. Integriertes Klimaschutzkonzept (Finanzielle Förderung: derzeit 65 % der externen Kosten; Förderungsdauer: maximal ein Jahr; Antragsfrist: voraussichtlich ab 1. Januar 2014)
 3. Energienutzungsplan
 4. Kommunale Gebäudeanalyse als Strategiekonzept
 5. Kommunales Projektmanagement
 6. Der kommunale Energieworkshop.
- „In den meisten Fällen lassen sich durch nichtinvestive Maßnahmen stattliche Summen einsparen. Ihre Kommune wird umfassend von dieser praxisorientierten Beratung profitieren können“, bilanzierte Karmann. Exemplarisch hierfür stünden Auftraggeber wie die Landkreise Rottal-Inn, Dillingen und Hassberge, die Stadt Marktoberdorf oder die Gemeinde Weisach im Tal. **DK**

Dr. Isabella Toscano / Kapellmann und Partner Rechtsanwälte:

Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen in der aktuellen Rechtsprechung

Laut Dr. Isabella Toscano, Anwältin für die Fachgebiete privates Baurecht, Recht der Erneuerbaren Energien, öffentliches Baurecht sowie Umwelt- und Immissionsschutzrecht, sind ihrem Vortrag auf dem GZ-Energieforum zufolge im Außenbereich Windenergieanlagen dann zulässig, „wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die Erschließung gesichert ist“ (Privilegierung des § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB). Öffentliche Belange stünden einem solchen Vorhaben zur Nutzung der Windenergie in der Regel entgegen, „soweit hierfür durch Darstellungen im Flächennutzungsplan... eine Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist“ (Planungsvorbehalt des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB).

Voraussetzungen zur Herbeiführung der Wirkungen des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB ist zunächst ein schlüssiges Plankonzept für den gesamten Außenbereich, sprich die Ermittlung von harten (rechtliche/tatsächliche Hindernisse) und weichen Tabuzonen (Bewertungsspielraum). Nötig ist eine Dokumentation der Gründe für weiche Tabuzonen. Hinzu kommen die Festlegung der Potenzialflächen für Windkraftnutzung sowie eine standortbezogene Abwägung der Potenzialflächen mit konkurrierenden Nutzungen.

Welcher Mindestplanungsstand ist nun Voraussetzung für eine Zurückstellung? Und: Hat

die planende Gemeinde zu prüfen, ob die im Planbereich befindlichen Grundstücke verfügbar sind? Die Darstellung eines vor dem VGH München verhandelten Falls mit Beschluss vom April vergangenen Jahres gab darüber Aufschluss.

Teilflächennutzungsplan

Konkret beabsichtigten mehrere Gemeinden eines Landkreises, einen gemeinsamen Teilflächennutzungsplan zur Ausweisung von Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen WKA aufzustellen. Im Ergebnis kamen vom gesamten Plangebiet nur 0,94 % für Konzentrationsflächen in Be-

tracht (ohne Beachtung der Windhöflichkeit). Parallel hatte eine private Betreibergesellschaft einen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsantrag für die Errichtung und den Betrieb einer WKA auf dem Gebiet einer der Gemeinden gestellt. Zur Sicherung der laufenden Teilflächennutzungsplanung stellte das LRA auf Antrag der betroffenen Gemeinde den Genehmigungsantrag zurück (§ 15 Abs. 3 BauGB).

Inhalt muss erkennbar sein

Die Entscheidung: Die Zurückstellung war unzulässig, da deren Voraussetzungen (§ 15 Abs. 3 Satz 1 BauGB) nicht vorlagen: „Das zurückzustellende Vorhaben muss die Planung unmöglich machen oder wesentlich erschweren, d. h. die planerische Vorstellung der Gemeinde muss ein Mindestmaß dessen erkennen lassen, was Inhalt des Flächennutzungsplans sein soll“, verdeutlichte Toscano. Beim FNP zur Ausweisung einer Konzentrationszone für Windkraftanlagen müsse absehbar

Bundesweiter Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“:

Goldmedaille für Mürsbach und Sommerach

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner hat die Sieger des diesjährigen Bundeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ bekannt gegeben, an dem rund 2.600 Dörfer aus ganz Deutschland teilgenommen haben. Von neun Goldmedaillengewinnern stammen zwei aus Bayern: Mürsbach und Sommerach. Diese Dörfer konnten die Jury mit herausragenden, zukunftsfähigen Konzepten überzeugen.

„Ich gratuliere den Siegern ganz herzlich zur Auszeichnung, aber vor allem natürlich auch zu den beeindruckenden Ideen, die sie in ihren Dörfern umgesetzt haben. Die vielen aktiven Menschen in den Dörfern sind das Herzstück des Bundeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ und damit die eigentlichen Gewinner. Mit Traditionen und Tatkraft sorgen die Menschen selbst dafür, dass ihr Dorf ein Ort zum Wohlfühlen ist und bleibt. Das starke Miteinander und die Verwirklichung vieler kreativer Ideen zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dorfentwicklung haben die Jury und mich sehr beeindruckt“, erklärte Aigner bei der Bekanntgabe der Preisträger.

Aktives Gemeinschaftsleben

Ein aktives Gemeinschaftsleben in Vereinen und Verbänden oder die Sicherstellung von Mobilität, Erwerbsquellen und Einzelhandelsgeschäften sowie der

Ausbau der Breitbandversorgung und die Ausweitung von Betreuungsangeboten bereicherten das Dorfleben und erhöhten den Wohlfühlfaktor in den Gemeinden enorm, betonte Aigner. Beim diesjährigen Wettbewerb seien der Jury viele überzeugende Ideen präsentiert worden.

Vorbildliche Sanierung

So zeichnen die rund 500 Einwohner zählende Gemeinde Mürsbach im oberfränkischen Landkreis Bamberg zahlreiche vorbildlich sanierte und preisgekrönte Fachwerkhäuser und -ensembles, die Galerie Kunstmühle, eine herausragende Gastronomie und eine selbstbewusste, junge und lebendige Dorfgemeinschaft aus. Den Mürsbachern sei es in vorbildlicher Weise gelungen, ihr einzigartiges historisches Ortsbild zu erhalten und das Dorf gleichzeitig in seiner Funktionalität für heutige und zukünftige Anforderungen zu rüsten, hieß es zur

Begründung. Dafür erhielt der Ort bereits im Jahr 2003/2004 den Staatspreis für Dorferneuerung.

Im Sommer 2012 ging die Gemeinde Mürsbach erfolgreich aus dem Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft - unser Dorf soll schöner werden“ hervor und wurde mit Gold ausgezeichnet. Als einziger Ort mit weniger als 600 Einwohnern trat Mürsbach im bundesweiten Vergleich an.

Zusammenhalt

Anfang Juni hatte Landrat Dr. Günther Denzler zusammen mit Bürgermeister Bruno Kellner, Ortssprecherin Sabina Sitzmann-Simon und den Mürsbacher Bürgern die Bundesbewertungskommission in Mürsbach empfangen. Im Rahmen dieses Termins betonte der Landrat: „Hier kann man förmlich den Zusammenhalt, den Aktionismus und die Identifikation mit der Heimat spüren, den die Mürsbacher ausstrahlen.“

Auch im fränkischen Golddorf Sommerach (Landkreis Kitzingen) wurde die Nachricht von der Auszeichnung mit großer Freude aufgenommen. Sie ist laut Bürgermeister Elmar Henke der Lohn für eine kontinuierliche und ge-

meinsame Arbeit für eine lebenswerte und gastfreundliche Dorfgemeinschaft sowie Ansporn, diesen Weg weiterzugehen.

Bilderbuchkulisse

Betritt der Besucher das Dorf, ist er sofort gefangen von einer barocken Bilderbuchkulisse. Ein Ensemble von stolzen Bürgerhäusern und schmucken Fachwerkbauten verleihen dem Ort seinen besonderen, malerischen Reiz. Fast fühlt man sich um Jahrhunderte zurückversetzt. Schon seit dem 11. Jahrhundert ist die Lebensader des Dorfes der Wein. Er hat die hiesige Lebensart und Atmosphäre seither geprägt.

„Herzlichen Glückwunsch, das ist großartig“, freute sich Landrätin Tamara Bischof über den Erfolg von Sommerach am Main. „Die Goldmedaille ist eine verdiente Anerkennung für Sommerach und seine Bürger.“ Nach dem Erfolg von Sulzfeld am Main 2010 mit der Silbermedaille auf Bundesebene könne sich das Kitzinger Land nun über Gold freuen und beweise einmal mehr: „Unsere Region und seine Bürger sind einfach lebens- und liebenswert - wir leben wo andere Urlaub machen!“ DK



Elektroauto im Alltagstest

Viel Sonnenschein gab es bei der Übergabe des Elektroautos Mitsubishi i-MiEV an Hermann Rupprecht, 1. Bürgermeister der Gemeinde Huisheim (l.), Werner Siebert 1. Bürgermeister der Gemeinde Fünfvetten (Mitte), Monheims 1. Bürgermeister Günther Pfefferer (2. v. r.) und Wolfgang Fürmann, 2. Bürgermeister des Markts Rennertshofen (r.). Die Bürgermeister nutzten den schönen Tag für eine erste Probefahrt. Besonders angetan waren sie von der lautlosen Fortbewegung und der bemerkenswerten Beschleunigung. Jeder von ihnen wird das Auto für eine Woche im Alltag testen. „Der i-MiEV hat sich bei LEW als sehr zuverlässig erwiesen und ist als Viersitzer im Kurzstreckenbereich eine gute Alternative“, berichtete Ulrich Endraß, Kommunalbetreuer der LEW (2. v. l.) bei der Übergabe vor dem Rathaus der Stadt Monheim. Das Fahrzeug gehört zum Elektroauto-Fuhrpark der LEW, die derzeit rund 20 öffentlich zugängliche Ladesäulen in ihrem Netzgebiet betreibt.

(Fast) das ganze Dorf hilft mit

„Ein Dorf spielt seine Geschichte“ heißt es, wenn die Eglofser alle zwei Jahre auf die Bühne treten. Das ist ein bisschen übertrieben, schließlich hat das Dorf gut 1600 Einwohner. Aber 80 bis 100 Leute sind es doch, die vor und hinter den Kulissen mitwirken beim Eglofser Freilichttheater.

Ohne das Schneiderteam zum Beispiel liefe gar nichts. Drei Frauen arbeiten manchmal bis spät in die Nacht, damit ein stimmiges Kostümbild auf die Bühne im „Stillen Winkel“ kommt. Sie trennen Mieder auf, erweitern Hosenbünde, nähen Jacken – und achten dabei stets darauf, dass das Bild in die Zeit passt.

In „Schwerter am Himmel“ sind es die Jahre zwischen 1618 und 1648, eine arme, kalte, karge Zeit. Es gab schon einmal ein Stück, das damals spielte, insofern konnten sie auf Blusen, Röcke, Hosen aus dem Fundus zugreifen. Im ehemaligen Badhaus gleich neben Dorfstadel und Stille Winkel, haben sie die Kleiderkammer eingerichtet.

Drüben im Rathaus lagern Hunderte von Kleidungsstücken, darunter durchaus wertvolle Stücke. Oft überließen ihnen Leute aus dem Dorf alte Uniformen oder Stoffe, erzählt Irmgard Stiefenhofer. Umarbeiten muss man trotzdem jedes Mal. Manche Teile waren dieses Mal trotz des stattlichen Fundus neu zu schneiden. Dabei hilft eine kostümkundige Schneidermeisterin aus dem Dorf, indem sie dem Team die geschnittenen Stoffe liefert.

Große Expertise

Auch bei den Kulissen- und Requisitenbauern fehlt es nicht an Expertise. Die Männer, die hier mitarbeiten, haben als Zimmerer oder Schreiner einschlägige Berufe. Kleine Bauwerke? Kein Problem. Das schwierigste, was sie bis jetzt entstehen ließen, war das große Stadttor für „Rosen im Salz“, findet Karl-Heinz Marx. Um es zu bewegen, brauchten sie sogar Kulissenschieber. Für Katharina bauten sie einen Scheiterhaufen, für „Diebslichter“ legten sie einen Bachlauf an im Stillen Winkel. Er ist natürlich wieder zugeschliffen. Diesmal gehören ein Backofen, Kanzeln und ein Kommet zur Ausstattung. Doch die Männer scheuen keine Herausforderung. Bevor die Bahre in „Schwerter am Himmel“ zum Einsatz kommt, testen sie fröhlich deren Stabilität. Die Spax-Schrauben werden so weit im Holz versenkt, dass sie ja keiner sieht. Im Stadel eines Bauernhauses bewahren Kulissenbauer und Requisiteure ihre Schätze

auf und sammeln, was man so brauchen kann für ein Theaterstück: historische Fensterläden, Bretter, Schubkarren, Schwerter. Und bei den Bauern aus dem Dorf lässt sich auch so manches finden.

Stimmige Musik

Für stimmige Musik sorgt schon seit eh und je Wolfram Benz, musizierend oder komponierend – je nachdem. Der ehemalige Lehrer kann aus einem Musikarchiv schöpfen und hat schon so manche Melodie den Zeiten der Theaterspiele nachempfunden. Im Musikmuseum im Dorfstadel trug er unter ande-

rem Schalmeien, Landsknechtsttrommeln und historische Flöten zusammen. Museum, Theaterspiel – alles hilft, „die Eglofser Kultur zu pflegen“, sagt Benz.

Weil trotz alledem Essen und Trinken Leib und Seele zusammenhalten, kümmern sich drei Bewirtungsteams um das Wohl des Publikums in den Pausen. Es sind viele, die helfen: Beleuchter, das Team für den Kartenverkauf, die Regieassistenten, die Marketinggruppe. Und wenn man sie braucht, auch mal die Feuerwehr, die Musikkapelle oder andere Vereine aus Eglofs. „Es fehlt grad, wenn's rum ist“, sagt Irmgard Stiefenhofer. Ein Dorf spielt seine Geschichte. Mit Engagement und mit Begeisterung.

Weitere Informationen unter: www.theater-eglofs.de

Geothermie Traunreut:

Baubeginn für Fernwärme-Gebäude

Bei strahlendem Sonnenschein erfolgte jüngst der offizielle Baubeginn für das neue Übergabe-Gebäude der Geothermischen Kraftwerksgesellschaft Traunreut. In dem Gebäude wird die aus den tiefen Erdschichten Traunreuts gewonnene Wärme in das Fernwärmenetz der Stadt eingespeist.

Traunreuts Bürgermeister Franz Parzinger (CSU), der technische Leiter der Stadtwerke Traunreut, Franz Hagenauer und Investor Dr. Raimund König feierten mit zahlreichen Gästen den offiziellen Baubeginn der oberirdischen Anlagen des Geothermiekraftwerks Traunreut. Die Erdwärme-Anlage wird noch in diesem Jahr mit Wärmelieferungen für die Fernwärmeversorgung der 20.000-Einwohner-Gemeinde in der Nähe des Chiemsees beginnen. Bürgermeister Parzinger hatte die grundsätzliche Entscheidung zur Erweiterung der bestehenden Fernwärmeversorgung aus erneuerbaren Energiequellen bereits 2003 mit auf den Weg gebracht.

In den vorangegangenen Tagen waren die Arbeiten an den beiden über 5.000 Meter tiefen Bohrlöchern abgeschlossen worden. Mit dem 118 Grad Celsius heißen Wasser aus der Erde unter Traunreut können bis zu 10.000 Haushalte künftig preisstabil und umweltfreundlich ihr Heißwasser erwärmen, sowie die Wohnung beheizen. Auch große örtliche Gewerbebetriebe schließen ans Fernwärmenetz an.

Diplom-Ingenieur Thorsten Weimann, MBA, und sein Team von der gec-co Global Engineering & Consulting – Company GmbH in Augsburg freuen sich mit der Geothermischen Kraftwerksgesellschaft Traunreut (GKT) über den erfolgreichen Projektfortschritt. Die gec-co GmbH ist seit dem Jahr 2010 als Planverfasser von GKT beauftragt. Thorsten Weimann gratuliert anlässlich des Baubeginns: „Traunreut hat sich mit der umfangreichen Nutzung der Erdwärme für eine zukunftsorientierte und schadstofffreie Energieversorgung entschieden. Tiefengeothermie-Anlagen werden zudem ohne Treibhausgas-Ausstoß be-

trieben. Somit passt diese äußerst unauffällige Form der Energieversorgung ideal in die schützenswerte Kulturlandschaft Oberbayerns.“ Er bedankt sich für das in den Ansprachen mehrfach geäußerte Lob für die „vorbildliche und engagierte Zusammenarbeit“.

Dr. Raimund König, Geschäftsführender Gesellschafter der Grünwald Equity Geothermie GmbH erläutert: „Für Tiefengeothermie-Projekte braucht man ein kompetentes Ingenieurbüro an der Seite, das alle ober-

und untertägigen Aspekte umfassend berücksichtigt. Wir sind glücklich, mit der gec-co GmbH solch einen verlässlichen und sachkundigen Partner gefunden zu haben.“ Grünwald Equity hat über die GKT bis heute rund 45 Millionen Euro investiert, bis zur 2015 geplanten Fertigstellung des Stromkraftwerks kommen weitere 35 Millionen Euro hinzu.

2011 wurden die Bodenschichten in Traunreut gründlich untersucht, 2012 dann mit den Bohrarbeiten begonnen. Die Fernwärmeversorgung soll noch in diesem Jahr mit einer installierten Leistung von 10 Megawatt (MW) aufgenommen werden.



Dr. Raimund König (Grünwald Equity), Bürgermeister Franz Parzinger sowie Franz Hagenauer (Stadtwerke Traunreut, von links) enthüllten die Bautafel auf der Baustelle für das Erdwärme-Übergabegebäude in Traunreut.



Zum 10-jährigen Bestehen der Energie-Beratung wurde das Team zum Essen eingeladen. Landrat Stefan Röble (1. Reihe Mitte) würdigte deren langjähriges ehrenamtliches Engagement. Bild: LRA

Landkreis Donau-Ries:

Zehn Jahre Energie-Beratung

Angebot wird nach wie vor sehr gut angenommen – Dank an Berater

Donauwörth. Es ist eine Erfolgsstory: Seit zehn Jahren gibt es die neutrale und nach wie vor kostenlose Energie-Beratung des Landkreises Donau-Ries. Und sie ist gefragt wie eh und je: Allein 2012 fanden über 120 Beratungen statt. Für Landrat Stefan Röble ist das ein deutliches Signal, dass das Engagement des Landkreises und der gesamten ehrenamtlichen Beratercrew auch nach 10 Jahren eine wichtige Dienstleistung für die Bürger ist.

Die Partner der Energieberatungskoooperation im Landkreis Donau-Ries trafen sich zum Jubiläum zu einem gemeinsamen Essen in Donauwörth, mit dem sich Landrat Stefan Röble für das große Engagement bedankte. Heike Burkhardt, Energiebeauftragte des Landkreises Donau-Ries, freute sich, dass dieses Projekt, das im Rahmen des Agenda 21-Prozesses entstanden

ist, so lange Bestand hat und auch schon von anderen Landkreisen übernommen wurde.

Festes Team

Landrat Stefan Röble erinnerte an die Anfänge der Energie-Beratung. Das Konzept dafür hatten Robert Lang und Josef Leberle von der Bauinnung, Helmut Kaumeier, Martin Weiß und Günter Meyer von Erdgas Schwaben sowie Jürgen Lindenfesler, Bernhard Janka und Rainer Wirkner von den Lech-Elektrizitätswerken unter der Leitung von Heike Burkhardt erarbeitet. Mit vier ehrenamtlichen Beratern startete die Energie-Beratung im Juni 2003 im Landratsamt in Donauwörth. In Laufe der Jahre kamen weitere Männer und Frauen dazu, mittlerweile gibt es ein festes Team aus 14 Beraterinnen.

1.070 Beratungen

In den zehn Jahren gab es insgesamt 194 Beratungstermine. Bei 1.070 bisher erbrachten Beratungen bedeutet das eine durchschnittliche Auslastung von rund 50 Prozent. Das von Martin Weiß zu Beginn der Beratungen formulierte Ziel von sechs Beratungen pro Termin ist damit erreicht worden. In den zurückliegenden Wintermonaten ging die Nachfrage nochmals nach oben, die meisten Termine waren komplett ausgebucht.

Kein finanzieller Ausgleich für Engagement

Neben den regelmäßigen Beratungen in Donauwörth und Nördlingen beteiligten sich die Energie-Berater unter anderem bei den Donau-Ries-Ausstellungen sowie bei weiteren Veranstaltungen rund um das Thema Energie. Landrat Stefan Röble bedankte sich für dieses große ehrenamtliche Engagement, denn die Energie-Berater erhalten für die eingebrachten Beratungsstunden keinen finanziellen Ausgleich. Dafür beteiligt sich der Landkreis auf andere Weise: unter anderem organisiert und koordiniert die Stabsstelle Kreisentwicklung die Termine bzw. Anmeldungen, druckt jährlich eine Broschüre und Plakate, informiert Presse und Gemeinden regelmäßig über die Beratungstermine und organisiert Fortbildungen für die Energie-Berater.

Auch 2013 wird die Energie-Beratung in gewohnter Weise fortgesetzt, das heißt alle zwei Wochen im Wechsel im vhs-Gebäude in Donauwörth und in der Bauinnung in Nördlingen. Zusätzlich wird es bei der 15. Donau-Ries-Ausstellung Ende August in Donauwörth wieder einen Stand der Energie-Beratung geben. □



Inklusion bei Kaffee und Kuchen: Die Mainfränkischen Werkstätten betreiben künftig das Lesecafé in der Würzburger Stadtbücherei. Nun trafen sich die Verantwortlichen zur Unterzeichnung des Kooperationsvertrags am Riemenschneiderisch im Würzburger Rathaus.

Von links: Alexander Seith, Abteilungsleiter Catering bei den Mainfränkischen Werkstätten, Prokurist Michael Wenzel, Stadtbücherei-Leiterin Anja Flicker, Kulturreferent Mughtar Al Ghusain, Oberbürgermeister Georg Rosenthal und Norbert Herrmann, der stellvertretende Leiter der Stadtbücherei. Bild: Georg Wagenbrenner

Pumpspeicherwerk Jochberg:

Energieallianz Bayern bereitet Raumordnungsverfahren vor

Im März 2013 hat die Energieallianz Bayern in zwei öffentlichen Veranstaltungen die Bürger der Gemeinden Jachenau und Kochel am See über das geplante Großprojekt am Jochberg informiert. Seitdem bereitet das Unternehmen sich Schritt für Schritt auf das Raumordnungsverfahren vor.

Das Raumordnungsverfahren hat vor allem den Zweck festzustellen, ob raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit den Erfordernissen der Raumordnung übereinstimmen. Dadurch sollen u.a. Fehlplanungen vermieden werden und Eingriffe in schützenswerte Bereiche untersucht werden. Speziell in diesem Verfahren sind zahlreiche Themen zu beleuchten. Hierzu gehören die Auswirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasserhaushalt, aber auch auf Verkehrsinfrastruktur, Kulturgüter, Tourismus und anderes mehr. Das betrifft ganz besonders die Bauphase. Viele Fragen, die sich heute stellen, werden im Zuge dieses Verfahrens beantwortet werden können.

Erster offizieller Schritt

In Vorbereitung auf diese umfangreichen Untersuchungen führt die Energieallianz Bayern seit mehreren Wochen Angebotsgespräche mit den diversen Experten und Fachfirmen. Erst wenn dies abgeschlossen ist, können die Vorbereitungen auf die Antragskonferenz beginnen. Die Antragskonferenz ist der erste offizielle Schritt des Raumordnungsverfahrens. Dort wird von der Regierung von Oberbayern gemeinsam mit dem Vorhabensträger und den Trägern öffentlicher Belange der Untersuchungsumfang des

Verfahrens festgelegt. Erst dann, also voraussichtlich im Herbst diesen Jahres, wird mit den Arbeiten zur Erstellung der Antragsunterlagen begonnen. Die Antragstellung ist derzeit für Mitte 2014 geplant.

Große Sorgfalt

Die Energieallianz Bayern ist sich der Größe und Bedeutung des Eingriffs in die Natur- und Kulturlandschaft am Jochberg bewusst. Umso wichtiger sei es, mit großer Sorgfalt vorzugehen.

Bereits jetzt treten vor allem bei den beiden betroffenen Gemeinden und Bürgern viele Fragen auf. „Seit den Veranstaltungen im März sind zahlreiche Anfragen bei uns eingegangen. Beantwortet haben wir alle, wenn auch manches Detail offen bleiben musste“ sagt Jörg Schuchardt, Pressesprecher der Energieallianz Bayern und fügt hinzu: „Die Arbeiten der Experten sind auch Grundlage für die Diskussionen mit dem Bürger. Wenn die Konzepte Gestalt annehmen, werden wir den Dialog wieder intensivieren.“

Seit April des Jahres haben weitere kommunale Energieversorger aus Bayern ihr Interesse an dem Projekt bekundet. „Wir stellen uns auch intern auf, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Hierzu gehört unter anderem die Gründung einer eigenen Projektgesellschaft, der Pumpspeicher-

werk Oberbayern GmbH, die in Kürze erfolgen wird“, so Joachim Martini, Geschäftsführer der Energieallianz Bayern.

Die Energieallianz Bayern plant nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens vier bis fünf Jahre für Planfeststellungsverfahren und technische Planungen. Baubeginn wäre dann im Jahre 2019.

Die Energieallianz Bayern GmbH & Co. KG mit Sitz in Hallbergmoos ist ein Zusammenschluss von 32 mittleren, meist bayerischen Energieversorgungsunternehmen. Sie wurde im Jahre 2009 gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, für ihre Gesellschafter Projekte zur regenerativen Stromerzeugung zu realisieren, damit sie unabhängiger von den volatilen Strombeschaffungsmärkten werden und ihre Kunden auch zukünftig mit bezahlbarem Strom versorgen können. Durch die Ausrichtung auf die erneuerbaren Energien inkl. Kraft-Wärme-Kopplung soll darüber hinaus ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. □

Bayerische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Röble

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Invest in Bavaria zu Gast im Landkreis Aschaffenburg

Jüngst besuchten zwei Vertreterinnen von Invest in Bavaria den Landkreis Aschaffenburg. Nach einem Gespräch mit Landrat Dr. Ulrich Reuter bekamen die Besucherinnen im Rahmen einer Besichtigungstour einen tieferen Einblick in den Wirtschaftsstandort am Bayerischen Untermain.

Invest in Bavaria ist eine Ansiedlungsagentur des Freistaats Bayern, die mögliche Investoren bei der Standortsuche unterstützt. In diesem Jahr wurde ein neues Büro mit Sitz in Nürnberg eingeweiht, das künftig für den Bereich Nordbayern zuständig ist. Landrat Reuter hofft bei der Bestandspflege der Wirtschaftsstandorte auf neue Impulse und eine gute Zusammenarbeit. Im Bild (v. l.): Jutta Stohwasser, Landrat Dr. Ulrich Reuter, Dr. Patricia Callies. □



Die Preisträger des Kinderbibliothekspreises 2013 mit Reimund Gotzel (Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, vorne links), Bernd Sibler (Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium, vorne rechts), Moderator Thomas Ohrner, Künstlerin Nora Gomringer, der Band „Deine Freunde“ und Schauspielern des E.T.A.-Hoffmann-Theaters. Foto: obx-BayernReport

Kinderbibliothekspreis:

Bayern ist ausgezeichnet in der Leseförderung

Bamberg (obx-BayernReport) - Bayerns größter regionaler Stromnetzbetreiber, die Bayernwerk AG, zeichnet fünf Bibliotheken im Freistaat für ihr herausragendes Engagement in der Leseförderung aus. Ob Lesenächte, Bibliotheksführungen oder Märchenstunden - in Bayerns öffentlichen Bibliotheken wird viel getan, um den Nachwuchs zum Schmökern zu verführen. Denn in Zeiten von Internet, Computerspielen und DVDs hat es das gute alte Buch nicht immer leicht bei den Kindern. Nun hat die Bayernwerk AG im Bamberger E.T.A.-Hoffmann-Theater fünf öffentliche Bibliotheken aus Bayern mit dem Kinderbibliothekspreis für ihr besonderes Engagement in der Leseförderung ausgezeichnet.

Die Preisträger dürfen sich über je 5.000 Euro Preisgeld für neue Bücher und kindgerechte Medien freuen. Ausgezeichnet wurden die Stadt- und Gemeindebüchereien aus Alzenau (Unterfranken), Horgau (Schwaben), Neustadt bei Coburg (Oberfranken), Pfarrkirchen (Niederbayern) und Schwandorf (Oberpfalz).

Begeisterung entfachen

„Als Vater von drei Kindern weiß ich aus eigener Erfahrung, wie wichtig das Vorlesen und Le-

sen für Kinder ist und wie sinnvoll Bücher für Jugendliche sein können. Wenn es gelingt, Kinder für das Lesen zu begeistern, ist im Hinblick auf deren persönliche Entwicklung viel gewonnen“, sagte Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, bei seiner Gratulation an die Gewinner des Kinderbibliothekspreises, der gemeinsam mit Kultusstaatssekretär Bernd Sibler verliehen wurde.

Unter dem Motto „Bibliotheken fördern Lesen - wir fördern Bibliotheken“ unterstützt die Bayernwerk AG auch 50 weitere

Büchereien im Freistaat mit den sogenannten „Lesezeichen“, die mit jeweils 1.000 Euro dotiert sind. Auch dieser Betrag dient der verbesserten Ausstattung der Bibliotheken. Die Auswahl aller Gewinner erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Sankt Michaelsbund und der Bayerischen Staatsbibliothek/Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen.

Engagement fortgesetzt

Der Kinderbibliothekspreis wurde bereits sechs Jahre in Folge von E.ON Bayern verliehen. Seit 1. Juli heißt das Unternehmen aufgrund gesetzlicher Vorgaben zur Trennung des Netz- und Vertriebsgeschäfts Bayernwerk. Auch unter dem neuen Namen wird der Energieversorger sein gesellschaftliches Engagement für die Leseförderung fortsetzen, betonte Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel bei der Preisverleihung. □

Kerler GmbH:

Investition in die Zukunft

Seit ihrer Gründung vertreibt die Kerler GmbH im deutschsprachigen Raum hochwertige textile Produkte in bedruckter, bestickter oder gewobener Form. Das attraktive Preis-Leistungs-Verhältnis, verbunden mit individuellem Service und ungewöhnlicher Flexibilität im Bezug auf Kundenwünsche, zeichnen das Familienunternehmen aus.

Im Jahre 1999 startete Josef Kerler mit der Herstellung und dem Verkauf von individuell bestickten Krawatten und Seidentüchern. Schritt für Schritt erweiterte er sein Sortimentsangebot zu einem umfangreichen Textilprogramm und entwickelte sich so zum Spezialisten für bedruckte, bestickte und gewobene Textilien.

Positive Resonanz erntet Kerler mit seinen Produkten seither nicht nur in Ministerien, Parteien und Verbänden; auch Drogeriemarktketten vertrauen zum Beispiel auf die Beratungs- und Produktqualität von Kerler. Jahrelange Erfahrung und innovative Ideen im Sektor individuell gestaltbarer Textilien sprechen für sich.

Eltern- und kindgerechte Produkte

Neu in der Produktpalette sind drei sowohl nützliche als auch eltern- und kindgerechte Produkte. Als „Begrüßungsgeschenk für neugeborene Steuerzahler“ bietet Kerler speziell für Städte und Gemeinden Babyhandtücher

und Babylätzchen aus 100 Prozent hochwertiger und hautfreundlicher Baumwolle an, die mit dem städtischen Logo, Emblem, Wappen oder Schriftzug bestickt werden können. Die Babyhandtücher sind in der Einheitsgröße 70 x 70 cm in der Grundfarbe weiß erhältlich. Ansonsten ist der Kreativität in Sachen Farbe, Umrandung und Stick keine Grenze gesetzt. Die Babyhandtücher sind in verschiedenen Materialien erhältlich. Auch diese lassen sich ohne Pro-

bleme mit dem gewünschten Logo oder Schriftzug bedrucken oder besticken. Eine nette und originelle Weise, die neuen Erdenbürger willkommen zu heißen.

Vielfältige Serviceleistungen

Umfassende Beratung steht bei Kerler an oberster Stelle der Serviceleistungen. Dazu gehört die Assistenz bei der Auswahl und Zusammenstellung passender Bekleidung und Accessoires. Und hier zählt vor allem die individuelle Abstimmung zur Platzierung und Umsetzung des jeweiligen Logos und Motivs.

Weitere Informationen unter: www.kerler.de DK



Kerlers „Begrüßungsgeschenke für neugeborene Steuerzahler“. □



Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Na, was machen Sie denn so große Augen und starren mich mit offenem Mund an? Heute ist Casual Friday, da kann ich doch auch mal lockerer ins Büro kommen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, verschwand beschwingt in seinem Zimmer.

Nun ist es ja nicht so, dass wir noch nie etwas vom Casual Friday gehört hätten, also von der kleinen Fluchtmöglichkeit der anzutragenden Männer, zum Wochenende hin an terminfreien Freitagen mal etwas lockerer ins Büro zu kommen. Das macht der Chef auch nicht erst seit heute, sondern es passiert immer mal wieder, dass er mit Jeans oder ohne Krawatte ins Amt kommt. Aber so haben wir ihn noch nicht gesehen: Mintfarbene Chino-Hose, rotes Kurzarmhemd und blaue Segelschuhe. Wow, eine Explosion an Farbe bei einem Menschen, den man ansonsten im Farbkosmos zwischen taubenblau und anthrazit verordnet sieht.

Farbenlehre im Büro

Zweifello, dieser Sommer ist in der Männermode so bunt wie nie einer zuvor. Jungs von acht bis achtzig tragen selbstbewusst rote, grüne, gelbe und orange Hosen, neonfarbene Hemden und T-shirts, blaue oder orange Schuhe. Tabu wie das berühmte „grün und blau ist dem Kasperl sei Frau“ werden souverän ignoriert und dank einer um Pastelltöne erweiterten Farbpalette sieht das häufig auch ganz toll aus. Dabei ist der deutsche Mann nicht mal an der Spitze der Bewegung. In Frankreich erkennt man den Mann von Welt und Geschmack daran, dass er farbidentisch Halstuch und Schnürsenkel in allerlei Schockfarben trägt. Ich bin gespannt, wann der Trend auch zu uns schwappet.

Schon scheint die Zeit nahe zu sein, da es nicht mehr nur den Frauen vergönnt ist, durch farbliche Wagnisse auf sich aufmerksam zu machen. Wer kennt die Bilder von Bürgermeistertreffen oder sonstigen Gipfeln nicht, auf denen zwanzig dunkle Anzüge und ein rotes oder gelbes Kostüm



zu sehen sind, so dass die weibliche Note dominierend aus dem Einheitsgrau hervorragt.

Der erste Akt der männlichen Rebellion gegen langweilige Einheitsklamotten waren die Krawatten in kräftigen Farben, vorzugsweise Rot, Gelb oder Grün; bei mutigeren Fashionentdeckern auch Orange oder Violett. Diese Krawatten sind einfach ein Statement: Seht her, ich bin so frei, jetzt komme ich

und will das Heft in die Hand nehmen. So sagen ja auch die Psychologen, dass Männer, die kräftige Farben tragen, Dominanz ausstrahlen wollen und dieser Führungsanspruch gerade von Frauen gern mal akzeptiert wird.

Ob andere Kleidungsstücke auch so eine Bürokarriere machen werden, weiß ich nicht. Jedenfalls finde ich die Kombination aus einer roten oder gelben Stoffhose und einem blauen oder schwarzen Blazer todschick und absolut officetauglich. Schwieriger wird es bei den Schuhen, denn Männer müssen nach meiner Auffassung einfach schwarze oder braune Schuhe tragen, wenn sie seriös wirken wollen. Aber das schaut dann auch bei farbigen Hosen ganz toll aus. Unsicher bin ich mir, ob in Zukunft auch farbige Jackets oder gar Anzüge einen Siegeszug antreten werden. Ein roter oder grüner Anzug sieht doch immer noch arg nach Halbwelt aus. Aber wer weiß, wohin uns die farbliche Emanzipation der Männer noch führt.

Mein Chef, der Bürgermeister, schwört allerdings Stein und Bein, dass er bei offiziellen Anlässen oder wenn Gäste kommen, weiter die Traditionstrias dunkelblau, dunkelgrau, schwarz anziehen und uns keine geschmackliche Schande machen werde. Aber schließlich ist nichts so wandelbar wie die Mode und manches, was vor einigen Jahren noch ein No-Go war, ist heute selbstverständlicher Chic. Jetzt whatsapp ich dem Chef erst mal ein Zitat von Oscar Wilde aufs Smartphone: „Mode ist eine Form der Hässlichkeit, die so unerträglich ist, dass wir sie alle sechs Monate ändern müssen.“

thee
Sabrina

Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler zu Gast in Passau:

Landrat Meyer kämpft gegen „Zweiklassen-Europa“

Ab 2014 droht gewaltiges Fördergefälle zu Tschechien

Passau. Mehr EU-Gelder in Tschechien, weniger für die ostbayerischen Landkreise und damit ein „Zweiklassen-Europa“ direkt an der Nahtstelle zwischen Ostbayern und Südböhmen – und das angesichts einer Europaregion Donau-Moldau, die die Regionen gemeinsam stark machen soll. Diese Entscheidung der EU-Kommission will Landrat Franz Meyer nicht hinnehmen. Er hat daher am Rande des kurzfristig angesetzten Besuchs von Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler und Wirtschaftsminister Martin Zeil bei hochwassergeschädigten Firmen in Passau nachdrücklich um Unterstützung des Landkreises gebeten, diese dramatische Ungleichbehandlung zu beenden.

Konkret hatte die EU-Kommission unter Leitung von Kommissar Joaquín Almunia die Neufassung der Fördergebietskulisse zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur festgesetzt und dabei entschieden, dass Ostbayern den Status als Sonderfördergebiet verlieren soll.

Fördergefälle von 25 Prozent

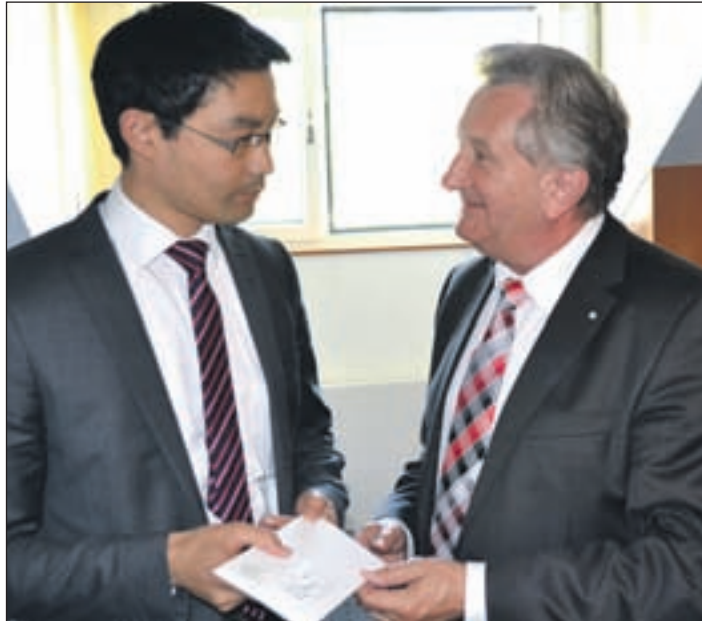
Alarmierend für den Landrat: Die tschechischen Gebiete an der Grenze zu Bayern werden erneut als A-Fördergebiete (Gebiete mit Höchstfördersatz) aufgeführt. Sie dürfen somit künftig Höchstfördersätze von 25 Prozent für Großunternehmen, 25 Prozent für mittlere Unternehmen und 45 Prozent für kleine Unternehmen vergeben. Ostbayern und damit auch der Landkreis Passau soll laut Landrat Meyer hingegen nicht länger der C-Fördergebietsstatus eingeräumt werden. „Damit werden wir ab 2014 mit einem massiven Fördergefälle von 25 Prozent konfrontiert sein.“

Der Landrat findet gegenüber Rösler klare Worte: „Dies kann aus

sowohl bei der Firmenansiedlung als auch beim Bemühen, ansässige Firmen halten zu können, diesem Wettbewerb stellen.“

Spielraum des Bundes

Meyers Gegenvorschlag, wie ihn auch der Europaabgeordnete Manfred Weber bereits formuliert hat: Gebiete, die an ein A-Fördergebiet eines anderen Mitgliedstaates angrenzen, werden automatisch als C-Fördergebiete festgesetzt. Hier habe der Bund den Spielraum, selbst nationale Fördergebiete auszuweisen – und damit wäre jetzt die Bundesregierung am Zug. □



Passaus Landrat Franz Meyer (r.) gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler. □



Nach der Preisverleihung empfing Oberbürgermeister Georg Rosenthal (Mitte) die Mitglieder des Friedenspreis-Komitees wie auch Preisträgerin Rita Prigmore (S. v. l.) sowie ehemalige Preisträger im Wenzelsaal des Rathauses. Mit auf dem Bild: Kulturreferent Muchtar Al Ghusain (2. v. l.). Bild: Christian Weiß

Würzburg:

Verleihung des Friedenspreises

Bedeutende Auszeichnung für gewaltfreie Konfliktlösungen

„Der Würzburger Friedenspreis bestätigt Gruppen und einzelne Persönlichkeiten, die sich für Frieden und gewaltfreie Konfliktlösungen einsetzen, die für menschenwürdige Lebensverhältnisse und die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen arbeiten, die sich um Integration bemühen und für ein aufgeklärtes und tolerantes Miteinander werben“, betonte Oberbürgermeister Georg Rosenthal, der direkt im Anschluss an die Verleihung des Preises im Mainfranken Theater an Rita Prigmore im Wenzelsaal des Rathauses Preisträger und Mitglieder des Komitees Würzburger Friedenspreis zum Empfang eingeladen hat.

Zum 50. Jahrestag der Zerstörung Würzburgs ins Leben gerufen, sei der Friedenspreis ein Preis von Bürgern für Bürger, würdigte Rosenthal die Arbeit des Komitees. „Auch deshalb ist er eine der bedeutendsten Auszeichnungen, die es in unserer Region gibt“, gratulierte Rosenthal der Friedenspreisträgerin Rita Prigmore.

„Seit vielen Jahren warnen sie

vor allem junge Menschen vor den Folgen von Rassismus und werben für ein offenes und tolerantes Miteinander.“ Das Komitee Würzburger Friedenspreis passe auch gut zum Diskurs, den die Stadt in den vergangenen Jahren mit dem Projekt Erinnerungskultur angegangen habe, erklärte Dr. Thomas Schmelzer, Sprecher des Komitees, der sich für die Unterstützung der Stadt bedankte.

Vorschau auf GZ 15

In unserer Ausgabe Nr. 15, die am 1. August 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Kommunale Museen

Filmprojekt:

Wir sind Kult!

Jugendkultur im Landkreis Donau-Ries

Durch den demographischen Wandel und gesellschaftliche Veränderungen geht das ehrenamtliche Engagement von jungen Menschen immer mehr zurück. Leider gerät die Gruppe der Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren oft nur durch negative Schlagzeilen in den Blickwinkel der Öffentlichkeit. „Ziel ist es, den Menschen zu zeigen, dass Jugendliche mehr können, als nur schläfern und saufen. Besonders in den verschiedenen Verbänden und Vereinen findet nämlich tolle Jugendarbeit statt“, so die Jugendpflegerin Barbara Rembold. Aus diesem Grund möchten die Kommunale Jugendarbeit und der Kreisjugendring Donau-Ries einen Kurzfilm über die Jugendkultur im Landkreis produzieren, um ehrenamtliches Engagement von jungen Menschen zu würdigen und zu fördern.

Die Eindrücke sollen dabei in Form von kurzen Clips direkt von den Jugendverbänden und sonstigen Jugendgruppen selbst aufgenommen und eingeschickt werden. Anschließend werden die Aufnahmen in einem Imagefilm zusammengefasst. Dabei können die Clips der Gruppen sowohl konkrete Projekte zum Thema Jugendkultur zeigen als auch ganz alltägliche Szenen aus der Jugendarbeit. „Wir wollen keine gestellten Situationen, sondern sehen, was vor Ort wirklich läuft. Das können z. B. Aufnahmen vom letzten Fußballtraining, von einem Ausflug mit dem Verein oder auch einem Rock-Konzert sein. Gleichzeitig bietet das Projekt aber auch die Möglichkeit, sich mit fremden Kulturen oder dem Thema der Inklusion auseinander zu setzen und das zu filmen“, so die Kommunale Jugendpflegerin. Aus den Themenfeldern Heimat, Traditionen und Bräuche, Musik und Szene, fremde Kulturen und Länder, Kunst und Kultur sowie Jugendarbeit und Veranstaltungen ist alles erlaubt. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Als Anerkennung für die Teilnahme wird unter allen Projektgruppen ein Preisgeld von 500

verlost, das die Sparkassen im Landkreis zur Verfügung stellen. Zudem laden die Kommunale Jugendarbeit und der Kreisjugendring alle Teilnehmer zu einer Vorführung des Kurzfilms und eines anderen aktuellen Kinofilmes in die Movieworld Nördlingen ein.

Interessierte Gruppen sollten sich gleich an die Kommunale Jugendarbeit wenden, da für die Aufnahme der Clips noch ein paar formale und technische Vorgaben zu beachten sind. Der Einsendeschluss für die Clips ist der 13. September 2013.

Kontakt: Landratsamt Donau-

Donau-Ries:

Auf dem Weg zur „Bildungsregion in Bayern“

Bildungskonzept bei Dialogforum präsentiert

Der Landkreis Donau-Ries beteiligt sich als Pilotregion an der Initiative „Bildungsregionen in Bayern“. Nach der Auftaktveranstaltung in Harburg begann in Arbeitsgruppen die inhaltliche Ausgestaltung. Die Ergebnisse sind in ein Bildungskonzept eingeflossen, das unter www.donau-ries.de/bildungsregion eingesehen werden kann.

Nachdem der Jugendhilfeausschuss und der Kreisausschuss im Juni das Konzept befürwortet haben, wurde es Anfang Juli im Kreistag verabschiedet. Die offizielle Bewerbung als „Bildungsregion in Bayern“ fand dann im Rahmen des 2. Dialogforums Mitte Juli in der Realschule in Wemding statt. „Mit der Zertifizierung als „Bildungsregion in Bayern“ wollen wir kommunizieren, dass die Bildungslandschaft im Landkreis



LSW fördert Maßnahmen zur Integration behinderter Menschen

Mit großer Begeisterung nahmen die Schlossreimerwerke der Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung am LSW-Fortbildungstag teil. V. l.: Siegfried Kitzinger, Klaus Meitner, Christiane Bülk, Thomas Jahn (Leiter Arbeitssicherheit LSW), Galip Sever, Anton Heiligmann, Albert Stang, Stefan Graf, Rafael Wischniewski, und Winfried Jaumann (Gruppenleiter der Nordschwäbischen Werkstätten GmbH).

Ries, Kommunale Jugendarbeit, Tel.: 090674158 und E-Mail: barbara.rembold@lra-donau-ries.de

sitzende der Konferenz der Schulaufsicht, Hubert Lepperdinger, stellte schließlich das weitere Verfahren dar.

Weiterführende Informationen zur Bildungsregion sowie die Anmeldeformulare zum 2. Dialogforum gibt es im Internet unter www.donau-ries.de/bildungsregion oder telefonisch unter 0906/74339.

Regionalmanagement

2011 startete das Bayerische Kultusministerium die Initiative „Bildungsregionen in Bayern“. Dazu wurden verschiedene Pilotregionen ausgewählt, darunter auch der Landkreis Donau-Ries, der mit seiner Bildungsinitiative Lernender Landkreis schon ein regionales Bündnis für Bildung aufgebaut hat. Um über die Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ zu informieren, führte das Regionalmanagement, das Staatliche Schulamt und die Fachberatung für Kindertagesbetreuung im Landkreis Donau-Ries eine Auftaktveranstaltung durch, zu der 700 Vertreter aus Schulen, Kindertageseinrichtungen, Politik und Wirtschaft kamen.

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nussler Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City** **Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen · bürgernah · handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89 06 68 900 · www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 Neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **schulte**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

An- und Verkauf von Kommunalfahrzeugen

Unimog und Ersatzteile
Fa. Donnerbauer, Tel. 0170-5729733
www.donnerbauer.com

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Geschenke für Neugeborene

kerler

Willkommensgeschenke für Neugeborene:
bestickte Babyhandtücher/Babylätzchen oder auch bedruckte Babyhalstücher mit dem Wappen Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Alles in Textil bestickt – gewoben – bedruckt – individuell gefertigt!

Kerler GmbH – Accessoires & Fashion team
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 089 / 543 29 890, Fax: 089 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Standort- und Kommunalberatung

STANDORT KOMMUNE

Einzelhandelskonzepte | Auswirkungsanalysen | Frequenzanalysen | Nahversorgungskonzepte | Spielhallenkonzepte | Freizeit- und Tourismuskonzepte | Beteiligungsverfahren

SK Standort & Kommune Beratungs GmbH
Benno-Strauß-Straße 7 (B) | 90763 Fürth
Tel.: 0911-979079310 | Fax: 0911-979079399
kontakt@standort-kommune.de | www.standort-kommune.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (0 8171) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de



BAYERISCHE GemeindeZeitung

GZ-DOKUMENTATION

Info-Tag für kommunale Entscheidungsträger:

„Power für Bayerns Kommunen!“

6. GZ-Fachforum in Garching mit kompetenten Energie-Fachleuten
Kooperationspartner Bayerischer Gemeindetag,
Bayerischer Städtetag und Bayerischer Landkreistag

Zum sechsten Mal bereits trafen im Garchinger Bürgerhaus die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Die Bayerische GemeindeZeitung hatte in Kooperation mit Bayerischem Gemeindetag, Bayerischem Städtetag und Bayerischem Landkreistag erneut zum Energie-Fachforum eingeladen. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

Etwas 400 Fachbesucher aus ganz Bayern und dem benachbarten Ausland nutzten die Gelegenheit, sich anhand von mehr als zwei Dutzend Fachvorträgen über neue Produkte, Dienstleistungen und Lösungsansätze, die wegweisend für energiesparende Ausstattungsmöglichkeiten sind, zu informieren. Für die Stadt Garching nahm in Vertretung von Erster

Bürgermeisterin Hannelore Gabor deren Stellvertreter Peter Riedl am GZ-Fachforum teil.

Qualifizierte Beratung

Neben politischen und wissenschaftlichen Statements lieferten ein Grundlagenseminar Energiewirtschaft sowie eine Vielzahl an Vorträgen aus der Wirtschaft wert-

volle Ideen und interessante Beispiele, wie Kommunen die Energiewende qualifiziert mit gestalten können. Darüber hinaus wurden in vielen Gesprächen und Diskussionen an den 30 Ausstellerständen die umfangreichen Möglichkeiten der Energiegewinnung und -versorgung aufgezeigt. Im Freigelände vor dem Bürgerhaus hatte sich das EnergieMobil von Energie Südbayern positioniert. Dort erwartete die Besucher fachkundige Beratung rund um die Themen Energieversorgung und neue Technologien.

Für kommunale Politiker gilt es

zu handeln, damit Bayern dauerhaft und sicher mit bezahlbarer Energie versorgt wird. Wie GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel in ihrer Begrüßung hervorhob, stellen sich für die Kommunalpolitiker und den Mitarbeitern aus Kommunalverwaltungen und anderen Behörden drei Hauptfragen: 1. Welche Technologien passen ins Profil? 2. Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind zu beachten? 3. Wie ist es um eine (seriöse) Finanzierung bestellt?

Eine Frage der Akzeptanz

Wichtig sei aber auch die Frage nach der Akzeptanz der Bürger. Die Herausforderung bestehe darin, die Menschen mitzunehmen „auf diesem steinigem Weg, der auch voller Widersprüche ist“, betonte von Hassel und fuhr fort: „Unter Umständen müssen Sie den Leuten auch erst einmal die Physik des elektrischen Stroms nahebringen.“ Ein Zauberwort laute Energiespeichertechnologien. Informationen über deren Möglichkeiten und Grenzen war ebenfalls Bestandteil des GZ-Fachforums. **DK**

licht eine Vereinbarung auf Bundesebene.“

Den Betrieb von erneuerbaren Energien-Anlagen sehe der Bayerische Gemeindetag nicht als vorrangige gemeindliche Aufgabe an. Zurückhaltend sei man auch beim Thema Kommunalisierung von Stromnetzen. Eine solche Entscheidung erfordere eine professionelle Kostenanalyse. In der Regel lösten sich hauptsächlich größere Städte aus dem Netzverbund. Busse: „Auch für Kooperationsmodelle mag es sich - wobei auch hier genau geprüft werden muss, ob nicht hauptsächlich die Berater verdienen – im Einzelfall rechnen. Zu beachten ist auch, dass ländliche Flächennetze mit immer schlechterer Struktur entstehen können. Das Ansteigen der Netznutzungsentgelte und damit höhere Strompreise sind die logische Folge.“

Wolle man im Gebäudebereich eine Vorbildrolle einnehmen, so brauche es eine entsprechende Förderung. Das Niedrigstenergiegebäude werde für den Neubau von kommunalen Gebäuden schon ab 2019 Pflicht. „Zudem wissen wir noch nicht, was man uns konkret an Standards abverlangen wird. Wir hätten den Weg der Freiwilligkeit bevorzugt. Denn unsere Bürgermeister stehen, im Rahmen ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Möglichkeiten, dazu, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel bei Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz vorangehen sollte“, hob Busse hervor.

Neben den Neubauten sei auch für die Kommunen die größere Herausforderung die energetische Erhaltung des Altbestands. Hier habe man von EU-Seite dank guter Argumente der kommunalen Spitzenverbände ein Einsehen gehabt und in der Energieeffizienzrichtlinie von einer Zwangssanierungsquote abgesehen. Doch die Aufgabe bleibe. Nach Auslaufen des Konjunkturprogramms II passiere derzeit eher wenig. Die von Fachleuten für nötig erachtete jährliche Sanierungsquote von 3 Prozent bedeute eine Steigerung der jährlichen Investitionsaufwendungen um bis zu 60 Prozent. „Für



Mit 400 Gästen außerordentlich groß war einmal mehr der Zuspruch zum GZ-Energie-Fachforum in Garching. □

Dr. Andreas Bachmeier / wbpr_Kommunikation:

Projektkommunikation auf Augenhöhe

Energiewende und Infrastrukturausbau stellen Deutschland vor die größte Herausforderung seit dem 2. Weltkrieg. „Wie der Umbau zu managen ist, erfordert ein gemeinsames Verständnis zwischen Bevölkerung, Wirtschaft und Politik. Damit Deutschland zukunftsfähig bleibt, gilt es jetzt zahlreiche Energie- und Infrastrukturprojekte umzusetzen. Doch damit die Bürger Einzelprojekten und dem generellen Umbau zustimmen, ist ein kommunikativer Rahmen erforderlich“, stellte Dr. Andreas Bachmeier, Geschäftsführer wbpr_Kommunikation, fest.

Fakt ist: Die große Mehrheit hat Vertrauen in das Umsetzungs-Know-how von Politik und Wirtschaft und will den Infrastrukturausbau und die Energiewende. Sie schweigt. Der Aufschrei Einzelner dominiert die Diskussion und führt zum Stopp wichtiger Projekte.

Der Begriff Wutbürger kristallisiert sich laut Bachmeier seit 2010 heraus, in dem Jahr wurde er zum Wort des Jahres gekürt. Das Wort bezeichne treffend eine neue Qualität des Bürgerprotests, die mit Stuttgart 21 greifbar wurde.

Schweigende Mehrheit

Dass jedes Projekt auch Gegner auf den Plan rufe, liege auf der Hand. Doch gebe es zahlreiche Fürsprecher, die die Vorteile eines Projekts erkennen. Was sich zum aufmerksamsamkeitsstarken Protest formiert, sei die Meinung einer Minderheit. Die schweigende Mehrheit bleibe unsichtbar. Sie aber werde über das Verhalten von Politikern entscheiden, die sich immer an der gefühlten Mehrheitsfähigkeit von Themen orientieren, betonte Bachmeier.

Politiker müssten täglich zustimmungsfähig bleiben. Bei Debatten zu relevanten Projekten richteten sie sich nach der Mehrheitsstimmung und entschieden nach der gefühlten Popularität. Dies habe Auswirkungen auf die umsetzenden Unternehmen. „Denn ohne politische Rückendeckung werden Projekte verzögert oder ganz gestoppt.“

Im Internet beginne und organi-

sieren sich der Protest. Dort seien Projektträger weniger geübt, „denn sie sind nicht mit der Meinungsbildung quasi über Nacht vertraut“. Projektbefürworter und Gegner seien nicht auf Augenhöhe, „weil Argumente weniger greifen als Emotionen“. Unternehmen, Politik und Zukunftsbürger sendeten auf einer anderen Wellenlänge als die Protestbürger.

Bürgerinitiativen seien Experten darin, Kräfte zu bündeln, fuhr der PR-Berater fort. Sie erzeugten durch konzentrierte Aktionen und Pressearbeit starke Bilder und kämen so in die überregionalen Medien. Ihre Ressourcen seien ihre Kreativität, ihr ehrenamtliches Engagement und ihre Zeit. Bürgerinitiativen seien untereinander vernetzt und in der Lage, in kurzer Zeit wirksame Aktionen zu stemmen.

Web-Diskussionen über Projekte entstehen, bevor das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen ist. „So formieren sich die Projektgegner, sobald offensichtlich ist, dass ein Energie- oder Infrastrukturprojekt realisiert werden soll. Zu diesem Zeitpunkt sollte die Projektkommunikation bereits geplant sein, um reaktionsfähig zu sein“, erklärte Bachmeier und resümierte: „Die Dialogkultur braucht zwei Seiten. Das Nein ist im strukturellen Vorteil gegenüber dem Ja. Das erschwert es, den Dialog herzustellen. Der ist nur möglich, wenn zwei gleichwertige Seiten Argumente für ihr Anliegen ins Feld führen und sich als Dialogpartner anerkennen.“ **DK**

Dr. Jürgen Busse / Bayerischer Gemeindetag:

Kommunale Grundpositionen zur Energiewende

„Die Gemeinden stehen zur Energiewende, die zwei große und ganz unterschiedliche Herausforderungen umfasst: Atomausstieg und CO2-Freiheit der Energieversorgung“, stellte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Jürgen Busse, fest. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, „dass wir nicht der Auffassung sind, dass es das primäre Ziel der Gemeinden sein muss, darauf zu schauen, dass genug Windräder, Biogasanlagen usw. zur Verfügung stehen, um die Gemeinden bilanziell stromautark zu machen“.

Zum einen sei dies willkürlich, „weil zumal kleine Gemeinden mit vielen windhöffigen Standorten für Windräder und vielen Photovoltaikanlagen nicht nur auf den eigenen Stromverbrauch blicken sollten, sondern zukünftig durchaus eine Versorgungsverantwortung für die Region haben. Zum anderen verkennt das Streben nach Stromautarkie, dass unsere Stromnetze bis zur europäischen Ebene zusammenhängen.“

AG Energienutzungspläne

„Unsere Empfehlung ist, dass sich die Gemeinden dem Thema Energiewende nicht nur durch Einzelmaßnahmen, sondern auch konzeptionell nähern sollten“, erläuterte Busse. Um gerade den ländlichen Gemeinden ein taugliches Planungsinstrument empfehlen zu können, sei deshalb sei im vergangenen Jahr die Arbeitsgemeinschaft Energienutzungspläne aus der Taufe gehoben worden.

Besonderes Augenmerk lege der Bayerische Gemeindetag darauf, „dass Energienutzungspläne konkrete Vorhaben, die der Energiewende dienen, auf die wirtschaftliche Machbarkeit rechnen“. Inhaltlich hätten die Pläne speziell das Thema Wärme im Blick. Da diese fast die Hälfte des Endenergieverbrauchs ausmacht, liege dort der Schlüssel für das Gelingen der Energiewende.

„Unser größtes Sorgenkind ist der Gebäudebestand und ganz besonders die Wohngebäude“,

machte Busse deutlich. In Bayern sei der Anteil der Einfamilienhäuser, die aus der Natur der Sache heraus eine energetisch ungünstige Geometrie haben, besonders hoch. Da zweifelhaft sei, ob durch freiwillige Sanierungsmaßnahmen tatsächlich der Energiebedarf, wie im Energiekonzept der Bundesregierung gefordert, um 80 % reduziert werden kann, könnte die Versorgung durch erneuerbare Wärme in den nächsten Jahren immer größere Bedeutung gewinnen. „Und aufgrund der Verluste beim Transport ist Wärme, anders als Strom, per se ein lokales Thema“, so der Geschäftsführer.

Untersuchungen im Rahmen des Energienutzungsplans durch fachkundige Ingenieure müssen Busse zufolge nicht zwingend auf Wärmenetze hinauslaufen. Auch der Betrieb durch die Gemeinde sei nur eine Option unter vielen, z. B. genossenschaftlichen Lösungen. Jedoch gehe es darum, zum einen die Wirtschaftlichkeit von Wärmenetzen im Vergleich zu anderen Versorgungsmodellen, unter realistischer Berücksichtigung der zu erwartenden Sanierungskosten zu errechnen. Zum anderen spiele aber auch die CO2-Bilanz der einzelnen Varianten bei den Maßnahmenempfehlungen eine Rolle. Busse: „Der Gemeindetag hat sich insbesondere dafür eingesetzt, dass die Betroffenen bei der Aufstellung von Energienutzungsplänen zu beteiligen sind, um die Umsetzungschancen abzuschätzen.“

Den Gemeinden als Anwalt ört-

licher Interessen müssten ihre Spielräume bei der Ausübung der Planungshoheit in Bezug auf die erneuerbaren Energie-Anlagen geläufig sein; sie sollten eine ortsverträgliche Steuerung vornehmen, riet Busse. Konkret bedeute dies zum Beispiel, dass die nach dem Immissionsschutzrecht ausreichenden Abstandsflächen bei Windkraftanlagen über die Flächennutzungsplanung deutlich vergrößert werden können. „Es geht nicht darum, Windkraftanlagen zu verhindern, sondern deren Akzeptanz in der örtlichen Gemeinschaft zu erreichen.“

Zudem sei es sinnvoll, dass die Gewinne aus erneuerbaren Energien-Anlagen mindestens zum Teil vor Ort ankommen. „Wir erwarten vom Gesetzgeber, dass nun im zweiten Anlauf die Gewerbesteuererlegung für Windkraftanlagen auch auf die Photovoltaik Anwendung findet. Es kann nicht sein, dass die Gewerbesteuer nur dorthin fließt, wo das Personal sitzt, nicht aber, wo die Anlage steht“, meinte das Präsidialmitglied.

Plädoyer für Netzausbaupakt

Eine besondere Herausforderung kommt auf Bayern nach Busse Worten im Zuge des anstehenden Höchstspannungsnetzausbaus zu. Bayern sei (zusätzlich zur Thüringer Strombrücke) von sieben Großvorhaben, insbesondere von zwei sogenannten Stromautobahnen, den HGU-Trassen (also Gleichstrom) betroffen. „Wir brauchen einen Netzausbaupakt, der ein faires Miteinander gerade auch von Netzbetreibern und Gemeinden sichert. Außerdem muss der Rahmen für die gesetzlich zulässigen Ausgleichsleistungen an die Gemeinden – bis zu 40.000 Euro pro Trassenkilometer – festgelegt sein. Hier erwarten wir baldmöglich-

Energiespeicher Riedl:

Attraktiver neuer Lebensraum für Zauneidechse und Co

Umfangreicher Jahresplan für vorgezogene ökologische Ausgleichsmaßnahmen

Die Donaukraftwerk Jochenstein AG setzte im Rahmen des Projekts **Energiespeicher Riedl** bereits einige ökologische Ausgleichsmaßnahmen vor der eigentlichen Bauphase um. Diese sogenannten CEF-Maßnahmen (Continuous Ecological Functionality) bedeuten, dass gesetzte Maßnahmen schon mit Baubeginn des Energiespeichers Riedl voll funktionsfähig sein müssen.

Bereits 2012 wurden erste Maßnahmen wie Eiablageboxen für Reptilien und der Weiher Ficht vorgestellt. Für das Jahr 2013 hat Ökologin Yvonne Sommer gemeinsam mit dem Landschaftspflegeverband Passau einen weiteren umfangreichen Maßnahmenplan erstellt, der für alle Tier- und Pflanzenarten im Projektgebiet einen optimalen Ersatzlebensraum im nahen Umfeld gewährleistet. Bei einem Hintergrundgespräch vor Ort in Gottsdorf und Krottenthal erläuterten Yvonne Sommer und Franz Elender vom Landschaftspflegeverband dieses Maßnahmenpaket anhand des Beispiels eines neu angelegten Gartens für Zauneidechsen.

„CEF-Maßnahmen dienen der Sicherung von Ökosystemen, die durch ein Bauvorhaben beeinträchtigt werden“, informiert Dominik Mayr, Projektleiter Energiespeicher Riedl. „Um den Fortbestand dieser Ökosysteme zu gewährleisten, werden die Ausgleichsmaßnahmen mit einem ausreichenden zeitlichen Vorlauf vor Baubeginn umgesetzt. Während dieser Zeit überprüfen nach gesetzlicher Vorgabe unabhängige Gutachter die Funktion und Wirksamkeit der geschaffenen Ersatzlebensräume“, so Mayr.

Bereits seit 2011 werden lau-

fend solche Maßnahmen im Gottsdorfer Gebiet und im Jochensteiner Talbodenbereich umgesetzt. „Die aufgestellten Eiablageboxen für die Äskulapnatter im Umfeld der Riedler Mulde und in der Donauleiten oder die Ansaat von Kornrade-Roggenmischungen im Raum Krottenthal, die Rebhuhn und Kiebitz gerne nutzen, werden von den Tieren gut angenommen“, so Sommer. Bei diesen Feldern handelt es sich um eine fast ausgestorbene Art von altem Bayerwaldroggen, der im Sinne des Artenschutzes hier wieder angebaut wurde.

Natürliche Strukturen

Auch 2013 sind erneut zahlreiche Maßnahmen in die Wege geleitet und umgesetzt worden. Am Beispiel eines neu angelegten Zauneidechsentypens beim Krieholz zwischen den Ortschaften Gottsdorf und Krottenthal illustrierte die Öko-Expertin, auf was bei solchen Maßnahmen besonders geachtet werden muss: „Es werden natürliche Strukturen aus Holz, Steinen und Sand geschaffen, in denen sich die Reptilien besonders wohl fühlen und sich gerne aufhalten. Auf warmen Steinen können sie sich ausgiebig sonnen, zwischen den vielen Wurzelstöcken finden

sie Unterschlupf.“ Bei allen Tierarten wird sorgfältig darauf geachtet, ihnen genau den Lebensraum zu gewähren, den sie brauchen und der ihren Ansprüchen gerecht wird. Rundherum befindet sich eine Wiese mit heimischen Pflanzen und Gräsern, die zu den Ausgleichsmaßnahmen zählt.

Heimisches Saatgut und heimische Wiesen

Für sämtliche Neuanpflanzungen und Ansaaten werden ausschließlich regionales, einheimisches Saatgut bzw. Pflanzen verwendet. Damit wird die Verfälschung der Wiesenpflanzen mit Unterarten aus anderen Regionen verhindert. So wird beispielsweise im Herbst 2013 in der Nähe von Krottenthal auf einem hufeisenförmigen Grundstück eine Glatthaferwiese mit Material von Wiesen der näheren Umgebung mit einem Brachstreifen angelegt. Zusätzlich werden Hecken gepflanzt. „In solchen Strukturen findet vor allem der Kiebitz einen attraktiven Lebensraum“, erklärt Yvonne Sommer. Insgesamt sind rund zehn solcher Wiesen im gesamten Projektgebiet geplant.

Im CEF-Maßnahmenplan für den Energiespeicher Riedl ist auch die Schaffung von sogenannten Lerchenfenstern enthalten. Diese entstehen, indem rund 100 Quadratmeter im Wintergetreide brach stehen gelassen werden und so „Löcher“ im Getreidefeld entste-

hen, die den Lerchen als „Landebahnen“ dienen. Dort können die Lerchen dann ihre Nester bauen und brüten. Geplant sind weiters sogenannte Baumhöhlen, in denen Fledermäuse Unterschlupf finden. Dazu werden in Bäumen Löcher vorbereitet, die von den Fledermäusen zu Höhlen ausgebaut werden.

Weiher Ficht

Bereits im vergangenen Jahr umgesetzt wurde das Stillgewässer „Weiher Ficht“, der die beiden

Teiche in der Riedler Mulde ersetzt wird. Ein großer und ein kleiner Tümpel bieten seit Herbst 2012 neuen Lebensraum für beispielsweise die Gelbbauchunke, die Erdkröte und den Grasfrosch, und zukünftig, wenn die Flora gut angewachsen ist auch für den Kiebitz und den Nachtkerzenschwärmer. „Im Frühjahr haben wir die ersten Amphibien zu ihren neuen Gewässern umgesiedelt“, erklärt Yvonne Sommer. Zwei Mal täglich habe sie die aufgestellten Auffangbehälter mit den Tieren einge-

sammelt und zum Weiher Ficht gebracht. „Der Grasfrosch hat sogar schon gelaicht und die Kaulquappen entwickeln sich gut“, freut sich Sommer. „Das ist ein gutes Zeichen: Das heißt, ihm gefällt sein neuer Lebensraum.“

Die dargestellte Umsetzung der CEF-Maßnahmen sind neben dem eigentlichen derzeit laufenden Genehmigungsverfahren ein weiterer kleiner, wenn auch wichtiger Schritt in Richtung Umsetzung des Zukunftsprojekts Energiespeicher Riedl. □

Johann Strobel / Österreichisch-Bayerische Kraftwerke GmbH:

Untere Salzach – Flusssanierung mit Energienutzung

Vor 200 Jahren noch war die Salzach ein mäandrierender Fluss mit einer Breite von bis zu 1.000 Metern. Um 1820 begannen die Korrekturen des Flusses, als in einem hydrotechnischen Gutachten die Regulierung und Begradigung des Flusses empfohlen wurde. Ziele waren die genaue Festlegung der Landesgrenze Bayern-Österreich, die Verbesserung der Schifffahrt, die Erweiterung der landwirtschaftlichen Flächen sowie der Hochwasserschutz. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Salzach schließlich zu einem kanalartigen Fluss mit nur noch 100 Metern Breite umgebaut. Seitdem tieft sie sich immer mehr ein, wie der kaufmännische Vorstand Johann Strobel darlegte.

Die Salzach fließt auf Grund ihrer kanalartigen Einengung zu schnell, so Strobel. Vor allem bei viel Wasser grabe sich der Fluss immer weiter ein. Spätestens mit dem ersten Sohlgedurchschlag in einigen Abschnitten der unteren Salzach im Zuge des Jahrhundert-Hochwassers 2002 sei die dramatische Situation des Flusses signifikant geworden. Zwischenzeitlich verzeichne er Eintiefungen von drei bis fünf Metern im Verhältnis zur ursprünglichen Sohle, was dazu führe, dass in den Auen Gehölze, die es ursprünglich gab, heute nicht mehr wachsen. Risikoanalysen der Wasserwirtschaft zeigten weitere Eintiefungen von bis zu 20 Metern im Tittmoninger Becken.

Die Österreichisch-Bayerischen Kraftwerke AG (ÖBK), ein Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft, das sich mit dem Ausbau und der Nutzung der Wasserkraft an den österreichisch-bayerischen Grenzflüssen befasst, warte mit standortspezifischen, maßgeschneiderten, innovativen Lösungen mit Blick sowohl auf die flussbauliche Sanierung als auch die energetische Nutzung der Unteren Salzach auf.

Tittmoninger Becken

Wie Johann Strobel erläuterte, prüfen die Wasserwirtschaftsverwaltungen von Österreich und Bayern in einer Variantenuntersuchung im Tittmoninger Becken verschiedene Sanierungslösungen und Weiterentwicklungen. Die Grenzkraftwerke GmbH spricht sich dabei für das Konzept „Fließgewässerkraftwerk der flussbaulichen Sanierungsvariante B (Aufweitungs- und Rampenvariante)“ aus.

Der Fließcharakter des Flusses soll beibehalten, dessen Fließgeschwindigkeit aber durch Aufweitungen gesenkt werden. Da diese Maßnahme allein jedoch nicht mehr ausreicht, um den Fluss zu sanieren bzw. zunächst eine weitere Eintiefung zu verhindern, seien auch flussbauliche Querbauwerke, sog. Sohlrampen, erforderlich. Um ein optimales Geschiebe-Management zu gewährleisten, müssten flexible Wehrverschlüsse angebracht und Generatoren unterhalb der Wasserlinie installiert werden. Damit würde man sich mit einer Fallhöhe von ca. 3 bis 3,50 Metern begnügen; bei klassischen Wasserkraftwerken liege die Fallhöhe üblicherweise bei 8 bis 10 Metern.

„Unser Ansatz ist jetzt, an drei Standorten im Tittmoninger Becken Fließgewässerkraftwerke zu bauen, die mit herkömmlichen Wasserkraftwerken überhaupt nichts mehr zu tun haben und dafür sorgen sollen, insbesondere

die Auen wieder enger an den Fluss anzubinden und ihr Gewässersystem zu reaktivieren“, sagte Strobel. An den drei Standorten sei insgesamt eine jährliche Erzeugung von bis zu 100 GWh an erneuerbarer Energie möglich. Damit könnten ca. 28.000 Haushalte versorgt werden.

Der mittels Fließgewässerkraftwerke zu erzielende Nutzungsgrad liege nur bei etwa 40 Prozent und sei damit bedeutend geringer als jener mit einer klassischen Wasserkraftwerkslösung. „Die restli-

chen 60 Prozent sind der Natur und der Umwelt geschenkt.“

Die Sanierung der Salzach ist auch Hintergrund für ein geplantes bewegliches Kraftwerk im Freilasinger Becken. Dort ist eine Rampe bereits errichtet, eine weitere geplant. In einem ersten Schritt wurde das Gewässerbett aufgeweitet, um die Fließgeschwindigkeit zu reduzieren und der Salzach mehr Kies zuzuführen. Die Rampe hebt zudem die Sohle und somit auch den Grundwasserspiegel an.

Neben Sanierungsmaßnahmen soll ein Tragwerk für bewegliche Generatoren mit einer Gesamtbreite von ca. 110 Metern eingesetzt werden. Acht Wehre sind vorgesehen, d. h. acht Turbinen und Generatoren erzeugen den Strom. Wichtig ist auch hier der Schutz der Umwelt. Für ca. 26.000 Haushalte wäre hier die Erzeugung heimischer Erneuerbarer Energie denkbar. **DK**

Wolfgang Moises / 3+Win.net und Team für Technik GmbH:

Günstiges Fernwärmesystem für große Entfernungen

Das bislang kostengünstigste und verlustärmste Fernwärmesystem für große Entfernungen wurde unter dem Namen 3+WIN (DreiPlusWin) u. a. von Wolfgang Moises (Geschäftsführer Team für Technik GmbH) zum Patent angemeldet. Das neuartige System dient zur Nutzung von Abwärme aus beliebigen Quellen und ist außerdem ein stromnetzstabilisierender Puffer.

3+WIN eignet sich besonders für dünn besiedelte Wohngebiete, in denen bisherige Systeme nicht wirtschaftlich sind sowie für den klassischen Einsatz im städtischen Außenbereich, da 3+WIN gewinnbringender ist als bisherige Fernwärmesysteme. Jegliche Gebäude, auch Altbauten mit höchsten Versorgungstemperaturen von maximal 75 °C, sind geeignet, da keine nennenswerten Anforderungen an das gebäudeinterne Wärmeverteilsystem gestellt werden.

Vorteile des Systems

Das System 3+WIN ist Moises zufolge ein neuer technischer Ansatz für die Umsetzung und Adaption der transportierten Wärme auf bestehende Gebäude und Neubauten. Der Wärmetransport ist außergewöhnlich günstig, die Primärenergieausnutzung liegt bei hervorragenden 150-250 %. Wirtschaftlichkeit ist auch bei 8 °C-30 °C Einspeisetemperatur gegeben. Ohne weitere „Veredelung“ kann Energie aus Wärmequellen mit 70 °C-95 °C direkt verteilt werden. Das System kann auch wärme- und netzstromspeichernd wirken. Basisenergie ist Erdgas, Flüssiggas oder Biogas.

Die Vorteile des Systems 3+WIN im Vergleich zum klassischen Fernwärmesystem liegen auf der Hand: Der besondere Ansatz ist eine Hybrid-Hausanschluss-Station. Auf dieser Basis wird die Energieübergabe an das Haus mit hoher Spreizung bei moderaten Vorlauftemperaturen (67 °C-85 °C) und niedrigsten Rücklauftemperaturen (10 °C) erzielt. Das bedeutet: Aus einem Liter

Umlauf-Fluid kann vergleichsweise so viel thermische Wärmeenergie zur Nutzung beim Verbraucher entnommen werden, wie beim üblichen Zweirohrsystem die doppelte bis dreimal so große Umlaufmenge erzielen würde. Diese ca. doppelte bis dreifache so große Gesamtfluidmenge (Fluid) muss beim herkömmlichen System außerdem kontinuierlich und energieaufwendig im Kreis gepumpt werden, was speziell beim 3+WIN-Einrohrsystem entfällt.

Bei diesem Ein-Rohrsystem fließt gegenüber dem klassischen Fernwärmesystem nur etwa ein Drittel der Fluidmenge über die halbe Rohrlänge (Vorlauftlänge bis zum Verbraucher). Und dies mit etwa einem Drittel der Verluste und einem Drittel der Herstellkosten für das Rohrnetz. Je nach Gelände kann die kostenfreie Gravitationsenergie genutzt werden. Das System kann also ganz oder teilweise im Freifluss betrieben werden. Die Wirkungsgrad-Optimierung wirkt auch deutlich emissionsreduzierend. Bei Systemen mit Pumpen wird nur ca. ein Sechstel der Pumpenenergie eines klassischen Fernwärmenetzes benötigt. Allein damit kann der Mehraufwand der Hilfs-Wärmepumpen in den Hausstationen kompensiert werden.

Das System besteht somit aus drei Grundpfeilern, die auch im Namen 3+WIN ausgedrückt werden: 1. Veredelungsstation am oder in der Nähe der Abwärme, 2. Einrohrfernwärme zur Übertragung der Energie über weite Strecken, 3. Hybrid-Heizungs- und Trinkwarmwasserstation zur gebäudeunabhängigen Umsetzung der Wärme im Haus. **DK**

Image und Umwelt etwas Gutes tun: Das schafft Strom aus Wasserkraft.



H₂O – das ist Premiumstrom aus deutschen und österreichischen Wasserkraftwerken mit TÜV SÜD Gütesiegel. So sichern Sie Ihrem Unternehmen eine eindeutige ökologische Positionierung am Markt – und damit einen Imagegewinn. Informieren Sie sich jetzt unter **+49 (0) 89 890 550-0** oder auf **www.verbund.de**

Verbund
Am Strom der Zukunft

Erfahrene Energiedienstleister auf Augenhöhe:

Stadtwerke München - Partner der Kommunen

Zum dritten Mal präsentierten sich die Stadtwerke München (SWM) auf dem Energiefach-Forum im Garchinger Bürgerhaus. An ihrem Stand informierten sie über ihr breites Leistungsspektrum als universeller Energiedienstleister für die Kommunen. Denn als das kommunale Unternehmen der Landeshauptstadt München sind die SWM der ideale Partner für die Kommunen, um gemeinsam eine nachhaltige und zukunftsfähige Energieversorgung zu gestalten.

Für viele Kommunen besteht Handlungsbedarf. Vor dem Hintergrund der Energiewende wird von ihnen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge nun eine eigenständige Energiepolitik erwartet. Den Kommunen fällt hierbei auch eine Steuerungsfunktion zu, zum Beispiel bei Regional- und Flächennutzungsplänen. Und sie haben die Hoheit über die Vergabe der Konzessionen für die Versorgungsnetze.

Langfristige Investitionsentscheidungen

Die Gemeinden können diesen Gestaltungsspielraum aktiv nutzen und davon auch profitieren. Aber: Das Thema ist sehr komplex. Es geht um langfristige Investitionsentscheidungen, um die technische Sicherheit der Strom- und Gasversorgung und die Versorgungsnetze, die Erreichbarkeit des Energieunternehmens vor Ort, die Energiepreise, die Bürger und Betriebe zu zahlen haben, und auch um den Einsatz erneuerbarer Energien.

Um dies alles alleine bewältigen zu können, fehlt den Kom-

munen oftmals die Erfahrung und es mangelt an entsprechenden Fachleuten. Viele Kommunen suchen deshalb einen starken, erfahrenen Energiepartner



Gerhard Löblein, Ansprechpartner für Kommunen.

auf Augenhöhe aus der Energiewirtschaft, am besten aus der kommunalen Familie.

Die SWM stehen seit Jahrzehnten für eine nachhaltige

und sichere Versorgung Münchens und vieler Gemeinden mit Energie und Trinkwasser. Mit den SWM gewinnt die Kommune einen berechenbaren und seriösen Partner mit regionaler Verwurzelung und kommunalem Hintergrund.

Der Nachhaltigkeit verpflichtet

Anders als private Konzerne sind die SWM nicht der Gewinnmaximierung verpflichtet, sondern der Nachhaltigkeit. Ihr Ziel ist, den Nutzen und die Lebensqualität für die Bürger, den Wirtschaftsstandort München und die Region in Summe zu optimieren.

Die gesamte Wertschöpfungskette

Die SWM sind das einzige Unternehmen in Bayern, das die gesamte Wertschöpfungskette Strom, Erdgas, Wasser und Fernwärme, auch den öffentlichen Personennahverkehr und energienahe Dienstleistungen bis hin zur Telekommunikation abdecken kann. In allen Feldern sind Kompetenzen vorhanden, die den Städten und Gemeinden in der Region zur Verfügung gestellt werden können.

Über Jahrzehnte hinweg ha-

ben sich die SWM bereits als Partner der Kommunen bewiesen. In mehr als 40 Gemeinden sind sie im Rahmen von Erdgas- und Stromkonzessionsverträgen für die sichere Energieversorgung verantwortlich. Mit verschiedenen weiteren Kommunen haben die SWM gemeinsame Gesellschaften zur Wahrung der Daseinsvorsorge im Gemeindegebiet gegründet, wie die Gasversorgung Haar, die Gasversorgung Germering, die Gasversorgung Ismaning und das Regionalwerk Würmtal.

Vorreiter beim Klima- und Umweltschutz

Und auch beim Umwelt- und Klimaschutz sind die SWM einer der Vorreiter. Mit ihrer Ausbauoffensive Erneuerbare Energien wollen sie so viel Ökostrom in eigenen Anlagen erzeugen, wie ganz München verbraucht. München wird damit die weltweit erste Millionenstadt sein, die dieses Ziel erreicht.

Onshore-Windkraft

Eine besondere Bedeutung kommt der Onshore-Windkraft zu. Bayern hat das größte (noch nicht genutzte) Windkraft-Potenzial in ganz Deutschland. Dieses werden die SWM gemeinsam mit interessierten bayerischen Kommunen erschließen. Dazu haben sie eine eigene Gesellschaft gegründet, die SWM Bayernwind. Ziel der SWM ist, in Kooperation mit bayerischen Kommunen bis zum Jahr 2020 rund eine Milliarde Kilowattstunden Windstrom pro Jahr zu erzeugen.

Mit dem flächendeckenden



Am SWM-Stand im Garchinger Bürgerhaus informierten Gerhard Löblein und sein Team die kommunalen Kollegen über die breite Angebotspalette der Stadtwerke München.

Ausbau des Glasfasernetzes für Privatkunden, Selbstständige und kleinere Betriebe gehört München auch bei dieser Technologie zur Spitze der Großstädte in Europa. Auch von diesem umfangreichen Know-How können alle interessierten Kommunen und ihre Bürger profitieren.

Interesse?

Kontaktieren Sie Gerhard Löblein, Leiter des SWM Konzessionsmanagements, und sein fünfköpfiges Team unter: E-Mail: loesslein.gerhard@swm.de oder Tel.: 089/ 2361-3210.



Zukunft gemeinsam gestalten

Ihr Partner – Stadtwerke München

- Wir sind 100 Prozent kommunal,
- engagieren uns für Umweltschutz und erneuerbare Energien und
- investieren in Versorgung (Strom, Erdgas, Wasser, Fernwärme) und Breitband-Technologie.

www.swm.de

SW//M

Manfred Reuß / ZAE Bayern:

Energiespeichertechnologien: Möglichkeiten und Grenzen

Die „Experts Group on Science in Energy“ der Internationalen Energieagentur IEA hat die Entwicklung effizienter und kostengünstiger Energiespeicher als die wichtigste Herausforderung zukünftiger F&E-Aktivitäten identifiziert. Vor allem zur Integration Erneuerbarer Energien und Steigerung der Energieeffizienz sind Energiespeicher unerlässlich.

Auf dem Gebiet der Energiespeicher wurden bisher am Bayerischen Zentrum für Angewandte Energieforschung (ZAE Bayern), das an der Schnittstelle zwischen erkenntnisbasierter Grundlagenforschung und angewandter Industrieforschung arbeitet, in erster Linie thermische Speicher untersucht. Hier waren laut Manfred Reuß Speicher sensibler Wärme, Latentwärmespeicher und thermochemische Speicher Gegenstand von Forschung und Entwicklung. Alle Forschungsbereiche wurden von grundlegenden Fragestellungen, z. B. der nach den theoretischen Grenzen der Speicherkapazität oder der Materialentwicklung, bis zu Fragen der Systemintegration oder Produktentwicklung behandelt.

National hat sich das ZAE Bayern durch eine Reihe von Forschungsvorhaben für das BMBF und das BMWi auf dem Gebiet thermischer Energiespeicher einen Namen gemacht. Dies wird auch durch die wachsende Zahl von Anfragen aus der Industrie unterstrichen. In diesem Zusammenhang geht es hauptsächlich um die Steigerung der Energieeffizienz in industriellen Produktionsprozessen.

Besonders ist hervorzuheben, dass alle Techniken der thermischen Energiespeicherung – sensibel, latent und thermochemisch – von grundsätzlichen Fragen der Materialentwicklung und -charakterisierung bis zu Demonstrationsanlagen bzw. kommerziellen Produkten hin bearbeitet werden. In

diesem Zusammenhang ist auch die Expertise des ZAE Bayern auf dem Gebiet der Wärmetransformation durch Sorptionswärmepumpen und –kältemaschinen zu erwähnen. Diese erweitert deutlich die möglichen Anwendungsbereiche der Speichersysteme durch die Anpassung der benötigten Temperaturumniveaus.

Als Kriterien für Speichermaterialien führte Reuß an:

1. Verfügbarkeit des Materials
2. Theoretische und technische erreichbare Speicherdichte
3. Umfassende Energiebilanz des Systems (KEA), Aufwand zur Herstellung, zum Betrieb und zur Entsorgung
4. Verfahrenstechnik, Reaktionskinetik, Zyklenfestigkeit
5. Übertragungsleistung
6. Nutzungsgrad im Betrieb (Ladeenergie / Entladeenergie)
7. Toxizität bzw. Umweltverträglichkeit
8. Wirtschaftlichkeit.

Tatsache sei, dass die Temperatur Einfluss auf die Speicherkonstruktion hat. Wichtig sei die Speichergeometrie. Bei der Wärmedämmung geht die Entwicklung Reuß zufolge auch in Richtung Vakuumsuperisolation (VSI).

VSI ist eine hocheffiziente Methode zur Wärmedämmung mit fünf- bis zehnfach besserer Dämmwirkung als konventionelle Dämmstoffe. Das Funktionsprinzip ist ähnlich einer Thermoskanne, wo der Zwischenraum eines doppelwandigen Behälters evakuiert und dadurch der Gaswärme-

transport unterdrückt wird. Damit ist bereits eine gute Dämmwirkung verbunden, jedoch findet noch ein IR-Strahlungsverlust von heißer zu kalter Behälterwand statt. Dieser wird durch Einbringen eines mikroporösen Pulvers unterbunden, wobei die zusätzliche Festkörperwärmeleitung sehr gering ist und eine kostengünstige Evakuierung ins Feinvakuum zur totalen Unterdrückung der Gaswärmeleitung ausreicht.

Am ZAE Bayern wurde das natürliche, ungiftige und preiswerte Perlit als Pulvermaterial ausgewählt, im Labor im Detail untersucht und der Wärmetransport theoretisch modelliert. Aber auch andere Materialien wie z. B. pyrogene Kieselsäure sind prinzipiell geeignet.

Vakuumsuperisolation

Im Labor ergab sich für Speichertemperaturen von 90 °C, dass Feuchte- und Degradationsprobleme bei einer VSI-Dämmung nicht auftreten. Für einen Echtgrößenprototyp mit 16 m³ Wasservolumen wurde auch eine effiziente Schichtladeeinrichtung entwickelt. Im realen Betrieb konnte ein hervorragender Wert für die effektive Gesamtwärmeleitfähigkeit der Speicherhülle erreicht werden. Pro Tag kühlte der Speicher um lediglich ca. 0,2 Kelvin ab.

In Systemsimulationen wurde ermittelt, dass durch die Verwendung von VSI-Speichern bei thermischen Solaranlagen Kollektorfläche und/oder Speichervolumen bei gleicher solarer Deckung eingespart werden kann. Höhere Deckungsgrade über 50 bis hin zur Volldeckung sind zudem nur mit großen, superisolierten Speichern

sinnvoll realisierbar. Der entwickelte superisolierte Speicher ist prinzipiell auch sehr gut zur Speicherung von (solarer) Prozesswärme in der Industrie oder von Fernwärme geeignet, wo hohe Temperaturen und große Speicherzyklen auftreten. Auch in Nahwärme-konzepten kann der Einsatz von (saisonalen) VSI-Wärmespeichern vorteilhaft sein.

Anders stellt sich die Situation beim Feststoffspeicher dar, wie Reuß am Beispiel eines Erdwärmesonden-Speichers erläuterte. Dieser kann sowohl im ungesättigten Untergrund, aber auch ins stehende Grundwasser gebaut werden. Auf Grund der begrenzten Übertra-

gungsleistung von Erdwärmesonden muss im Speichersystem ein Pufferspeicher vorgesehen werden.

Im solaren Nahwärmeprojekt in Attenkirchen wurde erstmalig ein Hybridspeicher eingesetzt, bei dem ein unterirdischer Heißwasserspeicher im Zentrum eines Erdwärmesonden-Speichers liegt. Der innere Heißwasserspeicher ist thermisch mit dem Erdwärmesonden-Feld gekoppelt. Es wird keine wasserdichte Innenauskleidung eingesetzt und der gesamte Speicher ist nur nach oben wärmege-dämmt. Durch serielle Verschaltung der beiden Systeme und eine Beladung von innen nach außen bzw. eine Entladung in umgekehr-

ter Richtung wird eine horizontale Schichtung erzeugt und so die Wärmeverluste minimiert.

Reuß' Fazit: Die Wärmespeicherung ist zwingend zur Anpassung von Angebot und Bedarf. Sensible Speicher dominieren heute insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen den Markt für Kurz-, Mittel- und Langzeitspeicher. Speicher müssen im Kontext mit einem System betrachtet werden. Es gibt unterschiedliche Arten der Systemeinbindung, wie Brauchwarmwasserbereitung oder Heizungsunterstützung. Besonders zukunftsweisend ist die Lösung mit Pufferspeicher und Wohnungsübergabestationen mit Frischwassererwärmung. **DK**

Bertram Kölsch / BayWa Energie Dienstleistungs GmbH:

Die Energiewende gestalten, im Wärmemarkt geht's

Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH unterstützt als Wärmelieferant den Einsatz regenerativer Energien. Das 100%-ige Tochterunternehmen der BayWa AG bietet Contracting als cleveres Rundum-Sorglos-Paket an.

„Beim Energie-Contracting übernimmt ein spezialisierter Dienstleister Planung, Finanzierung, Bau, Betrieb und Instandhaltung von Anlagen zur effizienten Wärme-, Kälte- oder Stromerzeugung“, erklärte Vertriebsleiter Bertram Kölsch. Der Contractor verpflichtet sich dazu, gebrauchsfertige Wärme zum definierten Preis zu liefern, daher sei er für die Brennstoffbeschaffung auf eigene Rechnung zuständig. Weiterhin müsse er sich um die Funktion seiner Anlage kümmern, d. h. er ist für Wartung, Unterhalt und Reparatur seiner Anlage verantwortlich. Nach Ablauf des Contractings werde die Betriebsführerschaft neu ausgeschrieben.

Wie Kölsch darlegte, äußerten sich viele Probleme im täglichen Betrieb häufig nicht als Anlagen-ausfall, sondern in Form erhöhter Brennstoffverbräuche und schlechter Abgaswerte. „Unsere Anlagen sollen laufen, deshalb sind sie fernüberwacht“, betonte der BayWa-Repräsentant. Eine Ferndiagnose sowie eine 24-Stunden-Bereitschaft an 365 Tagen komplettieren diesen Rundum-Service in punkto frühzeitige Problemerkennung.

Fakt sei, dass Regelfehler, Lastspitzen, Störungsserien und häufiges Takten bei unverändertem Wärmebedarf erhöhten Brennstoffverbrauch, erhöhte Emissionen und erhöhte Kosten verursachen. „Bei uns bezahlt der Kunde nur den Wärmeverbrauch, ein schlechter Betrieb geht zu unseren Lasten“, informierte Kölsch. Damit das nicht passiert, wartet die Münchener BayWa Energie Dienstleistungs GmbH mit Personal auf, das auf eine jahrzehntelange Erfahrung in der Energiebranche verweisen kann.

Präzise Analyse

Im Zentrum stehen die präzise Analyse der Kundensituation und die Berücksichtigung individueller Kundenwünsche. Das den Einsatz regenerativer Energien unterstützende Unternehmen ist neutral bei der Auswahl von Herstellern und lokaler Anlagenbauer sowie bei der Auswahl der Heizsysteme und Brennstoffe. Als Mitglied in anerkannten Fachverbänden bietet die BayWa-EDL, die als Dienstleister auch im ländlichen Raum unterwegs ist, auf der Suche nach optimalen Kundenlösungen standardisierte Versorgungen bzw. individuelle Konzepte.

Transparent und fair gestalten sich die Preise: Während der Arbeitspreis für gelieferte Nutzenergie in MWh erhoben wird und die Messung über geeichte Zähler erfolgt, enthält der Grundpreis die Kosten zur Refinanzierung der Investition, für Reparaturen und Instandsetzung sowie für Wartung und weitere Gebühren.

Das BayWa Contracting bietet sich für alle Immobilien an – ob es sich nun um Wärmelieferung für Raumheizung und Warmwasser im Zuge der bedarfsgerechten Sanierung oder den Neubau von Heizzentralen oder optional um Kühlung, Lüftung und Klimatisierung handelt. Strom und Wärme durch Kraft-Wärme-Kopplung ist ebenso möglich wie die Einbindung regenerativer Energien. Geeignet ist das BayWa Contracting für Gebäude größer 20 Wohneinheiten und/oder größer 100 kW Wärmeleistung und/oder größer 1.000 Quadratmeter beheizter Fläche.

Zufriedene Kunden

Von dem breiten Spektrum an Leistungen konnten sich bereits zahlreiche zufriedene Kunden überzeugen. So sanierte die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH die über 30 Jahre alte marode Wärmeeerzeugungsanlage der Münchner Gaststätte „Aumeister“ und kümmert sich nunmehr umfassend um Betrieb und Wartung. Konkret wird die Wärmeeerzeugungsanlage seit 1. Oktober 2011 für 17 Jahre betrieben. Zudem

Franz Sedlmeier / Lüftungs-Reinigungs-Service LRS:

Reinigung von Lüftungsanlagen innenliegender Bäder und WC's

Seit 22 Jahren befasst sich die Firma LRS (Lüftungs-Reinigungs-Service) aus Pullach im Isartal mit der professionellen Überprüfung und Reinigung von Lüftungsanlagen. Nach den Worten von Inhaber Franz Sedlmeier wird besonders geschultes Personal beschäftigt. Schließlich sei Kundenzufriedenheit „unser oberstes Gebot“. Die Firma LRS ist Mitglied im Umweltpakt Bayern und im Deutschen Fachverband für Luft- und Wasserhygiene.

Im Dienstleistungsportfolio befinden sich Sedlmeier zufolge die Wartung und Reinigung von Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 - Lüftung von Bädern und Toilettenräumen ohne Außenfenster sowie Einzelschachtanlagen ohne Ventilatoren, Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 3 - Lüftung von Bädern und Toilettenräumen mit Ventilatoren, raumluft-technischen Anlagen (kontrollierte Wohnraumlüftungsanlagen; Klimaanlage und Kälteanlagen) sowie prozesslufttechnischen Anlagen und Feuerungsanlagen (Öl- und Gasheizungen).

Gesunde Raumlucht

Ob nun verunreinigte Lüftungsdeckel, verschmutzte Schaumstofffilter, Entlüfter und Leitungen, verstopfte Lüftungsschächte oder ein undichter Ventilatoranschluss einen Serviceeinsatz erforderlich machen – Tatsache ist: Gereinigte Lüftungsanlagen sorgen für eine gesunde Raumlucht aufgrund der Vermeidung von Infektionsgefahr durch Verbreitung von Krankheitserregern, Feinstaub und

wurde die Wärmelieferung für einen neu errichteten Bau- und Gartenmarkt in Aschaffenburg und für ein Baustoffzentrum im schwäbischen Weißenhorn übernommen.

Um die Weichen für eine ökonomische wie auch ökologische Wärmelieferung zu stellen, hat die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH erneut einen Contracting-Vertrag mit dem oberbayerischen Klinikbetreiber „klinik+more“ abgeschlossen. Nachdem die Blumenhof-Klinik Bad Feilnbach im Rahmen eines Energiecontractings erfolgreich von Heizöl auf Holzpellets umstieg, folgt nun die „Nachbarklinik“ Reithofpark diesem Beispiel. Ab dem Sommer werden die Anlagen entsprechend umgerüstet und modernisiert, das Contracting für den Reithofpark startet im Herbst. Die beiden Projektpartner verdoppeln damit den Profit für die Umwelt auf 1.500 Tonnen CO2-Ersparnis pro Jahr. Damit die künftige Wärmever-sorgung des Hotels am Badersee in Grainau wirtschaftlich und ökologisch sichergestellt werden kann, wurden nicht nur neue effiziente Wärmeeerzeuger eingesetzt und Unterstationen saniert. Ein mit Erdgas betriebenes Blockheizkraftwerk stellt in effizienter Kraft-Wärme-Kopplung auch elektrische Energie bereit. **DK**

LEW

Lechwerke



WASSER. KRAFT. LEW.

„Wir bohren und schweißen unter Wasser. Und kontrollieren regelmäßig die Turbinen, Wehre und Dämme. So kann die LEW-Gruppe sauberen Ökostrom in sicheren Wasserkraftwerken an Lech, Wertach, Iller, Günz und Donau produzieren.“

Wilhelm Reitsam, Kraftwerkstaucher der Bayerischen Elektrizitätswerke

VORWEG GEHEN

www.lew.de

Sally Schumann / LfA Förderbank Bayern:

Förderung kommunaler Investitionen in die Energiewende

Maßnahmen für mehr Energieeffizienz und der Ausbau der regenerativen Energieversorgung machen in vielen Kommunen weitreichende Investitionen nötig. Bei der Finanzierung der Vorhaben hilft die LfA Förderbank Bayern mit langfristigen Förderkrediten zu einem Zinssatz ab 0,00 %.

Hauptaufgabe der staatlichen Spezialbank ist die Finanzierung von mittelständischen Unternehmen und Gründern. Da für den Wirtschaftsstandort Bayern eine fortschrittliche Infrastruktur unentbehrlich ist, unterstützt die LfA auch Kommunen bei ihren Investitionsvorhaben mit zinsgünstigen Förderkrediten. Daneben steht sie Banken als verlässlicher Finan-

verbänden mit 100 Prozent gemeindlichen Mitgliedern eine zinsgünstige und langfristige Finanzierungsmöglichkeit für verschiedene Vorhaben.

Bei der Förderung von Investitionen in die Energiewende unterscheidet die LfA grundsätzlich zwischen Vorhaben, die nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz vergütet werden (Kurz: EEG-Vergü-

gieträger (ohne EEG-Vergütung), eine energieeffiziente Stadtbeleuchtung oder die Quartiersversorgung sowie bei Maßnahmen mit Energieeinspareffekten von mindestens 20-Prozent steht das Spezialprogramm Infrakredit Energie mit Zinssätzen ab 0,00% p.a. zur Verfügung.

Der Infrakredit Tiefengeothermie ist ein Zuschussprogramm zur Förderung der Errichtung und Erweiterung geothermischer Wärmenetze. Es steht zusätzlich auch gewerblichen Unternehmen zur Verfügung und wird von der LfA im Auftrag des bayerischen Wirtschaftsministeriums ausgereicht. Hinweis: Die Energetische Sanierung kommunaler Gebäude kann ab 0,00% p.a. über den „Energiekredit Kommunal Bayern“ der BayernLabo gefördert werden.

Finanzierungsanteile

Die Finanzierungsanteile des Infrakredits Energie und des Infrakredits Kommunal sind abhängig vom jeweiligen Kreditbedarf der Gemeinde. Bei Kreditbeträgen bis zwei Millionen Euro kann die LfA bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionskosten finanzieren. Liegt der Kreditbedarf der Gemeinde über zwei Millionen Euro, reduziert sich der Finanzierungsanteil auf maximal 50 Prozent der förderfähigen Aufwendungen. Der Darlehenshöchstbetrag im Infrakredit Energie beläuft sich auf 4 Millionen Euro je Vorhaben.

Ein Förderbeispiel zur Abwärmernutzung: Eine Gemeinde plant die Errichtung einer Heizungsanlage mit Wärmetauscher zur Nutzung des Wärmepotenzials von Abwasser und Versorgung eines

Wohnkomplexes sowie eines Verwaltungsgebäudes mit Heizwärme. Die Investitionskosten belaufen sich auf insgesamt 1,2 Millionen Euro. Die Gemeinde erhält für das Vorhaben einen Zuschuss in Höhe von 300.000 Euro von ihrer Bezirksregierung und beantragt zur Finanzierung der verbleibenden Investitionskosten von 900.000 Euro einen Infrakredit Energie – Teilbereich Quartiersversorgung.

Ein Förderbeispiel zur Windparkfinanzierung: Der unselbständige Eigenbetrieb einer Gemeinde schließt im Haushaltsjahr 2013 einen Generalunternehmervertrag für die Errichtung eines Windparks mit vier Windrädern über 25 Millionen Euro ab. Für den erzeugten Strom wird eine EEG-Vergütung gezahlt. Der Eigenbetrieb wünscht eine 100-prozentige Fremdfinanzierung und beantragt einen Infrakredit Kommunal über 12,5 Millionen Euro (Förderhöchstsatz von 50-Prozent). Der Restbetrag wird über ein Darlehen der örtlichen Hausbank finanziert. Der Einsatz von Eigenmitteln ist nicht zwingend erforderlich.

Alle Förderkredite mit Ausnahme des Teilbereichs der energieeffizienten Stadtbeleuchtung werden in drei Laufzeitvarianten – 10, 20 und 30 Jahre – mit bis zu zwei, drei und fünf tilgungsfreien Anlaufjahren angeboten. Bei Bedarf können weniger Tilgungsfreijahre gewählt werden. Die Zinsbindung beträgt bei allen drei Laufzeitvarianten zehn Jahre. Der Zinssatz wird am Tag der jeweiligen Auszahlung festgelegt. Die tagesaktuellen Zinssätze können im Internet unter www.lfa.de abgerufen werden.

Alle Förderkredite werden zinsgünstig über die KfW refinanziert und zusätzlich aus Gewinnmitteln der LfA zinsverbilligt. Gemeinden steht damit eine attraktive Finanzierungsmöglichkeit zu günstigen Kreditzinsen und

Förderkredite mit Zinssatz ab 0,75 Prozent für Flutopfer

LfA Förderbank Bayern baut Sonderhilfe Hochwasser aus

Unternehmen und freiberuflich Tätige mit Hochwasserschäden in Bayern können ab sofort auf Förderkredite mit besonders verbilligten Zinssätzen zugreifen. Die LfA Förderbank Bayern bietet Zinssätze ab 0,75 Prozent an, bei einer Laufzeit von bis zu 20 Jahren.

Das Zinsangebot wird durch den KfW-Aktionsplan Hochwasser unterstützt und ergänzt die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Erleichterung des Kreditzugangs. Die Förderkredite der „LfA Sonderhilfe Hochwasser“ werden über die Hausbanken an betroffene Unternehmen ausgereicht.

„Die Regelungen der LfA Sonderhilfe Hochwasser gelten für Start- und Investivkredite im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms und ergänzen das Zuschussprogramm der Bayerischen Staatsregierung optimal. Mit diesem Hilfspaket wollen wir Flutopfern bei der Schadensbeseitigung finanziell kräftig unter die Arme greifen“, sagte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil.

„Wir unterstützen Investitionen zum Wiederaufbau hochwassergeschädigter Unternehmen nun mit besonders verbilligten Kreditzinssätzen. Weitere Eckpunkte der Sonderhilfe sind erhöhte Risikoübernahmen zur Öffnung des Kreditzugangs und Antragsvereinfachungen. Damit können betroffene Unternehmen ab sofort auf ein sehr günstiges, rasches und unbürokratisches Kreditangebot zugreifen“, erklärte LfA-Chef Dr. Otto Beierl.

Die Zinssätze im Rahmen der Sonderhilfe Hochwasser beginnen ab 0,75 Prozent bei einer Laufzeit von bis zu 20 Jahren und richten sich nach der individuellen Einstufung des Antragstellers durch die Hausbanken. Ermöglicht wird das Zinsangebot der Sonderhilfe Hochwasser durch eine Refinanzierung über den KfW-Aktionsplan Hochwasser 2013.

Über die Sonderhilfe Hochwasser hinaus stehen den Unternehmen sämtliche weitere Förderangebote der LfA zur Verfügung, insbesondere der Universalkredit für zusätzliche Betriebsmittel. Auskünfte erhalten Unternehmen in der LfA Förderberatung unter der kostenfreien Rufnummer 0800 / 21 24 24 0.



LfA-Referentin Sally Schumann aus dem Team Infrastrukturfinanzierung (2. v. l.) am Stand der LfA Förderbank Bayern.

zierungspartner bei großvolumigen Infrastrukturprojekten zur Seite; im Rahmen solcher Konsortialfinanzierungen übernimmt die LfA einen Teil des Kreditrisikos und stellt bei Bedarf zinsgünstige Refinanzierungsmittel bereit.

Die Förderkredite bieten kommunalen Gebietskörperschaften, deren unselbständigen Eigenbetrieben sowie kommunalen Zweck-

tion) und Vorhaben, die keine Vergütung erhalten. Energieeinsparmaßnahmen und Investitionen in umweltfreundliche Energieträger, wie Photovoltaik- und Windkraftanlagen, die eine EEG-Vergütung erhalten, können im Infrakredit Kommunal – dem Standardprogramm der LfA – gefördert werden. Für alle übrigen Investitionsmaßnahmen in erneuerbare Ener-

Maximilian Faltlhauser / Faltlhauser Energie GmbH:

Grundlagenseminar: Herausforderung Energiewende

Die Diskrepanz zwischen politischer Debatte und Fakten vermittelt Geschäftsführer Maximilian Faltlhauser. Zunächst verwies er auf den Status Quo und quantitative Ziele der Energiewende im Energiekonzept der Bundesregierung sowie auf die energiepolitischen Ziele der Bayerischen Staatsregierung.

Bayernweit angedacht ist eine Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Stromverbrauch innerhalb der nächsten zehn Jahre auf 50 %. Der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch im gleichen Zeitraum soll auf 20 % gesteigert werden. Zudem ist es das erklärte Ziel, die CO₂-Emissionen pro Kopf auf deutlich unter 6 Tonnen pro Jahr zu reduzieren.

Eskalation

Faltlhauser sprach beim Thema Energiewende von einer „Eskalation der politischen Diskussion“. Habe sich zunächst die Diskussion allein um den Energiemix gedreht, sei heute der Strompreis nach der Strompreisexplosion in aller Munde. In Zukunft werde nach diversen Stromausfällen schließlich eine Debatte um die Versorgungssicherheit in Gang kommen, prognostizierte Faltlhauser.

Dieses energiepolitische Dreieck näher beleuchtend, verwies der Geschäftsführer darauf, dass die Bundessteuern und Umlagen auf Strom (EEG-Abgabe), systematisch aufeinander abgestimmt werden müssten, um ein Mindestmaß an Strompreisstabilität zu gewährleisten. Eine beliebige, unkontrollierte Strompreissteigerung schade dem Standort Deutschland erheblich und müsse unterbunden werden. Der Bund habe die Aufgabe, den Strompreis zu stabilisie-

ren, in dem er den Staatsanteil bedarfsgerecht und zeitnah auf aktuelle Entwicklungen anpasst. Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW ist seit dem Jahr 2000 der durchschnittliche Strompreis eines Drei-Personen-Haushaltes um mehr als das Doppelte angestiegen.

Erneuerbare Stromerzeugung müsse in Zukunft einen Beitrag zur Netzstabilität leisten, so Faltlhauser. Die deutsche Stromversorgung sei noch zuverlässig, wie die Dauer der Unterbrechungen in der europaweiten Stromversorgung zeige. Werfe man allerdings einen Blick auf das deutsche Höchstspannungsnetz, so ergebe sich ein großer Ausbaubedarf: Der zügige Neu- und Ausbau der Stromtrassen über mehrere tausend Kilometer sei entscheidend für die Energiewende.

Mehrheit für Energiewende

Tatsache ist: „Es besteht eine breite demokratische Mehrheit für die Energiewende, jedoch ist völlig unklar, welches Primärziel - Atomausstieg, Senkung des CO₂-Ausstoßes, Vorbild für die Welt oder Technologieförderung Erneuerbare Energie - durch die Energiewende eigentlich verfolgt werden soll“, bemerkte der Geschäftsführer. Zudem würden die limitierenden Faktoren - zumutbarer Strompreis und stabile Versorgungssicherheit - zwar genannt, aber nie quantifiziert.

„Atomausstieg in Deutschland versus Kernenergie weltweit“ ist nach Faltlhausers Worten ein weiteres zu beobachtendes Phänomen. Waren vor Fukushima weltweit 439 Kernreaktoren in Betrieb, 36 im Bau und 81 in Planung, sind im Juni 2013 433 Kernreaktoren in Betrieb, 56 im Bau und 143 in Planung. Allein in Deutschland seien durch das Atommoratorium 8 Reaktoren außer Betrieb gesetzt worden.

Zentrale Thesen

Anhand von 6 Thesen führte Faltlhauser abschließend an, „welche Fragestellungen zur Umsetzung der Energiewende diskutiert werden müssten und einer Klärung bedürfen“.

These 1: Es muss Klarheit hergestellt werden: Was ist das Primärziel der Energiewende und was sind Sekundärziele?

These 2: Wo setzen wir die Grenzen des uns Möglichen? Energiewende um jeden Preis?

These 3: Wie finanzieren wir die Energiewende? Umlage versus Steuer.

These 4: Welche Techniken brauchen wir für das Gelingen der Energiewende? Fördern wir das Richtige?

These 5: Wie sieht das Strommarktdesign der Zukunft aus? Wie verbindet man regelbare Kraftwerke mit unregelmäßiger erneuerbarer Erzeugung?

These 6: Wie wichtig ist uns ein liberalisierter Strommarkt im Verhältnis zum Standortfaktor Energie und den Zielen der Energiewende? **DK**

ENERGIE

Ohne uns fehlt Ihnen was.

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Wir fördern die Energiewende – für die Zukunft Bayerns.

Sie investieren in Energieeinsparung oder umweltfreundliche Energieträger? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

www.lfa.de



Energiespeicher der Zukunft - Power-to-gas Anlage startet

erdgas schwaben ist wesentlicher Partner des ersten Pilotprojektes Power-to-Gas der Thüga in Frankfurt

Innovative Speichertechnologie für überschüssigen grünen Strom unter Nutzung des Erdgasnetzes. Dreijähriges Pilotprojekt zur Prüfung der technischen Machbarkeit unter Begleitung wissenschaftlicher Experten startet. Unternehmen fordern Rahmenbedingungen, die einen verlässlichen und damit wirtschaftlichen Betrieb dieser Technologie ermöglichen. Augsburg/Frankfurt am Main.

Den ersten Spatenstich zum Bau der Power-to-Gas Demonstrationsanlage der Thüga-Gruppe in Frankfurt/Main galt es jüngst zu feiern. Diese Anlage ist das weltweit erste Pilotprojekt, das Strom aus überschüssigen Erneuerbaren Energien, beispielsweise aus Wind, Sonne und Wasser in Erdgas einspeichert zur späteren Nutzung für Mobilität, Wärme und Verstromung. Während des symbolischen Spatenstiches öffnete der Himmel über Frankfurt alle Schleusen. Dr. Petra Roth, die ehemalige Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Thüga, nahm das Nass von oben ganz gelassen. „Wasser ist genau das Element, das beim Pilotprojekt Power-to-Gas durch Strom und Elektrolyse in Wasserstoff umgewandelt werden soll.“

Batterie der Zukunft

„Power-to-Gas ist die derzeit einzige verfügbare Technologie, die große Mengen Energie speichern kann“, bringt Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, die Speichertechnik auf den Punkt. erdgas schwaben ist der drittgrößte Partner in der Thüga-Gruppe und treibt das Power-to-Gas-Projekt seit geraumer Zeit entschieden mit voran. „Einzigartig an dem Pilotprojekt ist unter anderem, dass die Power-to-Gas-Technologie direkt in das kommunale Erdgas-Verteilnetz einspeist wird“, erklärt Georg Radlinger, Leiter Erneuerbare Technologien erdgas schwaben. „Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, um die Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien und zur Speicherung von überschüssigem grünem Strom einzuleiten. Strom in Gas einzulagern und dazu das kommunale Erdgas-Netz zu nutzen, ist die Batterie der Zukunft. 50 Fachleute des Thüga-Verbundes, darunter maßgeblich erdgas schwaben, arbeiten derzeit an diesem Projekt.“

Die Anlage entsteht auf dem Werksgelände der Mainova Aktiengesellschaft in der Schielestrasse in Frankfurt am Main. Geplant sind drei Gebäudeeinheiten für den Elektrolyseur, die Mischanlage und einen Showroom, der für interessierte Besucher, zugänglich sein soll. „Die Wahl fiel auf Frankfurt, da dort die Infrastruktur zum Anschluss einer Elektrolyseanlage

bereits vorhanden war“, so Michael Riechel, Mitglied des Vorstands der Thüga AG. Zudem ist der erforderliche Mindesterdgasabsatz in dieser Region selbst im verbrauchsschwachen Sommer gewährleistet. Kernstück der Anlage ist ein Protonen-Austausch-Membran (PEM)-Elektrolyseur der Firma ITM Power. Die Projektpartner haben sich für diese Anlage entschieden, weil im Vergleich zu Alkali-Elektrolyseuren der Betrieb anstatt mit Kalilauge mit Wasser erfolgt und damit umweltschonender ist. Außerdem reagiert die Anlage aufgrund des PEM-Elektrolyseurs schneller auf eine veränderte Lastsituation im Stromnetz.

Ein weiterer Vorteil ist die kompakte PEM-Bauweise, denn auf derselben Fläche kann so eine höhere Leistung installiert werden. Die Anlage wird pro Stunde rund 60 Kubikmeter Wasserstoff erzeugen und in einer Stunde 3.000 Kubikmeter mit Wasserstoff angereichertes Erdgas in das Erdgasnetz einspeisen. Laut einer Thüga-Analyse soll im Jahr 2020 der Speicherbedarf bei 17 Terawattstunden liegen; zum Vergleich: der Strombedarf Augsburgs liegt bei zirka 0,3 Terawattstunden. Das kommunale Erdgasnetz könnte diesen Speicherbedarf komplett decken.

Nicht nehmen ließ sich die hessische Umweltministerin Lucia Puttrich diesen Termin. „Das Land Hessen unterstützt dieses zukunftsweisende Pilotprojekt für saubere Energie während der dreijährigen Betriebsphase mit 608.000 Euro an Fördergeldern. Die Anlage wird einen wichtigen Beitrag im Bereich der Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien leisten.“

Ende 2013 soll die Anlage erstmals Strom in Wasserstoff umwandeln und einspeisen. Bis 2016 werden die Unternehmen gemeinsam mit wissenschaftlichen Beratern Erfahrungen sammeln, wie die Anlage unter Praxisbedingungen funktioniert. Ab 2016 ist eine Erweiterung der Demonstrationsanlage geplant: Dann soll der Wasserstoff durch den Zusatz von CO₂ zu grünem Erdgas (CH₄) umgewandelt und in das Erdgasnetz eingespeist werden. „Damit wären wir in der Lage, innerhalb kürzester Zeit selbst grünes, sprich erneuerbares Erdgas herzustellen. Dieser Schritt ist ein wichtiger Meilenstein hin zu unserer erfolgreichen Energiewende“, betont

Georg Radlinger, erdgas schwaben.

Eine Analyse der Thüga ergab, dass der Speicherbedarf in 2020 bei 17 Terawattstunden (TWh) und in 2050 bereits bei 50 TWh liegen könnte. Die Erdgasnetze können diese Mengen prinzipiell komplett aufnehmen. Damit die Power-to-Gas Speichertechnolo-



Dr. Holger Klos (Mitte) stand beratend am denovo-Stand zur Verfügung.

„Überschussstrom“ aus Windenergieanlagen:

Das Methanisierungskonzept und das BioStadtgas®-Konzept im Vergleich

Von Dr. Holger Klos, denovo GmbH & Co KG

Strom aus erneuerbaren Energien - vor allem wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Oftmals liegt zu diesen Zeiten jedoch ein Überangebot an Strom vor und es existiert an bestimmten Standorten das Problem, diesen „Überschussstrom“ einzuspeisen. Statt z.B. Windkraftanlagen abzuschalten, kann man diesen Strom zur Erzeugung von Brenngasen, wie synthetisches Methan oder Wasserstoff/BioStadtgas® nutzen.

Unter dem so geprägten Begriff „PowerToGas“ wird vielfach die Umwandlung von Strom in synthetisches Methan (SynMethan) verstanden. Um SynMethan aus Strom zu gewinnen, müssen mindestens vier größere Verfahrensschritte durchgeführt werden: die Herstellung von Wasserstoff mittels Elektrolyse; die Herstellung/Aufbereitung von Kohlendioxid; die katalytische Umsetzung von Wasserstoff und Kohlendioxid zu SynMethan und WASSER; die Einspeisung ins Erdgasnetz.

Die katalytische Umsetzung zu SynMethan benötigt jedoch möglichst konstante Rahmenbedingungen, die Eingangsstoffe für diese Reaktion müssen eine hohe Reinheit besitzen und es gibt immer Nebenreaktionen. Aus anlagentechnischer Sicht kann es vernünftig sein, einen Teil des Stroms großer Off-/Onshore-Windparks für größere Methani-

gie ihr volles Potenzial entfalten kann, bedarf es zunächst einer zeitlich begrenzten Anschubfinanzierung in Form staatlicher Investitionszuschüsse, um eine gewisse Marktreife zu erreichen sowie einer gesetzlichen Verankerung dieser Technologie. So sollten zum Beispiel Anlagenbetreiber von Letztverbraucherabgaben befreit werden.

„Energiespeicher und damit auch die Power-to-Gas Technologie sind ein Schlüssel zum Gelingen der Energiewende. Für ihre Entwicklung brauchen wir in Deutschland langfristig ein zukunftsfähiges Marktmodell für den wirtschaftlichen Betrieb der Energiespeicher“, fordert Michael Riechel.

Thomas Wöber / erdgas schwaben; gibgas consulting+medien:

Energiewende in der Mobilität

Häufig wird der Energiewende nachgesagt, sie sei schuld an steigenden Kosten im Energiebereich. An der Tankstelle ist der Umstieg auf erneuerbare Energien in jedem Fall ohne Mehrkosten möglich: Der günstigste Kraftstoff in Deutschland ist derzeit der Kraftstoff CNG aus Erdgas und Biomethan. Er ist zudem sauber und fährt in Serienfahrzeugen ab Werk, so gibgas-Geschäftsführer Thomas Wöber.

Die Abkürzung CNG steht für Erdgas in komprimierter Form. Erdgas besteht zum überwiegenden Teil aus Methan. Zusätzlich kann dem Erdgas in beliebiger Form auch Biogas/Biomethan aus biogenen Abfall- und Reststoffen beigemischt werden, sofern es vorher gereinigt und Erdgas-Qualität gebracht wurde.

Der Kraftstoff CNG trägt zur Luftreinheit bei. So ist bei Fahrzeugen, die mit Erdgas/Biogas ab Werk ausgestattet sind, eine

Einsparung von 75 % Kohlenmonoxid gegenüber einem vergleichbaren Benziner feststellbar. Bei Kohlendioxid beträgt die Einsparung 25-90 % (je nach Einspeisegrad von Biomethan) und bei reaktiven Kohlenwasserstoffen 80 %. Gegenüber einem vergleichbaren Diesel-Fahrzeug sind Einsparungen von 95 % bei Stickoxiden, 10-90 % bei Kohlendioxid (je nach Einspeisegrad von Biomethan) und 99 % bei Rußpartikeln (Feinstaub) nachweisbar. Übrigens: Erdgas-Fahrzeuge haben die Option, erneuerbares und gereinigtes Biomethan tanken zu können. Derzeit ist bei über 25 % aller CNG-TS Biogas beigemischt.

Viele Automobilhersteller bieten mittlerweile Erdgas-Fahrzeuge an. Bereits in Serie verfügbar sind beispielsweise im Bereich kleine Fahrzeuge der FIAT Panda/Punto und VW up!, im Bereich Familien-Fahrzeuge VW Touran, OPEL Zafira Tourer oder VW Caddy. Im Mittel- und Oberklassesegment nannte Wöber den VW Passat und den Mercedes 200 NGT, im leichten Nutzfahrzeug-Bereich den IVECO Daily und Mercedes-Sprinter. Im Schwerlast-Verkehr schließlich kommen u. a. LKW von Iveco und Mercedes-Benz zum Einsatz. Im Herbst 2013 kommt von VW der Golf auf den Markt.

Neben Seat und Skoda hat nun vor allem Audi einen großen Schritt in die Mobilität der Zukunft unternommen. Im englischen Werlitz nahm der Automobilhersteller jetzt die weltweit erste Anlage zur Gewinnung von e-Gas in Betrieb. Hier wird aus regenerativ gewonnenem Strom und CO₂ synthetisches Methan zum Betrieb von Gasfahrzeugen hergestellt. Diese Power-to-Gas-Technologie eröffnet neue Möglichkeiten für eine nachhaltige Mobilität und die Energiewirtschaft der Zukunft.

Die Audi e-gas-Anlage nutzt den regenerativen Strom im ersten Schritt zur Elektrolyse – der Spaltung von Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff (Audi e-hydrogen). Dieser Wasserstoff könnte als Treibstoff für künftige Brennstoffzellen-Fahrzeuge dienen. Weil derzeit noch eine flächendeckende Infrastruktur fehlt, folgt ein zweiter Verfahrensschritt: Durch die Reaktion des Wasserstoffs mit CO₂ entsteht in der Methanisierungsanlage synthetisches erneuerbares Methan: das Audi e-gas. Dieses ist chemisch nahezu identisch mit fossilem Erdgas. Somit kann es durch das Erdgasnetz an CNG-Tankstellen verteilt und dort getankt werden.

Da nach Wöbers Auffassung jede Kommune eine Vorbildfunktion beim Einsatz von nachhaltiger Mobilität haben sollte, bietet sich die Aufnahme von CNG-Tankstellen für Erdgas und Biomethan im Bereich der Mobilität z. B. von bürgernahen Energie-Genossenschafts-Zielen an. Eine weitere Möglichkeit sei das gemeinsame Aufsetzen eines Tankstellenprojekts von Kommune, Energieversorger, Tankstellenbetreiber und der örtlichen Autohändler in Form einer gemeinsamen Gesellschaft (GmbH & Co.KG), um das Investment auf mehrere Schultern zu verteilen und auch Erlöse zu erwirtschaften. Auf Nachfrage vermittelt gibgas consulting+medien auch Kontakte zu Investoren.

DK

Fahren mit Bio-Erdgas

100% Bio-Erdgas tanken Sie in Gersthofen, Landsberg, Kaufbeuren, Nördlingen und Donauwörth!

bis zu 50 %
weniger Spritkosten

bis zu 95 %
weniger Schadstoffe

100 % Fahrspaß

Telefon 0821 9002-459
www.erdgas-schwaben.de

ERDGAS
Natürlich mobil

100

100 Jahre Innovation
erdgas schwaben

Mellon Design

Kommunen gründen Ammer-Loisach Energie

Neun örtliche Kommunen und die Energie Südbayern GmbH schließen sich in einer kommunalen Partnerschaft zusammen, um eine effiziente und günstige Versorgung mit Ökostrom zu gewährleisten. Alle zehn Partner sind zu gleichen Anteilen an der neuen Gesellschaft beteiligt.

Ab Sommer 2013 beliefert die Ammer-Loisach Energie GmbH Kunden in der Region mit umweltfreundlichem Ökostrom aus Wasserkraft, berät Verbraucher direkt vor Ort und stärkt als kommunaler Zusammenschluss die Wirtschaftskraft der Region.

Zeitgemäße Versorgung mit Ökostrom

Ziel ist es, den Bürgern vor Ort eine effiziente und zeitgemäße Versorgung mit Ökostrom aus regionaler Hand zu gewährleisten – ganz im Sinne eines eigenständigen, kommunalen Angebots von umweltfreundlicher Energie. „Weil wir unsere Heimat lieben“ lautet daher nicht umsonst das Motto der neuen Gesellschaft. Kunden der Region werden bereits ab Sommer 2013 mit günstigem und umweltfreundlichem Ökostrom aus Wasserkraft beliefert. Auf regionalen Veranstaltungen werden Mitarbeiter der Ammer-Loisach Energie demnächst auch mit Infoständen präsent sein – interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich hier direkt im persönlichen Gespräch informieren.

Die Ammer-Loisach Energie GmbH mit Sitz in Oberammergau ist ein Zusammenschluss der Gemeinden Bad Bayersoien, Bad Kohlgrub, Eschenlohe, Ettal, Grainau, Oberammergau, Oberau, Saulgrub und Unterammergau sowie der Energie Südbayern GmbH. Im Fokus des partnerschaftlichen Projekts steht neben der Wirtschaftlichkeit vor allem die Bewahrung regionaler Interessen. Das bewährte Prinzip des regionalen Wirtschaftskreislaufs ist hierbei Hintergrund und Zielsetzung gleichermaßen.

Durch eine wirtschaftliche Beteiligung der

Kommunen an der neuen Gesellschaft verbleiben auch die Gewinne bei diesen und können zum Wohle der Region und ihrer Bürger eingesetzt und lokal investiert werden. „Wir wollen die Stärken der Region durch das gemeinsame, wegweisende Engagement von neun örtlichen Kommunen bündeln, durch Investitionen weiter ausbauen und dabei die Umwelt nachhaltig erhalten“, erläutert Arno Nunn, Bürgermeister von Oberammergau und zugleich Geschäftsführer der neu gegründeten Gesellschaft.

„Im Hinblick auf zukünftige Erzeugungs- und Infrastrukturprojekte ermöglicht uns dieser Zusammenschluss eine heutzutage so dringend benötigte strukturierte und zugleich aus den Bedürfnissen der Region heraus entwickelte Herangehensweise.“

Durch attraktive Angebote und Tarife profitieren natürlich auch die Kunden selbst vom umweltfreundlichen Ammer-Loisach-Ökostrom. Mit garantierten Fixpreisen und marktnahen Vario-Tarifen ist für jeden Bedarf ein passendes Tarifmodell dabei.

Günstige Konditionen für Verbraucher

„Durch regionale Präsenz und persönliche Ansprechpartner vor Ort, gepaart mit der Bündelung von Synergien beim Stromeinkauf, möchten wir Vorteile und günstige Konditionen für die Verbraucher schaffen und uns so vom Wettbewerb absetzen“, erklärt Jürgen Hitz, Geschäftsführer der Ammer-Loisach Energie und zugleich Hauptabteilungsleiter Handel und Vertrieb bei Energie Südbayern. „Auf diese Weise entsprechen wir außerdem den Wünschen der örtlichen Bürger nach einer regionalen Energieversorgung, die sich durch Kompetenz, Stabilität und Transparenz auszeichnet.“

Im Internet findet man die Ammer-Loisach Energie und aktuelle Informationen zu Tarifen und Angeboten sowie viele Online-Services ab sofort unter: www.ammer-loisach-energie.de □

Christian Stettner / Südwärme AG:

Kommunen und Contracting

Wenn Kommunen sich heute bei Modernisierungsmaßnahmen oder Neubauten mit dem Thema Energie- und Wärmeversorgung beschäftigen, spielt eine Vielzahl von Aspekten eine Rolle, die eine Entscheidung nachhaltig beeinflussen. Viele Kommunen sehen sich dadurch gezwungen, eigenes Geld für aufwändige Anlagentechnik auszugeben. Das muss nicht sein. Mit Südwärme Energie-Contracting geht es einfacher und vor allem für alle Beteiligten wesentlich effizienter“, machte Christian Stettner deutlich.

Laut Stettner plant, baut, finanziert und betreibt der Contractor speziell auf das Objekt zugeschnittene Energieerzeugungsanlagen und versorgt zu einem festgelegten Preis auf der Grundlage von Versorgungsverträgen Immobilien aller Art mit Energie in Form von Wärme, Kälte und Strom.

Vorteile für Kommunen

Vor dem Hintergrund, dass die Wärmeversorgung der kommunalen Liegenschaften mit hohen Kosten verbunden ist, stellt Contracting eine gute Lösungsmöglichkeit dar, sagte Stettner. Vorteile für die Kommunen sind die Reduzierung des Investitionsstaus, die Einbindung externen Kapitals und externen Know-hows sowie Planungssicherheit, d. h. Kostensicherheit und -transparenz durch die komplette Übernahme der wirtschaftlichen Verantwortung. Zudem ist keine Rücklagenbildung für Instandhaltung, Reparatur und Erneuerung nötig. Durch die Bündelung der Einkaufsmengen kann der Bezug von Brennstoff finanziell günstig gestaltet werden.

Ausschreibung

Verfahrensschritte einer Ausschreibung sind die Vorbereitungsphase, die Bekanntmachungsphase sowie die Angebots- und Annahmephase. Zunächst wird eine qualifizierte Leistungsbeschreibung erarbeitet. Versorgungsaufgabe und Schnittstellen werden ebenso exakt definiert wie Leistungs- und Wertungskriterien für die eingehenden Angebote.

Abgabe von Angeboten

Mit der Bekanntmachungsphase ist die Veröffentlichung mit Aufforderung zur Abgabe von Angeboten verbunden. Eine Besichtigungsmöglichkeit muss diskriminierungsfrei gewährleistet werden. Die Frist zwischen der Veröffentlichung und der Angebotsabgabe beträgt 52 Tage. In Phase 3 schließlich werden die eingegangenen Angebote auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Plausibilität geprüft. Die nicht berücksichtigten Anbieter werden 15 Tage vor Zuschlag informiert.

Schlüssel zum Erfolg

Nach Ablauf der Frist kann der Vertrag geschlossen werden. Als Schlüssel zum Erfolg bezeichnete Stettner einen ausreichenden Zeithorizont, die VOL-Ausschreibung mit klaren Leistungs- und Liefergrenzen, eindeutigen Preisindizes sowie klar definierte Wertungskriterien, ein Ingenieurbüro mit Erfahrung in VOL-Ausschreibung, Wertung und Vergabeverfahren (eventuell rechtlicher Beistand) sowie die Unterstützung durch Ausschreibungsleitfäden.

Dank Südwärme Contracting glänzt beispielsweise das Ende 2012 eröffnete Freizeitbad „Badeparadies Sinsheim“ nicht nur durch exzellente Energieversorgungssicherheit, sondern produziert über 90 Prozent des benötigten Stroms über ein Blockheizkraftwerk selbst, erläuterte Stettner. Die hierbei anfallende Wärme wird zu 100 Prozent im Erlebnisbad genutzt. Diese wiederum

deckt alleine schon rund 60 Prozent des gesamten Wärmebedarfs ab. Da für die Versorgung drei Wärmeerzeugungsanlagen eingesetzt werden, besteht absolute Versorgungssicherheit.

Beispiel Freizeitbad

Die gesamte Anlage besteht aus einem BHKW mit 650 kW elektrisch und 900 kW thermisch, einem Gas-Niedertemperaturkessel mit 2.000 kW und einem Öl-Niedertemperaturkessel mit ebenfalls 2.000 kW für Spitzenlast und Redundanz. Gegenüber konventioneller Wärme- und Stromerzeugung spart die Badewelt Sinsheim mit Südwärme Contracting insgesamt 2.890 Tonnen pro Jahr an CO₂-Emissionen ein. Das entspricht einer Fahrleistung mit dem Auto bei einem CO₂-Ausstoß von 160 g/km (derzeitiger Flottenverbrauch in Deutschland) von ca. 21.050.000 km/a. Bei geschätzten 750.000 Badegästen im Jahr kann damit jeder Badegast rund 24 km CO₂-neutral anreisen.

Realisierte Projekte mit positiver Ökobilanz

An über 250 Standorten versorgt die Südwärme AG über 1.000 Gebäude mit Wärme, Kälte und/oder Strom. Die Wärmeleistung ihrer Energieerzeugungsanlagen liegt im Bereich zwischen 40 kW und 25 MW. Zu den realisierten Projekten zählen unter anderem die Nahwärmeversorgung Gundelfingen, die Nahwärmeversorgung Hiltpoltstein, das Nahwärme Schulzentrum Weinstadt sowie die Biomasseheizwerke Steingaden und Ingelheim.

Drei Objekte (Krankenhaus, Seniorenzentrum, Schule) werden in Igelheim über eine gemeinsame Heizzentrale dank enorm hoher Preisstabilität kostengünstig mit Wärme versorgt. Die Ökobilanz ist positiv. **DK**

Dirk Ohle / LichtBlick ZuhauseKraftwerk GmbH:

Eine intelligente Lösung: Das ZuhauseKraftwerk

„Energie ist unser Element. Seit 1998 kämpft LichtBlick dafür, dass in Deutschland die Energiewende Wirklichkeit wird. Mit Erfolg. Das Vertrauen von über 600.000 Privat- und Geschäftskunden hat uns zum Marktführer bei Ökostrom und Ökogas gemacht“, hob Dirk Ohle hervor.

Eines der stärksten Projekte von LichtBlick ist die Erzeugung von SchwarmStrom durch viele intelligente vernetzte ZuhauseKraftwerke. Diese werden von Volkswagen im Werk Salzgitter produziert und entsprechen den hohen Qualitätsstandards des Autokonzerns.

Herzstück des ZuhauseKraftwerks ist ein moderner Gas-Verbrennungsmotor. Nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung wandelt er in dem Mini-BHKW Gas in Strom um. Die dabei anfallende Wärme nutzt das ZuhauseKraftwerk zum Heizen. Die Wärme verbleibt in Pufferspeichern und ist unabhängig von der Stromerzeugung jederzeit abrufbar. Der Wirkungsgrad des ZuhauseKraftwerks liegt bei über 94 %. Das sorgt für eine effiziente und sparsame Energieversorgung – und für eine klimafreundliche CO₂-Bilanz.

Jedes ZuhauseKraftwerk wird mit der intelligenten Kommunikationseinheit „SchwarmStrom-Ready“ ausgeliefert. So kann LichtBlick viele tausend ZuhauseKraftwerke zu einem Großkraftwerk vernetzen. Dafür wird eine Software genutzt, die Licht Blick selbst entwickelt hat und die im Markt ihresgleichen sucht: der SchwarmDirigent. Er ist das Betriebssystem der Energiewende, steuert er doch die Anlagen präzise orientiert am Bedarf des Kun-

den und dem des Strommarktes.

Übrigens bietet die intelligente Kommunikationseinheit des ZuhauseKraftwerks weitere attraktive Vorteile: So erlaubt sie z. B. Monitoring und Fernüberwachung der Anlage über ein Webportal.

Wie der klimafreundliche Strom genutzt wird, entscheidet der Kunde. LichtBlick bietet zwei Varianten an: den Strom als SchwarmStrom ins öffentliche Netz einspeisen oder selbst verbrauchen. „Ihr Vorteil: Sie profitieren in jedem Fall von der Stromproduktion in Ihrem Heizungskeller“, so Ohle. Seine Technik, Leistungsstärke und Effizienz machen das ZuhauseKraftwerk besonders attraktiv für Neubauten und Sanierungen von Mehrfamilienhäusern, kleinen Gewerbebetrieben, Wohnungsbaugenossenschaften, Kirchen, Schulen, Kitas, Hotels und öffentlichen Gebäuden.

Für den Einbau müssen laut Ohle folgende Voraussetzungen erfüllt sein: „Sie sind bzw. Ihr Kunde ist Eigentümer des Objekts, in dem das ZuhauseKraftwerk installiert werden soll. Der Wärmeverbrauch liegt bei mindestens 70.000 kWh Gas bzw. 7.000 Liter Öl im Jahr. Das Objekt verfügt über einen Gasanschluss oder ein solcher kann installiert werden. Das Objekt bietet eine mindestens 10 Meter große Aufstellfläche (eine Aufteilung über mehrere Räume ist

möglich). Die Deckenhöhe des Aufstellraumes beträgt mindestens 1,95 Meter und der Weg dorthin ist mindestens 0,8 Meter breit.“

Die Vorteile auf einen Blick:

- effizient: umweltschonende und kostensparende Energieversorgung
- wirtschaftlich: schnelle Amortisationszeiten und attraktive Stromvergütung
- leistungsstark: hoher Wirkungsgrad bei geringem Brennstoffverbrauch
- zuverlässig: bewährte Motorenteknologie von VW, seriengefertigt in Salzgitter
- flexibel: individuelle Leistungspakete für jeden Bedarf
- intelligent: wahlweise Schwarm Strom-Einspeisung oder optionale Stromeigennutzung
- förderungsfähig: dank niedrigem Primärenergiefaktor und hoher Stromkennzahl
- umweltfreundlich: bis zu 60 % CO₂-Ersparnis.

LichtBlick-ZuhauseKraftwerke und das SchwarmStrom-Modell wurden 2011 mit dem „Innovationspreis Klima und Umwelt“ ausgezeichnet. Der Preis wird vom Bundesumweltministerium, dem Bundesverband der Deutschen Industrie und Fraunhofer ISI vergeben. Prämiert werden innovative Projekte, die die Vorreiterrolle Deutschlands beim Umwelt- und Klimaschutz unterstreichen. Das ZuhauseKraftwerk von LichtBlick setzte sich in der Kategorie „Produkt- und Dienstleistungsinnovation für den Klimaschutz“ durch. **DK**

Genießen Sie mit uns
die schöne Aussicht –
auf gemeinsame
Zukunftsperspektiven.



Energie Südbayern

Regionaler Partner der Kommunen

Seit 50 Jahren Energieversorger der Region. Unsere Leistungen:

- Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- Individuelle Beteiligungsmodelle

Erfahren Sie mehr unter www.esb.de

Energie Südbayern GmbH



IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

Coplan AG:

Lokale Initiative – regionale Weitsicht

Optimale Energienutzung ist keine Frage des Standpunkts, sondern intelligenter Konzepte und praktikabler Lösungen. Mit dem Leitfaden zum Energienutzungsplan (ENP) hat das Land Bayern hier beste Voraussetzungen geschaffen, um regionalen Initiativen die Tür zu öffnen.

Die Sicherung unserer Energieversorgung für die Zukunft gehört, wirtschaftlich wie politisch, zu den „Megatrends“ unserer Zeit. In Deutschland ist sie – was man spätestens seit Fukushima weiß – Kanzlersache. Zu einem Megatrend gehören entsprechende Megaprojekte. Desertec ist hier das klassische Beispiel. Denn: So global, wie wir uns die drohende Energiekrise herbeifürchten, so global sehen wir das Arsenal der Maßnahmen, das wir dagegen ins Feld führen wollen.

Was aber, wenn „mega-“ nicht zwangsläufig mit „mega-“ beizukommen ist, zumindest nicht beim Thema Energie? Was, wenn eine Vielzahl regional oder lokal forcierter Energie-Projekte jene zukünftige Rolle einnehmen werden, für deren Umfang wir ein Konsortium weltumspannender Konzerne vorgesehen haben?

Energienutzungspläne

Dass lokale Initiative und regionale Weitsicht in der Summe weit reichen können, zeigt das Beispiel der Coplan AG. Gerade bei der Umsetzung von Energienutzungsplänen (ENPs) zeigt das Ingenieurunternehmen aus dem niederbayerischen Eggenfelden beinahe exemplarisch, in welchen Spektralfarben das Thema bereits auf Länder- und Kommunalebene abgebildet ist. Aktuell erstellt Coplan den ENP für den Landkreis Straubing-Bogen mit insgesamt 37 Gemeinden.

Coplan-Vorstand Dr. Martin Steger zumindest ist fest davon überzeugt, dass die im Bereich der alternativen Energieversorgung gesammelten Erfahrungen in den kommenden Jahren auf weiteren fruchtbaren Boden fallen werden. Steger: „Die Möglichkeiten, welche „Energienutzungspläne“ bieten, sind unserer Meinung nach längst nicht ausgeschöpft. Fast jeder denkt bei dem Thema daran, wie konventionelle Energie eingespart oder durch alternative Energieträger ersetzt werden kann. Kaum jemand macht sich dagegen Gedanken darüber, wie der bereits vorhandene Energieausstoß besser genutzt werden kann.“

Bestes Beispiel, wie Ressourcenschonung mit gesteigerter Energieeffizienz verknüpft wird, ist die „Wärmelandkarte“, die Coplan im Rahmen eines Forschungsprojektes für die Landkreise Rottal-Inn und Coburg des bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit entwickelte. Voraussetzung für die komplexe Kartographie war die Verortung der Quellen und Senken durch den Einsatz eines Geoinformationssystems, mit dessen Hilfe, Abwärmquellen und potentielle Abnehmer für die Abwärme systematisch und flächendeckend lokalisiert und bewertet werden konnten.

Die Wärmelandkarte verzeichnet dabei beispielsweise Unternehmen, deren Produktionsbedingungen einen starken Wärmeüberschuss mit sich bringen und stellt diese, zunächst einmal geografisch, möglichen Bedarfsquellen (z. B. Privathaushalten) gegenüber. Die Erkenntnisse, die sich dabei herauslesen lassen, bilden die Voraussetzungen, um Maßnahmen zu entwickeln, die helfen, dass Überschüsse nicht einfach in die Luft geblasen werden, sondern ganz im Sinne einer effizienteren Ökobilanz einer Region genutzt werden können. Im Grund genommen wird dabei keine Energie gespart, sondern die vorhandene Energie wird besser ausgenutzt; mittelbar werden dabei, natürlich, auch hier Ressourcen geschont. Beispiele für Maßnahmen, mit denen das Gefälle von Wärmequellen und -senken ausgenutzt werden, sind der Aufbau eines Nah- oder Fernwärmenetzes, die Nutzung mobiler Wärmetransportmittel oder auch, sofern die Temperaturen hoch genug sind, die Verstromung der Wärme.

Erkenntnisse, wie sie z. B. aus der Nutzung einer Wärmelandkarte resultieren, können beispielsweise auch in die Umsetzung eines „Wärmeversorgungskonzepts“ fließen, mit der Coplan im Frühjahr 2012 vom Staatlichen Bauamt in Rosenheim beauftragt wurde. Umfassend mit Wärme versorgt werden sollten hier die Liegenschaften der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) in Grub bei Poing.

Konzeptarbeit

Ermittelt wurde zunächst der Wärmeverbrauch sowie die Nutzbarkeit und Effizienz möglicher Brenn- bzw. Inputstoffe zur Wärmeerzeugung und Biogasproduktion. Dazu wurde der Einsatz weitergehender Maßnahmen geprüft, so unter anderem die Erarbeitung von Nahwärmeversorgungskonzepten, die Chance, Fördermöglichkeiten in die Finanzierung einzubeziehen sowie, ganz allgemein, der Einsatz regenerativer Energien.

Ergebnis der Zusammenarbeit war schließlich die Einreichung von insgesamt acht Vorschlägen, welche die Aufgabe der Wärmeerzeugung in den Liegenschaften auf konzeptionell unterschiedliche Weise lösen. Darüber hinaus konnte im Rahmen der Konzeptarbeit ein geeigneter Standort für die Anlagen ermittelt werden. Die Entscheidung, welche Option in Zukunft tatsächlich umgesetzt wird, liegt derzeit beim Auftraggeber. Ebenso prüft das Bauamt in Rosenheim, von wo aus die finanziellen Mittel zur Umsetzung des Projekts bereitgestellt werden können.

Ein weiteres, nicht weniger or-

thodoxes Beispiel für intelligente Energienutzung bot der Bau zweier Photovoltaikanlagen im Landkreis Tirschenreuth. Auch hier wurde die Coplan AG mit der Planung betraut; auch hier konnten, auf ganz verschiedene Weise, zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Das Projekt: Auf einer Grundfläche von über 2,5 Hektar sollten hier auf dem Gebiet der Reststoff-Deponie „Steinmühle“ Solaranlagen mit einer Leistung von rund 1,3 Millionen Kilowattstunden jährlich installiert werden.

Projekt „Steinmühle“

Besonderheit des Projekts „Steinmühle“: Üblicherweise ist es schwierig und ökologisch umstritten (und darüber hinaus teuer), umfangreiche Freiflächen für das Aufstellen von Solaranlagen zu finden. Die Deponie bot für eine kostengünstige Zweitnutzung dieser Art eine geradezu ideale Lö-

sung; Deponierflächen sind nun mal, öffentlich, gewerblich wie privat, alles andere als begehrt. Coplan übernahm hier eine ganze Reihe von Aufgaben.

Neben der Betrachtung ökologischer und ökonomischer Faktoren, die im Bebauungsplan und Bauantrag berücksichtigt wurden und der Klärung der Einspeisevergütung nach der EEG in Verbindung mit einer Wirtschaftlichkeitsanalyse, war vor allem die konkrete Umsetzung eine echte Herausforderung. So unterliegt der Deponiekörper Senkungen unterschiedlichen Ausmaßes; zudem war die vorhandene Abdichtung der Deponie für die Fundamentierung zu berücksichtigen. Um eine maximale Effizienz der Anlage (Verschattungsfreiheit!) zu gewährleisten, bedurfte es einer optimalen Ausrichtung der Anlage. Um diese Effizienz mit einem störungsfreien Betrieb zu verbinden, wurde diese in mehrere „Teilanlagen“ gegliedert.

Seit dem 1. Oktober 2012 nun liefern 5600 Module von der Reststoff-Deponie Strom für rund 400 Haushalte. Die finanziellen Grundlagen für die Steinmühle steuerte – auch hier ist Name gleich Programm – das Förderprogramm „Alte Lasten – Neue Energien“ dazu.



Angeregtes Gespräch am Coplan-Stand.

Stefan Paulus / juwi Energieprojekte GmbH:

Energie für Kommunen und Stromdirektvermarktung

juwi ist der kompetente Partner für eine nachhaltige Energieversorgung mit regionalen Schwerpunkten. Gegründet wurde juwi 1996 von Fred Jung und Matthias Willenbacher in Rheinland-Pfalz. Heute beschäftigt das weltweit tätige Unternehmen mehr als 1.750 Mitarbeiter weltweit und erzielte nach Darstellung von Stefan Paulus im Jahr 2012 einen Jahresumsatz von ca. 1,1 Milliarden Euro.

Zu den Geschäftsfeldern der juwi-Gruppe zählen vor allem Projekte mit Solar-, Wind- und Bioenergie, aber auch Lösungen für die Direkt- und Eigenversorgung mit Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. juwi entwickelt zu dem Komponenten, um Strom aus erneuerbaren Energien günstiger zu machen. Speichertechnologien (z. B. juwi Home Power, der Batteriespeicher für Solaranlagen), nachhaltige Gebäudetechnik und Holzbrennstoffe runden das Portfolio ab.

Der Jahresenergieertrag beträgt ca. 3,5 Mrd. Kilowattstunden; dies entspricht dem Wasserstrombedarf von ca. 1.000.000 Haushalten.

Zahlreiche Referenzen

Bislang hat juwi im Windbereich ca. 640 Windenergie-Anlagen mit einer Leistung von über 1.250 Megawatt an über 100 Standorten realisiert; im Solarsegment sind es mehr als 1.500 PV-Anlagen mit einer installierten Leistung von 1.264 MWp und einem Jahresenergieertrag von ca. 1.264 Mio. kWh. Im Bioenergie-Bereich kann juwi zahlreiche Referenzen für Holzpellets-Produktionsanlagen, Biogasanlagen und Nahwärmenetze mit Contracting-Lösungen aufweisen. Für die Realisierung von Energieprojekten mit einer Gesamtleistung von ca. 2500 Megawatt hat juwi in den vergangenen 17 Jahren insgesamt ein In-

vestitionsvolumen von ca. 4,5 Milliarden Euro initiiert.

juwi baut Windparks in der Region, liefert Strom an Privathaushalte und agiert gleichzeitig als Projektierer und Energieversorger. Kein anderer Projektierer in Deutschland liefert seinen selbst erzeugten grünen Strom an private Haushalte.

Der Energieversorger arbeitet bundesweit mit Genossenschaften zusammen, die beispielsweise Bürger-Windparks bauen und betreiben. Fakt ist: Windenergie fördert die wirtschaftliche Wertschöpfung der Region. Einnahmen aus Pacht und Gewerbesteuer stärken die Finanzkraft der Kommune.

Beispielhafte Bürgerstromprojekte sind die Windparks Ellem, Wörrstadt und Alzey-Heimersheim. Die juwi-Liefergebiete liegen in Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen sowie im südlichen Nordrhein-Westfalen.

Die Vorteile des juwi Bürgerstroms liegen Paulus zufolge auf einer Hand:

1. Das Produkt „Strom“ ist konkret erlebbar
2. Strom aus der Heimat – für die Heimat
3. Günstiger Angebotspreis und Preisstabilität
4. Stärkung der regionalen Wirtschaft – Geld fließt nicht in Großkonzern oder ausländische Unternehmen



Als Teil der Green City-Gruppe wurde Green City Energy vor kurzem der Nachhaltigkeitspreis der Biobrauerei Neumarkter Lammsbräu verliehen.

Nina Hehn, Peter Keller / KlimaKom, Green City Energy:

Klimaschutzkonzept - und nun?

KlimaKom und Green City Energy sind eine erfahrene Kooperation aus einem alternativen Energiedienstleister und einem etablierten Kommunalberatungsbüro, wie Nina Hehn und Peter Keller darlegten. Beide bündeln das gesamte Angebotspektrum für Beratungs- und Managementdienstleistungen im Bereich Energie und Klimaschutz.

Das GCE-Team projiziert Erneuerbare Energieanlagen in den Bereichen Wind, Photovoltaik, Biogas und Wasserkraft von der Idee über die Realisierung bis hin zur Anlagenüberwachung. Durch Bürgerbeteiligungsmodelle erhalten private Anleger die Chance, direkt von der Energiewende zu profitieren. Die ökologischen sachwertorientierten Geldanlagen der GCE erzielen für bislang rund 3000 Anleger dauerhaft stabile und attraktive Renditen.

Neben der Projektentwicklung und ökologischen Geldanlagen bildet die Kommunale Energieberatung seit 2008 die dritte Säule in der Angebotspalette. Diese bietet Landkreisen und Kommunen fachliche und handlungsorientierte Unterstützung auf dem Weg zur lokalen Energieunabhängigkeit.

Auch kleinere Gemeinden können zu Vorreitern einer zukunfts-fähigen Energienutzung werden. Der sog. Energetische Dreisprung Energieeinsparung, Steigerung der Energie-Effizienz und Einsatz erneuerbarer Energien soll der Energiewende im Ländlichen Raum Bayerns zum Erfolg verhelfen.

Instrumente

Es sind im Wesentlichen die drei Instrumente Energiekonzept, Energienutzungsplan und Klimaschutzkonzept, die die Kommunen verwenden können, ihre ehrgeizigen Energiespar- und Klimaschutzziele zu verfolgen. Ein Energiekonzept, gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Zuschuss: für die ersten 100 Kommunen 75 %, in der Integration Ländlichen Entwicklung 75 %) und der Energienutzungsplan sind informelle Planungsinstrumente für Kommunen in Bayern zum Thema Energie.

Vergleichbar dem Grundgedanken des Flächennutzungsplans (FNP) in der räumlichen Planung zeigt der Energienutzungsplan ganzheitliche energetische Kon-

zepte und Planungsziele auf. Die Analyse des Ist-Zustands von Versorgung und Bedarf ist die Basis für eine Potentialanalyse mit einem groben Ausblick auf zu erwartende Entwicklungen.

Der Energienutzungsplan, mit 70 % gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, ist ein informelles (technisches) Planungsinstrument auf Grundlage der „Verortung“ von Daten. Er schafft ein übergreifendes Gesamtkonzept für die energetische Entwicklung einer Gemeinde und fördert die effiziente Nutzung möglicher Energiepotenziale. Er stellt wertvolle Grundlagen für Entscheidungen über energieeinsparende Sanierungsmaßnahmen oder alternative Energieversorgungskonzepte bereit. Der Schwerpunkt liegt bei erneuerbaren Energien, Wärme und Versorgungskonzepten. Die Einbindung und Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger sowie gesellschaftlicher Gruppen ist Querschnittsaufgabe über den gesamten Zeitraum der Konzepterstellung.

Klimaschutzkonzepte wiederum umfassen neben einer Energiebilanz stets auch eine CO₂-Komponente in den Berechnungen. Aus der Ist-Analyse wird eine Potentialanalyse mit Leitbild und Umsetzungsstrategie erstellt. Sowohl die Konzepterstellung wie auch die Umsetzung werden gefördert. Der räumliche Bezug ist dabei sowohl für die Bestands- und Potenzialanalyse als auch für die Konzeptentwicklung von großer Bedeutung. Nur wenn man weiß, wie Energiebedarf, Energieinfrastruktur und Energiepotenziale sowie mögliche Einsparungen räumlich verknüpft sind, können optimale Lösungen für die nachhaltige Energieversorgung einer Gemeinde gefunden werden.

Zusammen mit den Akteuren vor Ort wird ein konkreter Klimaschutzfahrplan zur Umstellung auf Erneuerbare Energien und CO₂-Minderung mit folgenden Inhalten erarbeitet:

- Erstellen eines Energieatlas (Wärme, Strom) für die Kommune
- Ermittlung der Potentiale für den Umstieg auf Erneuerbare Energien
- Darstellung der lokalen Wertschöpfungspotentiale und Hilfe bei der Erschließung
- Der gemeinsame Maßnahmenkatalog hilft dabei, erforderliche Investitionen und die CO₂-Minderung gezielt anzugehen.

Integrierte Klimaschutzkonzepte werden mit 65 % durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert.

DK

Generalplaner Architektur und Konstruktion Moderne Gebäudetechnik Tiefbau Baumanagement Umwelt- und Verfahrenstechnologien PLUSpunkte Denkmodelle	 COPLAN AG Consultants Architekten Ingenieure
Wir entwickeln Lebensräume	
 	
ENERGIE Potentiale 	
COPLAN AG Hofmark 35, 84307 Eggenfelden Tel.: +49 (0)8721 705-0 E-Mail: info@coplan-online.de, www.coplanag.de Berlin • Deggendorf • Dingolfing • Mühldorf • München Nürnberg • Passau • Regensburg • Weiden	

Regionaler Netzbetreiber ändert Marke:

Aus E.ON Bayern wird Bayernwerk

Reimund Gotzel neuer Vorsitzender des Vorstandes
Unternehmen investiert in 2013
rund 365 Millionen Euro in regionales Verteilnetz

Der regionale Netzbetreiber E.ON Bayern AG heißt seit 1. Juli Bayernwerk AG. Hintergrund der Namensänderung sind Anforderungen des Gesetzgebers und der Bundesnetzagentur. Netzbetrieb und Energievertrieb müssen noch klarer voneinander getrennt werden. Die Bayernwerk AG bleibt weiterhin für das Netz verantwortlich, nicht jedoch für die Belieferung mit Strom und Gas. Grundversorger und damit Energielieferant der Kunden ist in weiten Teilen des Netzgebietes die E.ON Bayern Vertrieb GmbH. Für deren Strom- und Gaskunden ändert sich durch die Umbenennung des regionalen Netzbetreibers nichts.

Reimund Gotzel (47) ist seit Anfang Juli neuer Vorstandsvorsitzender des Unternehmens. Gotzel ist seit 1992 im E.ON Konzern tätig und hat seither verschiedene Führungsaufgaben wahrgenommen, unter anderem als Geschäftsbereichsleiter Geschäftssteuerung bei der E.ON Energie AG. Von 2001 bis 2006 war Gotzel bereits Mitglied des Vorstandes der E.ON Bayern AG. Zuletzt war er Vorsitzender des Vorstandes der E.ON Thüringer Energie AG.

Enger Partner der Kommunen

„Unseren Auftrag sehen wir darin, die Energiezukunft in Bayern maßgeblich mitzugestalten“, erklärte der neue Vorstandsvorsitzende. Die Energienetze seien im Energiesystem von morgen Dreh- und Angelpunkt. Den Namen Bayernwerk betrachtet der neue Chef als klares Bekenntnis zur starken Verwurzelung in der Region, zur Regionalisierung der Energieerzeugung und der engen Verbindung zu den Kommunen im Versorgungsgebiet als wichtige Partner. Der Kernauftrag des Bayernwerks sei es, die Energiezukunft im Freistaat mitzugestalten, so Vorstand Gotzel.

Immer neue regenerative Energiequellen entstünden vor allen Dingen in der Fläche. Zudem baue die sogenannte dezentrale Erzeugung weiter zunehmend auf stark schwankende Energien wie Photovoltaik oder Wind. „Wir haben bislang über 230.000 Photovoltaik-Anlagen in unser Netz inte-

griert. Das sind nahezu 20 Prozent aller in Deutschland installierten PV-Anlagen“, so der Vorstandschef. Das regionale Verteilnetz des Bayernwerks transportiere damit schon heute nahezu zur Hälfte ausschließlich regenerative Energie. Man brauche daher ein Netz, das durch moderne, sogenannte smarte Technologien in der Lage sei, mit diesen Verhältnissen effizient umzugehen. Daran arbeite das Bayernwerk.

Netztechnik von morgen

Gemeinsam mit Partnern aus der Wissenschaft erforsche und entwickle man in unterschiedlichen Projekten die Netztechnik von morgen. Neben der Infrastruktur zähle die dezentrale, regenerative und effiziente Energieerzeugung zu den Standbeinen des Unternehmens. „Unsere Tochter Bayernwerk Natur betreibt rund 120 dezentrale Anlagen“, so der Vorstandsvorsitzende weiter. Unterschiedliche Energiedienstleistungen für Kommunen und mit der Gebäudeenergieberatung auch für private Haushalte ergänzen die unternehmerischen Handlungsfelder, die für die Energiezukunft in Bayern eine entscheidende Rolle spielen.

Hohe Investition in regionales Verteilnetz

365 Millionen Euro investiert das Bayernwerk im Jahr 2013 in seine Netze. „Der große Teil davon ist notwendig, um die Versorgungssicherheit in unserem Netz-



Der neue Bayernwerk-Vorstandsvorsitzende Reimund Gotzel. □

gebiet auf dem bekannt hohen Niveau zu halten. Rund 90 Millionen Euro davon investieren wir ausschließlich in energiewendebedingte Maßnahmen“, so Gotzel. Der weiterhin starke Zuwachs dezentraler Erzeugungsanlagen sei nur durch weitere Netzbaumaßnahmen zu stemmen. Um die hohe installierte PV-Leistung von rund 5.000 MW und die damit verbundene Erzeugung bei maximaler Einspeisung zu steuern, brauche man insbesondere neue Umspannwerke. „Bis Herbst 2014 sei der Bau neun weiterer Umspannwerken notwendig“, so Gotzel mit Blick auf das kommende Jahr.

Neuer Unternehmensname mit Tradition

Die Gestaltung der Energiezukunft in Bayern findet laut Reimund Gotzel in hohem Maße in den Regionen statt. Mit dem neuen Namen Bayernwerk setze das Unternehmen seine Arbeit in den bayerischen Regionen fort. Man unterstreiche mit der Marke Bayernwerk die bayerische Herkunft und die regionale Ausrichtung des Unternehmens. „Vor über 90 Jah-

ren hat das Bayernwerk begonnen, mit der Elektrifizierung Bayerns die Visionen Oskar von Millers umzusetzen“, so Gotzel mit Blick auf das alte Bayernwerk, das im Jahr 2000 mit der PreussenElektra zur E.ON Energie fusioniert wurde. Das neue Bayernwerk habe als Nachfolgeunternehmen des Regionalversorgers E.ON Bayern einen grundsätzlich anderen Unternehmenszuschnitt und sei im Kern Netzbetreiber. Damit spiele das neue Bayernwerk wieder eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der bayerischen Energiezukunft.

Kurzprofil Bayernwerk

Die Bayernwerk AG ist der größte regionale Netzbetreiber in Bayern. Mit rund 2.500 Mitarbeitern an mehr als 20 Standorten sichert das Unternehmen die Energieversorgung in weiten Teilen des Freistaats. Zu den Kernaufgaben des Bayernwerks zählen neben der sicheren Versorgung der Ausbau und die technologische Entwicklung der Netzinfrastruktur, die dezentrale Erzeugung und das Angebot unterschiedlicher Energiedienstleistungen. □

Matthias Schmuderer / E.ON Bayern AG:

Entwicklung von Windkraftprojekten in Bayern

In Bayern sind aktuell etwa 450 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 520 MW in Betrieb. 2010 betrug der Anteil der Windenergie am Stromverbrauch Bayerns 0,7 %. Im Jahr 2021 sollen es laut bayerischem Energiekonzept etwa 7 Prozent sein. Um diese Ziele zu erreichen, ist nach den Worten von Matthias Schmuderer vom E.ON Bayern-Partner enerbasics die Errichtung von etwa 1.500 neuen Windenergieanlagen bis zum Jahr 2021 erforderlich.

Schmuderer arbeitet bei enerbasics an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Ökologie und Öffentlichkeit. Das Unternehmen unterstützt unter anderem Kommunen und Bürger, die sich für Windkraftanlagen interessieren. Die erste Aufgabe liegt dabei zunächst in einer moderierenden und aufklärenden Funktion.

Laut Schmuderer sind der Norden und Osten Bayerns bestens für Windenergienutzung geeignet. Mittlere Gebiete sind zwar windschwächer, durch die technische Weiterentwicklung jedoch auch geeignet. Lediglich der Süden sei aufgrund der Alpennähe schwer bebaubar.

Bei Windkraftanlagen sei mittlerweile ein deutlicher Entwicklungsfortschritt festzustellen, führte Schmuderer aus. Typisch für Schwachwindanlagen seien ein größerer Rotordurchmesser und ein höherer Turmaufbau bei gleicher Leistung im Vergleich zu einer Starkwindanlage. Diese Entwicklung ermögliche eine effiziente Nutzung von windschwächeren Standorten.

Mit Blick auf die Entwicklung von Windkraftprojekten sind laut Schmuderer folgende Aufgaben vorzunehmen: Vorprüfung der Standorteignung, Standortsicherung, Validierung sowie Genehmigung.

Bei der Finanzierung von Windkraftanlagen sei zu unterscheiden zwischen Unternehmens- und Projektfinanzierung. Als Erlösanahmen aus Banksicht führte Schmuderer folgende Komponenten an:

1. Bewertung der Energieertrags-erwartung
2. Sicherheitsabschlag in Abhängigkeit von der Gesamtunsicherheit der Ertragsprognose zu Anhebung der Überschreitungswahrscheinlichkeit des prognostizierten Ertrags von 50% auf 75% (P75-Wert) bzw. 90% (P90-Wert)
3. Der Verfügbarkeitsabschlag ori-

entiert sich an vertraglicher Zusage und Erfahrungswerten in einer Spanne von 2-5 % (incl. Wartung).

Wesentliche Kriterien für Finanzierungen sind u. a.:

- Finanzierungslaufzeiten von 15 (max. 17 Jahre): Anpassung der Finanzierungslaufzeit an die Dauer der EEG Anfangsvergütung
- Die Fremdkapitalhöhe bestimmt sich allein aus dem Barwert der relevanten Projekt-Cashflows (typischerweise 70-75 %)
- Liquiditätsreserve für wind-schwache Perioden zwischen 30 % und 50 % in Abhängigkeit zur tilgungsfreien Zeit (typischerweise 1-2 Jahre)
- Ggf. Liquiditätsreserve für Großreparaturen in Abhängigkeit von Wartungs- und Instandhaltungskonzept.

Zur Absicherung fordert die Bank in folgende Verträge bzw. Vereinbarungen eingetragen zu werden: Eintrittsrecht in die Pachtverträge für Windkraft-Standorte; Dienstbarkeiten für Windkraft-Standorte und parkinterne Leitungen/Wege; Sicherungsübereignung der Windkraftanlagen; Abtretung Ansprüche aus Windkraftanlagen-Kaufvertrag; Abtretung Ansprüche auf Einspeiserlöse; Abtretung UST-Erstattungsanspruch; Nachweis BImSchG-Genehmigung und ggf. Baugenehmigung Umspannwerk; Nachweis Netzanschluss.

Um die Menschen direkt an der Energiewende zu beteiligen, hat enerbasics in Kooperation mit E.ON Bayern ein Modell für Energie- und Bürgergenossenschaften entwickelt. Hier können sich die Bürger gemeinsam mit den Kommunen, örtlichen Banken und Energieversorgern an verschiedenen Projekt-Gesellschaften beteiligen. Der Vorteil der Energiegenossenschaft ist, dass der Bürgerwille mit dem technischen und wirtschaftlichen Know-how verbunden werden kann. **DK**

OSTWIND kritisiert Wahlkampf:

Auf Kosten der Windkraft

Die Oberpfälzer OSTWIND-Gruppe, ein mittelständisches Familienunternehmen aus Regensburg, hat sich jetzt mit einem Brandbrief an die Öffentlichkeit gewandt. Hintergrund ist die Bundsratsinitiative von Ministerpräsident Horst Seehofer, in der Bayern gemeinsam mit Sachsen fordert, dass neue Windkraftanlagen zukünftig einen deutlich höheren Abstand zur Wohnbebauung einhalten.

Nach dem Wunsch des Ministerpräsidenten soll dieser der zehnfachen Anlagenhöhe entsprechen, was rund 2.000 m Abstand bedeutet. Laut einer detaillierten Flächenanalyse aus dem Hause OSTWIND wäre dies aber das Aus für neue Windenergieanlagen in Bayern – und das obwohl das Bundesland von den selbst gesteckten Zielen beim Ausbau der Windkraft noch immer meilenweit entfernt ist. Schon ab 1.200 m Abstand wären zusätzliche Standorte nur mehr äußerst schwer auszumachen.

Fatale Folgen

Dennoch lässt sich die Staatsregierung trotz Bedenken und Widersprüchen von renommierten Fachleuten, aus dem Bundesumweltamt, dem Landtag und der CSU selbst, vom Bund Naturschutz (BN) und dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW), von Industrie,

Gewerkschaften und Energiegenossenschaften sowie von Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen, Landräten und Landrätinnen nicht von ihrem Kurs abbringen - mit fatalen Folgen für viele Regionen im Freistaat.

Massiver Schaden

Schon jetzt, so kritisieren die beiden OSTWIND-Geschäftsführer Dr. Rolf Bungart und Jörg Zinner in ihrem Brandbrief, habe der abrupte politische Kurswechsel allen am Ausbau der Windkraft in Bayern Beteiligten einen massiven Schaden beschert. „Umfangreiche behördliche und fachliche Planungen sowie langfristig getätigte private und öffentliche Investitionen werden ausgesetzt oder gänzlich abgewürgt“, heißt in dem Schreiben.

Noch im Frühjahr hatte Seehofer der stark mittelständisch geprägten Windbranche Vertrauens-

(Fortsetzung auf Seite 11)



STEAG New Energies:

Gemeinsam Kurs auf die Energiewende nehmen

Dezentrale Strukturen werden für die Energielandschaft der Zukunft von hoher Bedeutung sein. Obwohl thermische Kraftwerke noch deutlich länger als bislang angenommen benötigt werden, um die Versorgungssicherheit der Stromerzeugung in Deutschland zu gewährleisten (Prognos-Studie 2012), werden dezentrale, effiziente und flexible Erzeugungseinheiten sowohl im konventionellen als auch im erneuerbaren Energiebereich in Zukunft das Bild der Energiewende prägen.

Wesentliche Träger dieser Wende sind die Stadtwerke und Kommunen, deren Strukturen schon heute dezentral sind. Doch viele Stadtwerke und Kommunen stehen vor einem Problem: zahlreiche Baustellen und hohe Investitionen. Insbesondere die Weiterentwicklung und Implementierung erneuerbarer Energien verlangt langjährige Betriebserfahrung, technisches Know-how und Kapitalkraft. Da ist es sinnvoll, zu

kooperieren, entweder mit anderen Kommunen bzw. Stadtwerken oder mit Unternehmen aus der privaten Energiewirtschaft. Und hier setzt das Angebot der STEAG New Energies an.

50 Jahre Erfahrung

STEAG New Energies, eine Tochtergesellschaft der STEAG GmbH, Essen, ist seit über 50 Jahren im Energiemarkt tätig und von

der dezentralen Energieversorgung kommand schon seit über 15 Jahren in der Energieversorgung aus erneuerbaren Primärenergieträgern in Deutschland aktiv. Der konsolidierte Umsatz beläuft sich auf über 250 Millionen Euro. Im Auslandsgeschäft (Polen, Frankreich) betätigt sich das Unternehmen seit 1998.

Klimaeffiziente Kraft-Wärme-Kopplung ist ein wesentlicher Schwerpunkt der maßgeschneiderten, nachhaltigen Energielösungen, die für kommunale und industrielle Kunden sowie für weitere Projektpartner in enger Abstimmung entwickelt werden. Das Unternehmen verfügt in rund 240 Anlagen über eine elektrische Leistung von mehr als 300 Megawatt

und einer thermischen Leistung von über 1.200 Megawatt. Die zum Einsatz kommenden erneuerbaren Primärenergien reichen heute von Wind und Biomasse über Bioerdgas bis hin zur Geothermie. Über 300 Megawatt der Wärme- und rund 250 Megawatt der Stromerzeugungsleistung betreffen EEG-Anlagen.

Ein neues Partnerschaftsmodell

STEAG New Energies ist selbst Gesellschafter und langjähriger Partner in über zehn kommunalen Beteiligungen (z. B. in Ilmenau, Rochlitz) oder im Auftrag von Zweckverbänden und Kommunen aktiv. So etwa in Neufahrn-Eching. Die beiden bayerischen Gemeinden Neufahrn und Eching wollen sich komplett aus erneuerbaren Energien versorgen. Angedacht ist ein Mix aus verschiedenen Energieträgern (Biomasse, Biogas, Geothermie, Windenergie), um für die Energiezukunft gut gerüstet zu sein. Dieses langfristige, ökologische Energiekonzept möchten die beiden Gemeinden mit STEAG New Energies zusammen erarbeiten und realisieren.

STEAG New Energies ist seit 1975 in Neufahrn aktiv. Derzeit betreibt das Unternehmen im Auftrag des Zweckverbandes Neufahrn-Eching ein Biomasse-Heizkraftwerk auf Basis Rest- und Altholz, das bereits die Wärmegrundlast in Eching und Neufahrn abdeckt und beide Gemeinden zu 50 Prozent mit „grünem“ Strom versorgt.

STEAG New Energies ist somit ein erfahrener und zuverlässiger Partner für eine neue kommunale Beteiligungsgesellschaft (NewCo), die sich in Vorbereitung befindet. Zusammen mit zehn ausgewählten Stadtwerken soll eine gemeinsame Gesellschaft gegründet werden, die in regenerative Energien investiert. STEAG New Energies wird eine Tochtergesell-



Das STEAG-Team Dr. Stephan Nahrath (Sprecher der Geschäftsführung), Peter Ney und Florian Eder (v. l.) gemeinsam mit GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel.

schaft gründen und 51 Prozent der Anteile an dieser Gesellschaft halten. Die übrigen 49 Prozent sollen an eine kommunale Beteiligungsgesellschaft gehen, in der die zehn kommunalen Partner ihre Aktivitäten bündeln können.

Strategische Ziele der NewCo werden sein: der Ausbau der Bioenergie, vor allem zur Biogaseinspeisung und zur Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung, Wachstum in der Windenergie onshore und Nutzung von Optionen im Bereich der Geothermie. Der geografische Fokus liegt auf Deutschland sowie Polen und Frankreich. Die Realisierung der Projekte soll im Wesentlichen durch Projektfinanzierungen in Projektgesellschaften unterhalb der NewCo erfolgen.

Während die Stadtwerke Projekte in die NewCo einbringen können, aber nicht müssen, hat sich STEAG New Energies dazu verpflichtet, alle Projekte, die im festgelegten strategischen Fokus liegen, der NewCo anzubieten. Diese einseitige Andienungsverpflichtung, die hier eingegangen wird, ist ein erster großer Vorteil, den die Stadtwerke in dieser Partnerschaft erzielen. In die neue Gesellschaft bringt STEAG New Energies aus seinem eigenen Bestandsgeschäft

Anlagen mit ein. Die in der kommunalen Beteiligungsgesellschaft engagierten zehn Stadtwerke beteiligen sich finanziell an der NewCo durch eine Kapitalerhöhung basierend auf den Buchwerten des von STEAG New Energies eingebrachten Bestandsgeschäfts.

Windpark Nidzica

In Nidzica/Polen, Region Ermeland-Masuren, hat STEAG New Energies ihren ersten Windpark in Polen realisiert. Der Windpark besteht aus vier Windkraftanlagen mit einer elektrischen Gesamtleistung von acht Megawatt. Der Rortordurchmesser der Anlagen vom Typ Vestas V90 misst 90 Meter, die Nabenhöhe 105 Meter.

STEAG New Energies investierte in das Projekt 13 Millionen Euro. Polen möchte basierend auf der 20-20-20 Strategie der EU in seinem Langfristprogramm bis 2030 einen 20 %-igen Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bzw. bis 2030 einen Anteil von rund 16 % am Gesamtenergieverbrauch (Ist 2009: rund 7 %) erreichen. Hierzu ist insbesondere bei der Windkraft ein Ausbau auf bis zu 6.000 MW im Jahr 2020 gemäß aktuellem nationalen Handlungsplan vorgesehen (2011: 2.200 MW).

Günther Huhn / Philips GmbH:

Energie- und Kosteneinsparung mit LED

EU-weit wurden in der Durchführungsverordnung für Büro-, Industrie und Straßenbeleuchtung (Tertiär) neue Anforderungen an die Mindesteffizienz bei Hochdruckentladungslampen festgelegt, was zur Folge hat, dass ab 13. April 2015 ineffiziente Hochdruck-Quecksilberdampflampen und Hochdruck-Natriumdampflampen das CE-Zeichen verlieren und somit vom Markt genommen werden, informierte Günther Huhn. Etliche ineffiziente Natriumdampflampen seien bereits Mitte April 2012 aus dem Produkt-Portfolio der Leuchtmittelhersteller gestrichen worden. Dabei gelte es zu beachten, dass für Hochdruck-Quecksilberdampflampen kein 1:1-Ersatz existiert.

Zahlreiche Kommunen hätten sich bereits von alten Leuchten und ineffizienten Leuchtmitteln getrennt und seien auf neue Technologien umgestiegen. Dabei sei der Wunsch nach einem breiten LED-Produktportfolio aus einer Hand offensichtlich. Hier sei die Beleuchtungsindustrie auf einem zukunftsorientierten Weg, der gekennzeichnet sei durch stetig steigende Effizienzen, einhergehend mit verbesserten Produkteigenschaften wie zum Beispiel Lebensdauer.

Auch in den kommenden Jahren würden die LED-Entwickler die Leistungsfähigkeit und die Energiebilanz der LED-Module weiter vorantreiben. Dennoch sei es angebracht, bereits heute über einen Umstieg von energieeffizienten Leuchtmitteln wie Hochdruck-Quecksilberdampflampen auf LED-Technik nachzudenken, anstatt noch ein paar Jahre zu warten. Mit einem Umstieg ab sofort lassen sich auch sofort die Energie- und Wartungskosten sowie der CO₂-Ausstoß deutlich verringern. Günther Huhn weiß aus seiner Praxis-Erfahrung, dass mehr als 85 % Energie-Einsparung möglich sind, abhängig von der Ausgangssituation einer bestehenden Altanlage.

Lohnendes Preisniveau

Moderne Beleuchtungstechnik ermögliche ein Preisniveau, das Straßenbeleuchtung mit LED nicht nur unter ökologischen, sondern auch unter ökonomischen Aspekten zur lohnenswerten Angelegenheit macht, betonte Huhn. Die Investition in die neue Technik amortisiere sich nach 10 bis 15 Jahren – und das bei einer für Straßenbeleuchtungsanlagen durchschnittlichen Nutzungsdauer von 30 Jahren.

Einen neuen Weg in der Straßenbeleuchtung geht Philips mit einem modularen Konzept, in dessen Mittelpunkt das LED-Modul LEDGINE steht. LEDGINE gibt es in unterschiedlichen Größen und Leistungsstufen, das die konventionellen Lichtquellen in allen Beleuchtungssituationen – für die Fußgängerzone bis hin zur

Hauptverkehrsstraße – ersetzen kann. Bereits heute sparen Leuchten mit LEDGINE-Modulen im Vergleich zur Hochdruck-Natriumdampflampen rund 20 Prozent. Gegenüber einer veralteten Anlage mit Quecksilberdampflampen lassen sich leicht mehr als 75 Prozent einsparen.

Die LED-Module seien leicht austauschbar und könnten mit jeweils noch effizienteren Modulen aktualisiert werden. Eine lange Nutzlebensdauer von bis zu 100.000 Stunden minimiere die Wartungskosten. Durch die Reduktion der Anfangslichtleistung (CLOu = Constant Light Output) könne Energie eingespart werden. Die Philips-Systeme seien wahlweise mit warmweißen, neutralweißen oder auf Anfrage auch mit kaltweißen LED erhältlich.

Neue Generation

Als Lichtquelle für Außenleuchten bietet Huhn zufolge auch die neue Generation der linearen Philips Fortimo-LED-Module (LLM) hohe Energieeinsparungen, reduzierte Wartungskosten und ein hochwertiges, weißes Licht. Im Vergleich zu einer Lichtlösung mit Kompaktleuchtstofflampen seien nicht nur bis zu 50 Prozent Energieeinsparungen möglich, mit 50.000 Stunden hätten die neuen LED-Module auch eine deutlich höhere Nutzlebensdauer.

Die speziell für das Fortimo-LLM-System entwickelten, programmierbaren Xitanium-Treiber verfügten über eine digitale Lichtregelung (Constant-Light-Output). Sie halte die Lichtleistung der LED-Leuchte während der gesamten Nutzlebensdauer automatisch konstant. Die geforderte Mindestbeleuchtungsstärke werde damit zu keiner Zeit unterschritten. Anlagen müssten bei der Planung deshalb nicht mehr „überdimensioniert“ werden. Das spare bis zu 15 Prozent Energie und Kosten.

Auch mit der dekorativen City-Spirit LED schlägt Philips ein neues Kapitel in Sachen nachhaltiger Stadtbeleuchtung mit weißem LED-Licht auf, berichtete Huhn. Sie verbinde umweltfreundliche,

langlebige Technologie mit modernem Design und spare mit einer maximalen Systemleistung des LED-Moduls im Vergleich zu einer Anlage mit 80-Watt-Hochdruck-Quecksilberdampflampen rund 72 Prozent Energie. Darüber hinaus wirke das weiße, blendfreie Licht natürlich und erhöhe mit seinen guten Farbwiedergabeeigenschaften die Attraktivität des urbanen Raums. Es stünden verschiedene Lichtverteilungen zur Verfügung, die eine optimale Anpassung an örtliche Gegebenheiten ermögliche. Die neue LED-Leuchte sei die ideale Lösung zur Sanierung alter Pilzleuchten-Anlagen.

CitySoul wiederum ist eine modular aufgebaute Leuchtenfamilie für die Straßenbeleuchtung, die durch hochmoderne LED- und Vorschaltgerätektechnologie sowie eine überragende lichttechnische Qualität überzeugt: Streulicht werde vermieden, statt dessen werde das Licht auf die zu beleuchtende Fläche gelenkt.

Mit den variablen Anbringungsmöglichkeiten als Mastansatz-, Mastaufsatz- oder Hängeleuchte sowie weiterem Zubehör ist sie außerdem äußerst flexibel und universell einsetzbar. Eingesetzt wird die CitySoul LED unter anderem bereits im Kreisverkehr Oberalteich in Niederbayern. Die höchst energieeffizienten Leuchtenfamilien LUMA und SpeedStar – eingesetzt u. a. im baden-württembergischen Kieselbrunn – erfordern minimalen Wartungsaufwand und bieten eine sehr lange Lebensdauer. Durch verschiedenste Lichtsteuerungen lassen sich weitere Energieeinsparungen erreichen.

Hohes Einsparpotenzial

Fazit: Gegenüber den heute noch am meisten verbreiteten Leuchtmitteln geht man bei LED von einem Einsparpotenzial von durchschnittlich 75 % aus. Die technische Entwicklung von LED hat in den vergangenen Jahren enorme Fortschritte gemacht. Lichtqualität und Lebensdauer genügen heute bereits gehobenen Ansprüchen. Zudem sorgen öffentliche Fördermaßnahmen dafür, dass sich die LED-Technologie rasch in großem Stil durchsetzen wird. Das am 31. März 2013 zu Ende gegangene BMU-Förderprogramm für das Umstellen alter ineffizienter Straßenbeleuchtung auf LED war sehr erfolgreich, viele Kommunen werden die Umsetzung noch weit bis ins Jahr 2014 realisieren. Über diesen Zeitraum hinaus gibt es für alle Gemeinden auch zinsgünstige KfW-Darlehen.

DK

Roland Grundmann / bmp greengas:

Einsatz von Biomethan im KWK-Betrieb

bmp greengas ist ein bundesweit tätiger Händler und Dienstleister mit Fokus auf den Biomethanmarkt. bmp greengas steht für „Biomethanplattform“ und wurde nach Informationen von Roland Grundmann Anfang 2007 als Biogashändler gegründet. Das Unternehmen hat sich seit Beginn der Einspeisung von Biomethan in das Erdgasnetz auf Handel und Dienstleistungen rund um Biogas spezialisiert und ist heute der größte unabhängige Biomethanhändler in Deutschland.

bmp greengas betreibt eine Handelsplattform für Biomethanprodukte unterschiedlicher Qualitäten. Dabei kauft bmp greengas Biomethan direkt bei Produzenten ein und beliefert deutschlandweit Kunden. Mit der Handelsplattform bündelt die bmp greengas Mengen und kann auf diese Weise für alle Marktteilnehmer vorteilhafte Marktbedingungen schaffen. Hierzu gehören unter anderem die zeitliche und qualitative Strukturierung von Liefermengen sowie ein sicherer Herkunftsnachweis, d. h.: Im Register erfasste und auditierte Mengen sind für den Kunden sichtbar und können von ihm beliebig gehandelt werden. Bei der Erstellung einer Bescheinigung für Letztverbraucher werden diese Mengen ausgebucht. Gleichzeitig fördert bmp greengas mit der Handelsplattform die Entwicklung eines liquiden Marktes für Biomethan.

Biogas liefert laut Grundmann einen wichtigen Beitrag zur Erreichung nationaler und internationaler Ziele für Erneuerbare Energien. In 2020 sollen 60 Mrd. kWh/a Biomethan eingespeist werden. Waren es Ende 2010 ca. 2,7 Mrd. kWh/a, sind es heute bereits ca. 6 Mrd. kWh/a. Grundmann: „Der Markt entwickelt sich, gehandelte Mengen und Liquidität wachsen. Hauptförderungsinstrument ist das Erneuerbare Energien Gesetz.“

Als Vorteile und Kundennutzen beim Einsatz von Biomethan im KWK-Betrieb nannte Grundmann Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Planbarkeit, CO₂-Einsparung und Nachhaltigkeit. Ökonomische Vorteile beim Einsatz von Biomethan seien Sicherheit und Planbarkeit von Erlösen (Festpreis für Stromvergütung auf 20 Jahre gesetzlich garantiert - EEG), Preisunabhängigkeit (Entkopplung des Biomethanpreises von übrigen Energiepreisen (Gas, Strom, Öl), Versorgungssicherheit (deutschlandweit Biogasanlagen und stark wachsender Markt) sowie Risikoreduzierung (Kosten und Erlöse fest auf zehn Jahre kalkulierbar).

Mit Blick auf den ökologischen Nutzen beim Einsatz von Biomethan wurden folgende Faktoren genannt: „Carbon footprint“ (Reduzierung Ihres ökologischen Fußabdrucks), Primärenergiefaktor (effektive Senkung und Anspruch auf Fördergelder), CO₂-Emissionen (Vorsorge für zukünftige Regulierung oder Besteuerung von CO₂-Emissionen), ökologischer Mehrwert (Unterstützung von Umweltzielen), Produktionsstandort Deutschland (regionale Wertschöpfung und Förderung ländlicher Strukturen).

Vorteile durch den Einsatz von Biomethan und bmp greengas sind Grundmann zufolge: Preis-

planbarkeit (Korridormodell mit einer maximalen Steigung von 2 % pro Jahr oder Vereinbarung eines Festpreismodells), Versorgungsunabhängigkeit (Unabhängigkeit von den großen Energiekonzernen), Versorgungssicherheit (diversifiziertes Portfolio - Bezug von zahlreichen Biogasanlagen und Handel in allen Marktgebieten), individuelle Vertragskonditionen (Biomethanqualität, Lieferstruktur und Mindestabnahmemengen individuell vereinbar), Fachkompetenz und Expertise (seit 2006 im Biomethanmarkt tätig - langjährige Erfahrung in Handel, Dienstleistung und Herkunftsnachweisführung), Umsetzungsverlässlichkeit (gesamte Abwicklung im Haus und verlässliche Durchführung durch langjährige Erfahrung), Flexibilität (inhabergeführtes Unternehmen - schnelle Reaktion auf neue Anforderungen des Marktes) sowie Innovativität. bmp greengas wurde 2009 mit dem „Innovationspreis dena biogaspartner 2009“ u. a. für die Entwicklung eines Herkunftsnachweissystems ausgezeichnet.

DK

BAYERISCHE
GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

GZ-Dokumentation

„Power für Bayerns Kommunen“

Redaktion: Doris Kirchner

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Andrea Bastian, Tanja Mönkhoff / SVB, BayernLB:

Finanzierung kommunaler Investitionen aus Kreditgebersicht

„Wenn es um die Finanzierung von Energieprojekten geht, haben Kreditgeber verschiedene Kriterien im Fokus“, hob Andrea Bastian (Referentin Kommunalkunden, Sparkassenverband Bayern) hervor. Dazu zählten die Bonität des Kreditnehmers (Eigenkapitalbelastung Kreditgeber), Fremdkapitalanteil, Sicherstellung, Projektkalkulation, Rendite des Projektes sowie die Prognostizierbarkeit der Erträge (Cash-Flow).

Am Beispiel Windenergie erläuterte Bastian die Finanzierungsmodalitäten. Ausgangspunkt für die Finanzierungsprüfung seien: Handelnde Akteure verfügen über ausreichend Erfahrung, Vorlage von mindestens zwei Windgutachten, Investitions-/Finanzierungsplan, Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sowie Cashflow-Modell als Basis, nur hinreichend erprobte Technik namhafter/ bonitätsstarker Hersteller, belastbares Vertragswerk.

Als Finanzierungsgrundlagen benannte Bastian einen geeigneten und gesicherten Anlagenstandort, ein genehmigtes Projekt, einen Netzanschluss (inklusive Kabeltrasse), eine gesicherte qualifizierte Errichtung, Betriebsführung

und Wartung, ein ausreichendes Versicherungskonzept und eine zwischen 25 % und 45 % liegende Eigenkapitalquote.

Finanzierungsstandards wiederum seien die Einbindung öffentlicher Fördermittel (z. B. LfA, KfW, EIB), wobei die Laufzeit mit einer tilgungsfreien Anlaufzeit in der Regel bis zu 15 Jahren beträgt, zudem eine Zwischenfinanzierung der Bauphase und der Mehrwertsteuer sowie Bürgschaften z. B. für den Rückbau.

Als Mindestanforderung an die Besicherung der Finanzierung führte die Verbandsreferentin Kommunalkunden folgende Komponenten an: Sicherungsübereignung der WEA (evtl. Grundschuld eintra-

gung), Abtretung der Einspeisevergütung, Abtretung aller Rechte aus den Nutzungsverträgen mit den Grundstückseigentümern, Eintragung von Dienstbarkeiten an den betroffenen Grundstücken (WEA-Betriebsrecht und Erdkabelrecht mit Vormerkungen für die Sparkasse), Abtretung aller Rechte aus den Werklieferungsverträgen, Wartungsverträgen und Versicherungsverträgen sowie Verpfändung von Kontoguthaben zur Kapitaldienstsicherung und zur Bardeckung der Avale (beispielsweise für Rückbau).

Passende Instrumente

Für unterschiedliche Investoren und verschiedene Maßnahmen werden Bastian zufolge die passenden Finanzierungsinstrumente eingesetzt. Die Projektgesellschaften würden meist als GmbH & Co.KG und insbesondere bei regionalen, kleineren Projekten auch

als (Bürger-)Genossenschaften umgesetzt. Eine „stille Beteiligung“ werde nur in Einzelfällen praktiziert.

„Wenn es bei kommunalen Projekten um die optimale Finanzierungsstruktur geht, bietet der Sparkassenverband Bayern eine große Bandbreite an Möglichkeiten“, fuhr Bastian fort. Dazu zählten die klassische kommunale Haushaltsfinanzierung, Fördermittelmanagement, optimierte Finanzierungsstruktur durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (kommunale Bausparverträge, Derivate), Projektfinanzierungen als kreditähnliches Rechtsgeschäft inklusive Bürgerbeteiligung, Leasing oder Contracting, PPP-Modelle (von der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bis zur Finanzierung), kommunale Verschuldungsdiagnose (KVD) zur Steuerung des kommunalen Kreditportfolios sowie seit Juni dieses Jahres der „S-Kompass“, ein Instrument zur kommunalen Schuldenverwaltung. Mittels dieser neuen Softwarelösung, einem „exklusiven Angebot der Sparkassen-Finanzgruppe“, können Städte, Landkreise und Gemeinden sowie ihre Eigenbetriebe unabhängige Finanzberichte erstellen und die Risiken künftiger Zinsentwicklungen simulieren.

Bei der aktiven Umsetzung der Energiewende begleitet die Sparkassen-Finanzgruppe die Kommunen bereits ab der Planungsphase und wartet u. a. mit fundiertem technischem Projekt-Wissen, einem bewährten Netzwerk mit Herstellern, Projektentwicklern, Betreibern und Verbänden, darüber hinaus einer breiten Datenbasis zur Plausibilisierung der (Wirtschaftlichkeits-)Konzepte und Abschätzung der Risiken, maßgeschneiderten Finanzierungslösungen, einer langjährigen Erfahrung in der Begleitung als Finanzierungspartner



Die Referentinnen Tanja Mönkhoff (l.) und Andrea Bastian. □

sowie Modellen zur Einbindung von Bürgerkapital auf. „Insgesamt ist die Sparkassen-Finanzgruppe mit einem breiten Netzwerk für individuelle Lösungen in der Region passgenau auf die Herausforderungen des Marktes aufgestellt“, bilanzierte Andrea Bastian.

Dass die Finanzierung eines Projektes „nicht unbedingt eine Projektfinanzierung im bankfachlichen Sinn“ ist, darauf machte Tanja Mönkhoff (Leiterin Vertriebsdirektion Kommunalkunden Bayern, BayernLB), aufmerksam. Eine Projektfinanzierung stelle eine Finanzierungsform ohne bzw. nur mit begrenzten Rückgriffsrechten auf die Sponsoren (non/limited recourse) dar und sei in sich geschlossen. Die Bedienung des Kapitaldienstes erfolge nur durch eingehende Cash Flows, die mit hoher Sicherheit prognostizierbar sein müssen. Notwendig sei eine intensive Prüfung der Tragfähigkeit des Financial Models auf Basis einer von Wirtschaftsprüfern zu erstellenden Due Diligence durch die Banken, so Mönkhoff. Zudem müssten Financial Covenants umfänglich besichert und vereinbart werden.

Laut Mönkhoff ist die Projektfi-

nanzierung aufgrund des hohen Aufwands und des Risikotransfers die teuerste Finanzierungsform. Im Bereich der Photovoltaik und der Windkraft werde sie bereits vielfach praktiziert. Für kommunale Geothermieprojekte sei eine echte Projektfinanzierung jedoch aufgrund extrem vieler Unsicherheitsfaktoren ungeeignet. Eine weitere Finanzierungsform ohne umfassende kommunale Haftung, nämlich die 80 % Kommunalbürgschaft sei für die AFK Geothermie GmbH, ein interkommunales Projekt der Gemeinden Aschheim, Feldkirchen und Kirchheim, gewählt worden. Das innovative Projekt wurde von der BayernLB zusammen mit der Kreissparkasse München Starnberg finanziert. Tanja Mönkhoff wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei einer Besicherung mittels 80 % Kommunalbürgschaften die finanzierenden Banken die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Projektes prüfen und ein Rating erstellen. Zudem müssten Investorenrisiken durch einen hohen Eigenkapitaleinsatz abgesichert werden. **DK**

Energetische Sanierung im Denkmalschutz

Die beste Energie ist die, die nicht verbraucht wird. Da ein Großteil des Energieverbrauchs auf Bestandsgebäude entfällt, ist mit der consequenten energetischen Gebäudesanierung ein hohes Energieeinsparpotenzial zu erreichen. Die öffentliche Hand als größter Immobilienbesitzer in Deutschland hat mit der energetischen Sanierung Ihres Immobilienbesitzes somit einen entscheidenden Schlüssel zur Realisierung der Energiewende in der Hand. Diese Schlüsselrolle führt letztlich auch zu einer besonderen Vorbildfunktion der Kommunen.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund den Instandhaltungszustand bei kommunalen Gebäuden, der durch verschiedene Studien bundesweit eindrucksvoll belegt ist, ist die Frage, wie die Kommunen dieser Vorbildfunktion nachkommen sollen, besonders drängend.

Oftmals stehen derzeit die Generalsanierungen der Gebäude aus den 70er und 80er Jahren im Mittelpunkt. Neben diesen Gebäuden befinden sich aber auch viele denkmalgeschützte Gebäude bzw. besonders erhaltenswerte Bausubstanz im Besitz der Kommunen. Schon bei „normalen“ Gebäuden ist oft der Spagat zwischen möglichst effizienter Sanierung und damit verbundener Vorbildwirkung einerseits, sowie Wirtschaft-

lichkeit und Erhalt der besonderen Bausubstanz andererseits eine große Herausforderung.

Neben den sonstigen investiven Aufgaben der Kommunen, überfordern diese aufwendigen Sanierungsprojekte viele Kommunen auch in Zeiten positiver wirtschaftlicher Entwicklung. Umso wichtiger ist es, dass Bund und Länder die finanziellen Belastungen der Kommunen ganz generell erkannt und bereits weitgehende Entlastungsmaßnahmen beschlossen haben. Im Rahmen von Zuweisungen und Zuschüssen oder durch staatliche Förderkreditprogramme werden die politisch besonders brisanten Zielsetzungen, wie z. B. „die Energiewende“ auch ökonomisch gezielt flankiert.

Die bayerischen Kommunen können dabei das spezielle Angebot der BayernLabo als Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern nutzen. In Zusammenarbeit mit der KfW bietet die BayernLabo derzeit drei Förderprogramme an: Energiekredit Kommunal Bayern, Inklusionskredit Kommunal Bayern und Investkredit Kommunal Bayern.

Die drei Kredite können bei anstehenden kommunalen Projekten kombiniert werden und ermöglichen somit eine außerordentlich zinsgünstige Finanzierung z. B. von Sanierungsmaßnahmen. Die bayerischen Förderprogramme der BayernLabo bieten den Kommunen neben der Förderung auf Bundesebene durch die KfW einen weiteren, eigenen bayerischen Fördervorteil in Form einer zusätzlichen Zinsverbilligung. Voraussetzung ist dabei die direkte Antragstellung bei der BayernLabo.

Speziell die energetische Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur wird durch den Energiekredit Kommunal Bayern gefördert. Voraussetzung ist dabei die Erreichung des KfW-Effizienzhausstandards Denkmal durch die Sanierungsmaßnahme. Dann steht neben der Finanzierung von maximal 500 Euro pro qm Nettogrundfläche zusätzlich auch ein Tilgungszuschuss von 2,5 % des zugesagten Kredits zur Verfügung. Der Endkreditnehmerzinssatz beläuft sich dabei derzeit auf 0,00 % (Stand Juli 2013). Zusätzlich können noch bis zu 5 tilgungsfreie Jahre in Anspruch genommen werden.

Die starke Förderung bei auf den Denkmalschutz zugeschnittenen, reduzierten technischen Anforderungen spiegelt die Priorität der Realisierung der Energiewende auch im historischen Gebäudebestand der Kommunen wider und eröffnet so neben der Nutzung von erneuerbaren Energiequellen einen weiteren Schwerpunkt bei der Energieeinsparung.

In Ergänzung zu den Zuschüssen des Freistaats Bayern zu den unterschiedlichsten Förderschwerpunkten im Bereich der Energiewende, bietet die BayernLabo mit ihrem Angebot in der Kommunalfinanzierung einen optimalen Finanzierungsmix aus Förderprogrammen und zinsgünstigen Kommunalkrediten an, die Investitionen bayerischer Kommunen erleichtern und fördern. □



OSTWIND befürchtet das „Aus“ für neue Windenergieanlagen in Bayern. □

Auf Kosten der ...

(Fortsetzung von Seite 9) schutz sowie Planungs- und Investitionssicherheit zugesagt. Den Landkreisen und Kommunen versprach er, dass auch bei der Nutzung der dezentralen und regenerativen Energiequelle Wind die heimische - sprich bayerische - Wertschöpfung im Vordergrund stehe.

„Dass Bayern jetzt die erst vor zwei Jahren beschlossene - und zunächst durchaus engagiert und konsequent angegangene - Energiewende wieder ausbremst und den nach Fukushima hoch und

heilig versprochenen Atomausstieg weiter hinausschiebt, lässt viele verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger am ersten Willen wie auch an der Fähigkeit zum Umbau unserer Energieversorgung zweifeln“, mahnt das Regensburger Windkraftunternehmen. „Ein Wahlkampf auf Kosten der Windkraft gefährdet die Energiewende und verlängert die Atomlaufzeiten in Bayern.“

Der vollständige Text des Brandbriefs kann unter <http://bit.ly/16DonUg> abgerufen werden. □

Nehmen Sie die Energiewende in die Hand

Mit dem Energiekredit Kommunal Bayern fördern wir die energetische Sanierung Ihrer Gebäude der kommunalen und sozialen Infrastruktur.

Informieren Sie sich unter ► www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

Bayern Labo

Arno Pöhlmann / LEW:

Batteriespeicher für Photovoltaik

Gemeinsam mit der RWE Effizienz GmbH durchgeführte Tests haben beim Einsatz von Batteriespeichern zu ersten Ergebnissen geführt, stellte Arno Pöhlmann, Lechwerke AG fest. Positiv aus Kundensicht sei dabei gewesen, dass es im Testzeitraum keinerlei Störungen gab und festgestellt werden konnte, dass im Haushalt ein Eigenversorgungsgrad von bis zu 80 % realisierbar ist.

Der Batteriespeicher lädt tagsüber, entlastet das Netz und gibt den eigenen Strom in der Nacht wieder ab. Neben der Batteriekapazität ist es auch wichtig, ob die Speicher ein- oder dreiphasig (W/D) arbeiten und welche maximale gleichzeitige Stromentnahme möglich ist.

Die wirtschaftliche Nutzbarkeit eines Batteriespeichers hängt laut Pöhlmann davon ab, wann die Photovoltaikanlage in Betrieb gegangen ist. Für zwischen 2001 und 2008 errichtete PV-Anlagen sei die Investition heute wirtschaftlich nicht vertretbar, weil der Staat auf 20 Jahre eine gleichbleibend hohe Einspeisevergütung garantiert. Erst wenn diese ausläuft, werde es interessant.

Wirtschaftlichkeit

In der Zeit zwischen 2009 und 31. März 2012 wurde für den Selbstverbrauch eine zusätzliche Vergütung bezahlt; die Summe aus vermiedenem Strombezug vom EVU und Zusatzvergütung liegt über der Vergütung für Einspeisung.

Seit 1. April 2012 wurde die Vergütung des Selbstverbrauchs eingestellt. Die Strombezugskosten liegen über der Einspeisevergütung. Deswegen rechne sich der Batteriespeicher nicht mehr so gut. Pöhlmann: „Mit jeder Reduzierung der EEG-Vergütung wird der Batteriespeicher wirtschaftlicher.“

Staatliche Förderung

Seit 1. Mai 2013 existiere eine staatliche Förderung. Vorläufig nur für neue PV-Anlagen < 30 kWpeak mit Batteriespeicher ist eine Bezuschussung durch das Bundesumweltministerium möglich. Dieser Zuschuss ist abhängig von der PVpeak-Leistung sowie den Kosten des Batteriespeichers und beträgt 30 %, maximal jedoch 660 Euro/kWp.

Haushalte können KfW-Darlehen mit 100 % Auszahlung und einer Laufzeit von bis zu 20 Jahren in Anspruch nehmen (siehe KfW-Programm Erneuerbare Energien „Speicher“). Bei Batteriedefekt garantiert der Händler innerhalb von sieben Jahren den Ersatz des Zeitwerts.

Kunden seien nach eigener Aussage am Batteriespeicher wegen Energie-Autarkie und der Angst vor nicht mehr bezahlbaren Energiepreisen interessiert, informierte Pöhlmann. Der Gedanke an eine gute Rendite stehe dabei explizit nicht an erster Stelle. „Bei heuti-

gen Investitionskosten und Strompreisen für Einspeisung und Bezug rechnen sich Speicher trotz Förderung noch nicht, aber wohl bald. Aufgrund der Faktoren Autarkie, Altersvorsorge und Förderung sowie bei sinkenden Investitionskosten wird die Nachfrage steigen“, prognostizierte der LEW-Repräsentant.

Problematisch aus Sicht des Netzbetreibers sei der Umstand, dass in den kurzen Sommernächten Haushalte kaum Energie verbrauchen. Der Speicher sei am Ende der Nacht noch gut gefüllt und könne deswegen Lastspitzen kaum aufnehmen. Im Winter dagegen ließen Bewölkung und Schnee die Stromproduktion aus PV auf Null absinken. Der Speicher laufe leer und der Kunde belaste das Netz in vollem Umfang. Die Netzspitze steige und der Stromabsatz sinke.

Mc Kinsey Studie

Nach Pöhlmanns Auffassung werden die Entwicklung der Energiepreise für Strombezug, aber auch für Heizöl und Erdgas, die Entwicklung des EEG sowie die Entwicklung der Investitionskosten für Batteriespeicher über der Durchsetzung entscheiden. Eine McKinsey Studie gehe im Zeitraum bis 2020 von stark fallenden Batteriepreisen aus. „Heute kostet ein kleiner Speicher komplett montiert zwischen 2000 und 3500 Euro/kWh. 2020 könnten es nur noch 1000 Euro/kWh sein.“

Entwicklung aller Märkte

Dies sei freilich nur dann zu erreichen, „wenn alle Märkte gemeinsam entwickelt werden“. Bislang galt die ungeteilte Aufmerksamkeit dem Strommarkt. „Heute werden Plusenergiehäuser gebaut, die nur noch 20 Kilowattstunden Wärme je Quadratmeter und Jahr benötigen. Bei einem 150 qm-Haus nach KfW40-Standard und eingebauter Wärmepumpe verbraucht die Heizung noch etwa 2000 Kilowattstunden Strom; das ist die Hälfte des sonstigen Haushaltsverbrauchs“, verdeutlichte Pöhlmann.

Er verwies darauf, dass die Wärmepumpe nach heutigem Recht nicht auf das PV-Angebot auf dem Hausdach zurück greifen kann. „Selbstverbrauch geht nur entweder für den Haushalt oder für die Wärmepumpe. Diese Regelung entspricht nicht mehr dem heutigen Zeitgeist.“ Deshalb sollten lastvariable Strompreise zur Rege-

lung von Angebot und Nachfrage eingeführt werden. Dies scheitere jedoch an den hohen Abgaben und Steuern im Strompreis: „Diese sind unabhängig von Angebot und Nachfrage jeweils in gleicher Höhe fällig und verhindern eine Preisdif-

Hinweis:

Die Vorträge und Präsentationen unserer Referenten stehen im Internet unter www.gemeindezeitung.de zum Download bereit. □

ferenzierung. Lastvariable Tarife mit deutlichen Preisunterschieden in Abhängigkeit vom Markt würden die Netze stabilisieren.“

Mit drei Wünschen an die Poli-

Alexander Steinherr / Huber SE:

Heizen und Kühlen mit Abwasser

Abwasser enthält Wärmeenergie, die mit Hilfe von Wärmepumpen entzogen und zurück gewonnen werden kann. Beim Huber ThermWin®-System wird nach Darstellung von Alexander Steinherr Abwasser aus dem Kanal entnommen, gesiebt, durch einen überirdisch aufgestellten Wärmetauscher gepumpt und letztendlich zusammen mit dem Siebgut in den Kanal zurückgeführt. Aufgrund der Vorsiebung kann ein kompakter und preiswerter Wärmetauscher eingesetzt werden, in dem eine definierte, turbulente Strömung für einen guten Wärmeübergang sorgt.

Wichtigster Bestandteil dieser zukunftsweisenden Entwicklung ist der Abwasserwärmetauscher RoWin. Er steht in direktem Kontakt mit dem kommunalen Abwasser und besteht im Wesentlichen aus einem Edelstahlbehälter, in dem sich mehrere Rohrschleifen befinden. Durch den Behälter wird warmes Abwasser, durch die Rohrschleifen kühles, reines Wasser geleitet. Aufgrund der sehr guten Wärmeleitfähigkeit von Edelstahl und der durch geschickte Konstruktion erreichten verhältnismäßig großen Austauschfläche findet ein überdurchschnittlicher Wärmeübergang statt. Mit dem aufgewärmten Klarwasser kann nun die Wärmepumpe beschickt werden.

Präventivreinigung

Dem drohenden Einfluss von Biofouling wird durch eine Präventivreinigung vorgebeugt. Die Ablagerungen, die zu einer Verringerung des Wärmeübergangs führen können, werden frühzeitig entfernt. Am Behälterboden sorgt eine Ausstragsschnecke dafür, dass Sedimente dem System ab-, und dem Kanal zugeführt werden. Da sich der Wärmetauscher nicht im Kanal, sondern oberirdisch bzw. in einem Kellerraum befindet, ergeben sich

tik schloss Pöhlmann seine Ausführungen:

1. Denken Sie immer an den Gesamtenergieverbrauch in den Bereichen Wärme, Mobilität und Strom. Es macht keinen Sinn, Strom einzusparen wenn dadurch wertvolle fossile Brennstoffe verfeuert werden müssen. Eine Gesamtenergiebilanz entscheidet über das Gelingen der Energiewende in Deutschland.
2. Strom kann heute an jedem Standort aus Erneuerbaren Energien oder aus Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt werden. Unterstützen Sie die Möglichkeiten, die sich künftig aus einer Kombination von dezentraler und zentraler Energieversorgung ergeben.
3. Wirksame lastvariable Strompreise in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage sind heute wegen der hohen Steuer- und Abgabenanteile (Ct/kWh) nicht möglich. Lassen Sie auch das smart-grid und die sich daraus ergebenden Steuermöglichkeiten im Netz durch sinnvolle Steuer- und Abgabenbelastungen und -entlastungen zu einem Erfolg werden.

DK

Dr. Thomas Reif / Gaßner, Groth, Siederer & Coll.:

Energiewende erfolgreich umsetzen – trotz Politik!

Zehn Jahre Energie-Projekterfahrung zeichnen die Rechtsanwaltskanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll (GGSC) aus. „Wir helfen Kommunen und Privatinvestoren, (erneuerbare) Energieprojekte zu initiieren und umzusetzen, Versorgungsunternehmen zu gründen bzw. zu betreiben, bestehende Versorgungsunternehmen um weitere Sparten zu erweitern (z. B. regenerative Stromproduktion oder Wärmeversorgung) und Versorgungsstrukturen optimal (neu) zu gestalten“, betonte Dr. Thomas Reif.

„Dabei“, so Reif weiter, „unterstützen wir in allen betriebswirtschaftlichen und unternehmensorganisatorischen Fragen, rechtlichen Themen und helfen bei Projektfinanzierung und Fördermitteln“.

Reif wies eingangs darauf hin, dass Energiewende und Stromwende nicht gleichzusetzen seien. Rund 50 % der Primärenergie in Deutschland würden zur Wärmeversorgung (Heiz- und Prozesswärme) benötigt. Das EEG stelle einen nach wie vor wichtigen Baustein für die Energiewende bei der Stromerzeugung dar. „Hier - aber nur hier - gibt es erhebliche Verunsicherung!“, stellte Reif fest.

Wichtiger Förderpfeiler

Das Marktanreizprogramm der KfW sei ein wichtiger Förderpfeiler für die Energiewende bei der Wärmeversorgung. Hier gebe es sogar Verbesserungen. Zudem sei festzustellen, dass alle Erneuerbaren Energien zunehmend marktfähig werden.

Zahlreiche Kommunen in Bayern stünden für eine erfolgreiche Energiewende bei der Wärmeversorgung, fuhr Reif fort. Die wettbewerbsfähigen Wärmegestehungskosten beliefen sich auf 30-40 Euro/MWh, gestützt auf Biomasse, Holzhackschnitzel, Biogas und künftig auch auf Tiefe Erdwärmesonden und Tiefe Geothermie. Bei geringer Netzlänge und vielen Anschlüssen sei die Projektwirtschaftlichkeit optimal. Eine mögliche Wirtschaftlichkeit ergebe sich ab 1-1,5 MWh/m. Höhere Wärmegestehungskosten

mitgeführte Störstoffe. Der gesamte Wärmeaustausch findet hierbei auf intelligente Art im Abwasserkanal statt und durch einfache Verlängerung der Wärme-Austauschstrecke ist das Gesamtsystem hervorragend an erforderliche Situationen anzupassen.

Schonung der Umwelt

Dem Abwasserstrom wird somit Energie entzogen, die mittels einer Wärmepumpe auf ein nutzbares Temperaturniveau von 35 bis 55 °C gebracht wird. Teuer bezahlte Energie aus Dusch- und Kochabwässern kann somit in den Wärmekreislauf des Gebäudes zurückgeführt werden und schont nicht nur den Geldbeutel, sondern auch die Umwelt.

Das Projekt „Heizwärme aus dem Abwasserkanal“, das das Un-

ließen sich bei günstigen Netzstrukturen, ungünstige Netzstrukturen bei günstigen Wärmegestehungskosten kompensieren. Vorgelagerte Insellösungen stellen eine temporäre Optimierungsmöglichkeit dar.

Um die EEG-Umlage zu vermeiden, bietet es sich Reif zufolge an, die Stromerzeugungsanlage zur Eigenversorgung zu betreiben. Möglich sei dies auch als Teilversorgung (Überschusseinspeisung kompatibel mit Marktintegrationsmodell). Nicht möglich seien in diesem Zusammenhang eine Direktbelieferung, eine Durchleitung durchs Netz oder ein Verbrauch in räumlichem Zusammenhang zur Stromerzeugungsanlage. Verbesserte Förderungen im Marktanreizprogramm der Bundesregierung (MAP) erfahren laut Reif reine Wärmevorhaben und wärmegeführte Anlagen sowie Stromprojekte oder KWK-Projekte.

Fazit: Die Bundespolitik hat der (Strom)Energiewende mit der „Beschädigung“ des EEG die Investitionssicherheit entzogen. Die Kommunale Energiewende ist aber mehr als regenerative Stromerzeugung. Die Energiewende in der Wärmeversorgung hängt nicht am EEG und ist längst unter Wettbewerbsbedingungen verwirklicht. Die Energiewende in der Stromerzeugung wird zunehmend auch ohne EEG marktfähig. Direktvermarktung, Eigenverbrauch und vor allem Kraft-Wärme-Kopplung bieten Kommunen bereits heute vielfältige Möglichkeiten. Eine Ausweitung des „Grünstromprivilegs“ wäre nach Reifs Ansicht sehr hilfreich. **DK**

ternehmen in Zusammenarbeit mit der Stadt Straubing/Stadtentwässerung und der GFM beratende Ingenieure GmbH umsetzte, versorgt in Straubing 102 Wohneinheiten mit rund 65 Prozent des Wärmebedarfs über das Abwasser. Bei diesem Objekt mit guter Wärmedämmung entspricht das jährlich knapp 350.000 kWh.

Ermöglicht wird diese Einsparung durch ein Verfahren, bei dem die Wärme des Abwassers durch einen speziellen Wärmetauscher entzogen wird. Eine Wärmepumpe passt die Temperatur der entzogenen Abwasserwärme der benötigten Heiztemperatur der Wohnungen an. Im Vergleich zur Erd- und Grundwasserwärme punktet die Abwasserwärmenutzung mit ganzjährig hohen Temperaturen von mindestens 12 °Celsius. **DK**

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

RMD

RHEIN-MAIN-DONAU

/ REGENERATIV
/ MODERN
/ DYNAMISCH